

3 Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen: NS-Erinnerungsorte als diskursive Sphären

3.1 Sachsenhausen – Räume, Geschichten, Bedeutungen

Annäherungen

Oranienburg ist mit der S-Bahn und dem Regionalexpress gut erreichbar, letzterer braucht vom Berliner Hauptbahnhof eine halbe Stunde.¹ Der Bahnhof der 50.000-Einwohnerstadt² ist je nach Tages- und Jahreszeit wahlweise nahezu verwaist oder vollkommen überfüllt. Wenn er überfüllt ist, sind meist mehrere Tourist:innengruppen gleichzeitig angekommen. Man erkennt sie an ihrer ersten Aufregung und an den Kameras, die sie um den Hals hängen haben. Um mich herum spricht man Spanisch, Französisch, Englisch, Italienisch. Die Gruppen wälzen sich aus dem historischen Bahnhofsgebäude heraus in Richtung Bussteig. Dort kommt mit etwas Glück ein Bus, der sie zur Gedenkstätte Sachsenhausen bringt. Allerdings fährt dieser Bus maximal stündlich.

Manche Gruppen gehen aber ohnehin, so wie auch ich an diesem Tag, absichtlich zu Fuß. Denn der Weg, den man geht, ist der Weg, den die Häftlinge damals gehen mussten. Zunächst laufe ich eine ganze Weile die André-Pican-Straße entlang, die dort, wo sie die Bernauer Straße kreuzt (die einige Jahre lang Adolf-Hitler-Damm hieß), zur Straße der Einheit wird. Schicke neue Mehrfamilienhäuser zwischen stattlichen Altbauten, die kleineren abzweigenden Seitenstraßen sind teilweise mit historischem Kopfsteinpflaster gedeckt. An der Kreuzung befindet sich rechts ein Supermarkt und links ein italienisches Restaurant namens »Donna Rosa«, vor dem eine graue Stele auf Deutsch und Englisch über die »Häftlingskolonnen auf den Straßen von Oranienburg« informiert. An der Stelle, an der ich schließlich rechts in die Straße der Nationen abbiege, entdecke ich einen Gedenkstein, auf dem eine quadratische Tafel angebracht ist. Als erstes springt mir das große rote Dreieck ins Auge. »Todesmarsch April 1945 der Häftlinge des KZ-Sachsenhausen. Über 6000 wurden auf diesem Marsch durch die SS ermordet«

1 Die folgende Vignette basiert auf meinen Feldnotizen und eigener fotografischer Dokumentation, vgl. Feldnotizen Julia Gilfert.

2 Siehe Quellenverzeichnis: Stadt Oranienburg, Meldungen, URL: <https://oranienburg.de/Stadtleben/Stadtinformationen/> (letzter Abruf: 20.01.2026).

steht oben und links auf der Tafel geschrieben. Mittig sieht man die ›Marschroute‹, rechts einige skizzenhaft gezeichnete kahlgeschorene Männer in blau-weiß gestreifter Häftlingskleidung mit rotem Dreieck. Unten steht: »Ihr Vermächtnis lebt in unseren Taten fort.«

Ein Satz, der wehtut – weil durch das prägnante rote Dreieck nur an die politischen Häftlinge erinnert wird. Weil Oranienburg bereits zu DDR-Zeiten eine ausgeprägte Neonaziszene hatte, die auch nach der ›Wende‹ fortbestand.³ Weil man hier auch heute noch regelmäßig auf Menschen trifft, die sich sichtbar rechtsextrem inszenieren.⁴ Und weil die AfD zweitstärkste Kraft im Oranienburger Stadtparlament ist.⁵

Ich gehe die Straße der Nationen entlang, 30er-Zone, Kopfsteinpflaster. An ihrem Ende beginnt, direkt neben dem letzten Einfamilienhaus mit Garten, das Gelände der KZ-Gedenkstätte.

3 Später im Forschungsprozess würde mir ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Sachsenhausen im Interview von der sogenannten »Oranienburger Gruppe« erzählen, »die halt wirklich auch in der Stadt präsent waren und bei Stadtfesten und in Kneipen Leute angepöbelt haben«. Neonazis seien damals ein »öffentlich sichtbares Phänomen« in der Stadt gewesen, SH010, Interview geführt am 21.07.2023 via Zoom.

4 Diese Feststellung beruht auf eigenen Beobachtungen und auf den Aussagen einer ehemaligen Guide, die mir im Interview Folgendes erzählte: »Ich fand das schon krass, insbesondere wenn ich am Wochenende gearbeitet habe. [...] Wenn du dann morgens vom Bahnhof in die Gedenkstätte läufst, [...] gab es da so einen Imbiss, an dem häufiger irgendwelche Leute mit richtig offensichtlichen Nazi-Tätowierungen abgehangen haben. Oder wenn ich manchmal auf dem Rückweg noch schnell im Supermarkt in Oranienburg war – ich hab einfach richtig oft Neonazis gesehen. Und das, wenn du gerade von einer Führung kommst...!«, SH05, Interview geführt am 06.02.2023 via Zoom.

5 Siehe Quellenverzeichnis: Stadt Oranienburg, Wahl 2019, URL: <https://oranienburg.de/Politik-Beteiligung/Wahlen/Wahlen-2019/> (letzter Abruf 16.05.2025). Seit den Brandenburgischen Kommunalwahlen im Juni 2024 ist die AfD sogar die stärkste Kraft in der Oranienburger SVV, siehe Quellenverzeichnis: Stadt Oranienburg, Wahlen 2024, URL: <https://oranienburg.de/Politik-Beteiligung/Wahlen/Kommunal-und-Europawahlen-2024/> (letzter Abruf: 16.05.2025).

Abbildung 7: Der Gedenkstein für die Opfer des Todesmarschs im April 1945.



Quelle: Julia Gilfert.

Verbrechen, entgrenzt

Während sich Berlin noch im Rauschzustand der Olympischen Spiele 1936 befand, wurde in einem Waldgebiet nahe der märkischen Kleinstadt Oranienburg (die schon vor der Machtübertragung an die Nationalsozialist:innen eine NSDAP-Hochburg gewesen war) auf einem zunächst etwa 80 Hektar großen Gebiet mit dem Bau eines Konzentrationslagers begonnen.⁶ Zwei Jahre nachdem das mitten in der Stadt gelegene, SA-geleitete Konzentrationslager Oranienburg⁷ gewaltsam von der

- 6 Vgl. Morsch, Günter: Von der Erinnerung zum Monument – Eine Einführung. In: ders. (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument: die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996, S. 12–25. Für eine umfassende Gesamtdarstellung des Konzentrationslagers Sachsenhausen vgl. insbesondere Kaienburg, Hermann: Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945: Zentrallager des KZ-Systems. 2. Auflage. Berlin 2024.
- 7 Im KZ Oranienburg, einem der ersten im damaligen Deutschen Reich, waren in den Jahren 1933 und 1934 vorwiegend Kommunisten, später auch Sozialdemokraten und andere als politische Gegner wahrgenommene Akteure inhaftiert gewesen, vgl. Drobisch, Klaus/Wieland, Günther: Oranienburg – eines der ersten nationalsozialistischen Konzentrationslager. In: Morsch, Günter (Hg.): Konzentrationslager Oranienburg. Berlin 1994, S. 13–22.

SS aufgelöst worden war, sollte nun ganz in der Nähe ein neues, deutlich größeres Lager entstehen, »in dessen Struktur und Gestaltung sich der Herrschafts- und Machtanspruch der SS in vielfacher Form widerspiegelte«. ⁸ Die Idee des Architekten Bernhard Kuiper war es, ein riesiges gleichseitiges Dreieck anzulegen, an dessen Mittelachse sich SS-Truppenlager, Kommandanturstab, Lagerwerkstätten sowie das eigentliche ›Schutzhaftlager‹ bzw. Häftlingslager orientierten, wobei letzteres die dreieckige Form des gesamten Geländes aufgriff. ⁹ Der Historiker und ehemalige Leiter von Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Günter Morsch, schreibt dazu:

»Das sogenannte Schutzhaftlager mit seinen in vier Barackenringen um einen halbrunden Appellplatz konzentrisch angelegten 68 Blöcken, in denen bis zu 10 000 Häftlinge untergebracht werden sollten, wurde beherrscht durch das ›Turm A‹ genannte Jourhaus. In einer nach allen Seiten des Häftlingslagers verglasten Kanzel stand ein Maschinengewehr des Ersten Weltkriegs, mit dessen Hilfe die intendierte totale Unterwerfung der Häftlinge, an jedem Ort und zu jeder Zeit, mit der Androhung massivster Gewalt symbolisch und real hergestellt wurde.« ¹⁰

-
- 8 Morsch 1996. S. 13. Die ersten Bebauungsentwürfe lassen dieselbe Rücksichtslosigkeit erkennen wie schon beim ›Projekt Wewelsburg‹, wenngleich dort deutlich mehr Häuser abgerissen und Einheimische umgesiedelt werden sollten als in Oranienburg, vgl. Kaienburg, Hermann: Der Militär- und Wirtschaftskomplex der SS im KZ-Standort Sachsenhausen-Oranienburg: Schnittpunkt von KZ-System, Waffen-SS und Judenmord, Bd. 16. 2. Auflage, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2015.
- 9 Vgl. Morsch, Günter: Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Von der Baugeschichte zum dezentralen Gesamtkonzept. In: ders./Seferens, Horst (Hg.): Gestaltete Erinnerung. 25 Jahre Bauen in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 1993–2018. Berlin 2020, S. 45–78.
- 10 Ebd. S. 46. Das KZ Sachsenhausen war damit wohl ganz bewusst jenen historischen, panoptischen Gefängnissen nachempfunden, die auch Michel Foucault in »Überwachen und Strafen« beschreibt. Das Panopticum als Ideal einer Disziplinierungsanstalt geht ursprünglich auf den Rechtsphilosophen Jeremy Bentham zurück und wurde in den 1970er Jahren von Michel Foucault ausgearbeitet. Knapp zusammengefasst, geht Foucault davon aus, dass es sich bei vormodernen Strafen wie Folter und Marter um körperzerstörende Praktiken mit abschreckender Wirkung handelte, während moderne Bestrafungsformen mehr auf psychisch-mentale Disziplinierung abzielten, was sich wiederum auf die gesamte Gesellschaft auswirke, vgl. Foucault 2024. Zwar finden sich einzelne Aspekte dieser Konzeption auch in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern wieder, allen voran die panoptische Kontrolle. Der zentrale Unterschied besteht jedoch in der Intention der Machtausübenden. In den Konzentrationslagern ging es gerade nicht um Läuterung geschweige denn um die Ahndung begangener Verbrechen; nicht die seelische und körperliche *Disziplinierung* der Inhaftierten war das Ziel, sondern die seelische und körperliche *Zerstörung*, an deren Ende der Tod nicht nur in Kauf genommen wurde, sondern explizit erwünscht war.

Die Architektur war also vor allem Bedeutungsträger¹¹ und erwies sich letzten Endes »als das, was NS-Architektur häufig war: ›bombastisch und unzweckmäßig‹.«¹² Schon 1938 wurde die geometrische Formsprache aufgegeben, da die Anzahl der inhaftierten Menschen die Kapazitäten des Lagers sprengte.¹³ Sturmbarne, die man zuvor im Oranienburger Schloss untergebracht hatte, wurden nun, da das Schloss nicht mehr zur Verfügung stand, auf das Kasernengelände des Lagers verlegt.¹⁴ Ein Stabsgebäude, später aufgrund seiner Form auch T-Gebäude genannt, wurde errichtet; bald darauf verlegte man die Zentrale Inspektion der Konzentrationslager (IKL), »in der nicht nur die Schläger, sondern auch die Schreibtischtäter ihrer ›Dienstpflicht‹ gewissenhaft nachkamen«¹⁵, von Berlin nach Oranienburg. Weiterhin wurde 1938 in unmittelbarer Nähe zum Lager mit dem Bau von Einzel- und Doppelhäusern begonnen, in denen – direkt an das Stadtgebiet anschließend – die SS-Führer und ihre Familien leben sollten.¹⁶ Die Verschränkung von Raum, Macht und Körpern, die die Analyse der drei in dieser Arbeit vorgestellten Orte durchzieht, beginnt also auch hier bereits in der NS-Zeit. Das Lagergelände selbst wurde durch Anmietung und Rodung weiterer Forstflächen ebenfalls sukzessive erweitert: Werkstätten, eine Ziegelei sowie ein Kraftfahrzeugdepot wurden gebaut, und so umfasste das ursprünglich etwa 80 Hektar große KZ-Gelände bald rund 400 Hektar; unweit der Lehnitzschleuse mussten Häftlinge zudem ein Klinkerwerk errichten, in dem Zwangsarbeiter:innen unter schlimmsten Bedingungen Ziegel für Hitlers Germania-Projekt herstellen sollten.¹⁷

-
- 11 Vgl. Führ, Eduard: Morphologie und Topographie eines Konzentrationslagers. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996, S. 30–58. S. 47ff.
 - 12 Morsch, Günter: Oranienburg – Sachsenhausen, Sachsenhausen – Oranienburg. In: Herbert, Ulrich/Orth, Karin/Dieckmann, Christoph (Hg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Strukturen. Göttingen 1998, S. 111–134. S. 123.
 - 13 Sachsenhausen zählte zu Kriegsbeginn etwa 6.500 Häftlinge und war damit schon 1939 das größte nationalsozialistische Konzentrationslager – kurz vor Ende des Krieges würden es zwischen 17.000 und 20.000 sein, vgl. Kaienburg 2015. Für die gesamte Zeitspanne (1936 bis 1945) wird von mehr als 200.000 Häftlingen ausgegangen, vgl. Bonnesoeur, Frédéric: Der Einfluss des kommunalen Umfeldes auf die Etablierung der Konzentrationslager Oranienburg (1933–1934) und Sachsenhausen (1936–1945). In: Seferens, Horst (Hg.): Schwierige Nachbarschaft? Das Verhältnis deutscher Städte zu »ihren« Konzentrationslagern vor und nach 1945, Bd. 23, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2018a, S. 39–51.
 - 14 Vgl. Kaienburg 2015; Haustein 2006.
 - 15 Haustein 2006. S. 58.
 - 16 Vgl. Kaienburg 2015.
 - 17 Vgl. ebd. In den Jahren 1942 und 1943 kamen u.a. mit den Heinkelwerken Oranienburg und den Daimler-Benz-Werken Genshagen-Ludwigsfelde noch weitere Orte der Zwangsarbeit hinzu. Das Klinkerwerk wurde von den Häftlingen aufgrund der unmenschlichen Arbeits-

Je mehr Länder von den Nationalsozialist:innen angegriffen und besetzt wurden, desto internationaler wurde auch die Zusammensetzung derjenigen Menschen, die sie gefangen nahmen. Dies führte dazu, dass sich Anfang 1945 zu 90 Prozent nichtdeutsche Häftlinge in Sachsenhausen befanden.¹⁸ Die Gründe für ihre Verschleppung waren dabei äußerst heterogen. Neben Homosexuellen, Juden:Jüdinnen sowie Regimegegner:innen waren auch als ›arbeitsscheu‹ oder ›asozial‹ diffamierte Menschen unter den Inhaftierten.¹⁹ Zwar wird Sachsenhausen nicht zu den Vernichtungslagern im engeren Sinne gezählt, aber auch hier wurden Menschen vorsätzlich und massenhaft getötet. Neben der gezielten Vernichtung durch Arbeit führte die SS 1941 auch Versuche zur Massentötung durch, bei denen unter anderem eine Genickschussanlage und Giftgas zum Einsatz kamen.²⁰ 1942 wurde dann der zynisch als ›Station Z‹ bezeichnete Bereich eingerichtet, der auch eine Gaskammer beinhaltete, und in dem Häftlinge unter dem Vorwand einer medizinischen Untersuchung vor einer Messlatte stehend durch einen Spalt in der Wand erschossen wurden.²¹ Wie an allen anderen KZ-Standorten auch, waren die Morde und Misshandlungen von Anfang an nicht auf den gebauten Raum des Lagers Sachsenhausen beschränkt.²² So dienten die ab 1938 entstehenden Siedlungshäu-

bedingungen schon bald als ›Todeslager‹ bezeichnet. Ab 1941 hatte es den Status eines eigenständigen Außenlagers. Eingehend mit der Rolle des Klinkerwerks beschäftigt hat sich der Historiker Joachim Müller, vgl. Müller, Joachim: Das Klinkerwerk Oranienburg. Aussenlager und Vernichtungsgelände des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Teil I. In: Gedenkstättenrundbrief 103 (2001b), H. 10, S. 19–30; Müller, Joachim: Das Klinkerwerk Oranienburg. Aussenlager und Vernichtungsgelände des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Teil II. In: Gedenkstättenrundbrief 104 (2001a), H. 11, S. 24–33.

18 Vgl. Kaienburg 2024; Haustein 2006.

19 Vgl. ebd. Es ist dabei zu betonen, dass alle hier wiedergegebenen Begriffe als Fremdbezeichnungen zu verstehen sind, denn die Nationalsozialist:innen waren es, die die Menschen, unabhängig von ihrer Identität, als homosexuell, jüdisch, asozial etc. kategorisierten.

20 Vgl. Morsch, Günter: Tötungen durch Giftgas im Konzentrationslager Sachsenhausen. In: ders./Perz, Bertrand (Hg.): Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung, Bd. 29, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2011, S. 260–276; Kaienburg 2024.

21 Vgl. Haustein 2006.

22 Die Dynamik zwischen den Konzentrationslagern und den an sie angrenzenden Städten ist mittlerweile hinreichend belegt. Die ersten diesbezüglichen Studien erschienen in den 1990er Jahren, vgl. Steinbacher, Sybille: Dachau. Die Stadt und das Konzentrationslager in der NS-Zeit. Die Untersuchung einer Nachbarschaft. Frankfurt a.M. 1993; Schley: Nachbar Buchenwald. Die Stadt und ihr Konzentrationslager 1937–1945. Köln 1999. Aktuellere Untersuchungen befassen sich mit Sachsenhausen/Oranienburg sowie Neuengamme, vgl. Bonnesoeur, Frédéric: Im guten Einvernehmen: die Stadt Oranienburg und die Konzentrationslager Oranienburg und Sachsenhausen 1933–1945, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 22. Berlin 2018b; Beßmann, Alyn u.a. (Hg.): Eine Stadt

ser für die SS-Männer und ihre Familien zwar gewissermaßen als abschirmende Grenze zwischen Stadt und Lager, eine vollständige Abschottung gelang jedoch nie – und war möglicherweise auch gar nicht intendiert.²³ Denn wenngleich sich der KZ-Standort Sachsenhausen im Laufe der Jahre zu einem gänzlich eigenständigen Wirtschaftskomplex entwickelt hatte, blieb er doch bis zuletzt auch »ein erstranger Wirtschaftsfaktor« für die Stadt Oranienburg und deren Umgebung.²⁴ Wie auch in Wewelsburg, demonstrierte die SS in Sachsenhausen Exklusivität und Normalität gleichermaßen, was zwangsläufig zu Ambivalenzen führte:

»Für die Einheimischen bedeutete die Präsenz der SS [...] die dauernde Konfrontation mit einer eigenständigen, mächtigen, geheimnisvollen Organisation, die einerseits durch Partizipation am bürgerlichen Leben ihre Normalität betonte, andererseits aber ihr Gelände nach außen abschirmte, Zugang nur in besonderen Fällen gestattete und auf äußerste Geheimhaltung Wert legte.«²⁵

Verschärft wurde diese Ambivalenz durch die unausweichliche Präsenz dessen, was angeblich geheim gehalten werden sollte: Die Häftlinge waren für die Bevölkerung praktisch permanent sichtbar, etwa durch Arbeitseinsätze im Straßenbau oder beim streng überwachten Be- und Entladen von Güterzügen an den Bahnhöfen von Oranienburg und Sachsenhausen.²⁶ Darüber hinaus

»hörten [die Einheimischen] die Schüsse auf angeblich Fliehende, rochen den beißenden Qualm des Krematoriums und erfuhren von den mit Bauarbeiten und Lieferaufträgen befassten Zivilisten, was sich innerhalb des Lagers abspielte.«²⁷

und ihr KZ. Häftlinge des KZ Neuengamme im Hamburger Kriegsalltag. 2. Auflage. Neuen-
gamme 2023.

- 23 Vgl. Kaienburg 2015. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang auch die architektonisch sichtbar gemachten Binnenhierarchien: »Am Adolf-Hitler-Damm entstanden sechs repräsentative Führervillen auf großzügigen Grundstücken mit zwei Vollgeschossen und Garage. Auf der Nordseite der Julius-Schreck-Straße [...] wurden dagegen ohne Vergrößerung der Grundstücke Doppel- statt Einzelhäuser errichtet, die für die unteren Führerränge vorgesehen waren«, ebd. S. 155. Ob ihrer Größe und Ausstattung waren diese Häuser selbstredend für verheiratete SS-Führer vorgesehen, von denen man die Gründung einer Familie erwartete. Ledige SS-Führer hingegen lebten oft zur Miete oder Untermiete in ganz Oranienburg verteilt, zum Teil auch in den umliegenden Ortschaften, vgl. ebd.
- 24 Kaienburg 2015. S. 392. Davon zeugen nicht zuletzt auch Freizeiteinrichtungen wie das SS-Kino mitten im Stadtgebiet von Oranienburg oder das SS-Freibad am Lehnitzsee, vgl. ebd.
- 25 Ebd. S. 393.
- 26 Vgl. Bonnesoeur 2018a.
- 27 Kaienburg 2015. S. 393.

Berührungspunkte wie diese »ermöglichten Einblicke in die Welt des Lagers und provozierten Entscheidungen bezüglich des eigenen Handelns«, die von kleinen Hilfeleistungen für die Häftlinge auf der einen bis zur aktiven Mittäterschaft auf der anderen Seite reichen konnten.²⁸ In den meisten Fällen aber waren die Strategien der Oranienburger:innen geprägt von Passivität und buchstäblichem Wegschauen.²⁹

Als im Winter 1944/45 die Fronten immer näher rückten, spitzte sich auch in Oranienburg die Lage zu, sodass die SS das Lager Anfang 1945 erstmals »evakuieren« und am 20. April 1945 schließlich vollständig räumen ließ.³⁰ Etwa 3.000 kranke Häftlinge verblieben im Lager und wurden am 22./23. April von Einheiten der sowjetischen und polnischen Armee befreit; mehr als 30.000 Menschen aber wurden zu Fuß in Richtung Norden geschickt, was viele von ihnen nicht überlebten.³¹ Insbesondere an diesen sogenannten »Todesmärschen« wird die Entgrenzung der mit dem KZ Sachsenhausen verbundenen Verbrechen noch einmal überdeutlich, denn »das KZ-System löste sich letztlich Stück für Stück, Kolonne für Kolonne, inmitten der nationalsozialistischen Gesellschaft der Kriegsendphase auf«. ³² Die Bewohner:innen der Orte, die von den entkräfteten Menschen passiert wurden, involvierten sich unweigerlich in die Verbrechen, und zwar, wie der Historiker Martin Clemens Winter betont, nicht nur durch aktive Mithilfe im engeren Sinne; alleine durch

-
- 28 Riedle, Andrea: »Die Stadt und das Lager. Oranienburg und das KZ Sachsenhausen«. Das Ausstellungsprojekt – Ein Zwischenbericht. In: Gedenkstättenrundbrief 114 (2003), H. 08, S. 23–30. S. 28. Vgl. hierzu auch Schwenke, Kerstin: Öffentlichkeit und Inszenierung: Besuche in nationalsozialistischen Konzentrationslagern zwischen 1933 und 1945, Reihe Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945, Bd. 16. Berlin 2021.
- 29 Vgl. Riedle 2003. In einigen Fällen hatte die Frage des Hin- oder Wegschauens offenbar besondere Brisanz. Befand man sich im ersten Stockwerk der Häuser am Ende der Jägerstraße (heute Straße der Nationen), konnte man bis zum Appellplatz schauen. Riedle schreibt dazu unter Bezugnahme auf ein Zeitzeugeninterview: »Die SS verbot den Anwohnern zwar den Blick aus dem Fenster und forderte diese 1938/39 zu einem Umzug auf, ihre Bemühungen scheiterten jedoch weitgehend«, ebd. S. 26. Zu diesem Thema vgl. auch Peiter, Anne D.: Fensterblicke auf den Genozid. Zum Verhältnis von Wohnzimmern und Konzentrationslagern. In: Fubel, Janine/Klei, Alexandra/Wienert, Annika (Hg.): Space in Holocaust Research. A Transdisciplinary Approach to Spatial Thinking. Berlin und Boston 2024, S. 277–292.
- 30 Vgl. Kaienburg 2024; Fubel, Janine: Krieg, Bewegung und extreme Gewalt: Die Auflösung des Konzentrationslagers Sachsenhausen 1945. Göttingen 2025.
- 31 Vgl. Haustein 2006; Nieden, Susanne zur: Kriegsende und Befreiung in Sachsenhausen. Erinnerungsberichte. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996, S. 59–67.
- 32 Winter, Martin Clemens: Entgrenzte Gewalt zwischen Räumung und Befreiung. Die Todesmärsche als Gesellschaftsverbrechen. In: Drecol, Axel/Wildt, Michael (Hg.): Nationalsozialistische Konzentrationslager. Geschichte und Erinnerung, Bd. 36, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2024, S. 114–122. S. 115.

ihr Zuschauen, welches er als aktive Handlung begreift, »gaben [sie] der Gewalt vor ihrer Haustür den sozialen Rahmen. Ihr sichtbares Nicht-Einschreiten legitimierte das Handeln der Täter und demoralisierte die Opfer«. ³³

Die mit Sachsenhausen assoziierten Gräueltaten, dies dürfte deutlich geworden sein, lassen sich nicht auf ein gemauertes Dreieck beschränken. Sie waren nicht nur mit der Stadt Oranienburg und ihrer Bevölkerung eng verflochten, ihre Entgrenzung geht weit darüber hinaus. Dies unterstreicht nicht nur Winters Ansatz, die Todesmärsche als Gesellschaftsverbrechen zu begreifen, sondern auch die Tatsache, dass dem KZ Sachsenhausen bis Kriegsende rund 100 Außenlager unterstellt waren. Die meisten davon befanden sich in Berlin ³⁴ sowie im heutigen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, aber unter ihnen war auch Niederhagen/Wewelsburg. ³⁵ »Das KL Sachsenhausen lag nicht ›bei Oranienburg‹, es lag nicht in der Stadt Oranienburg«, hält der Architekturhistoriker Eduard Führ treffend fest, »es fand statt in Deutschland«. ³⁶

Verbrechen, isoliert

Zwischen der Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen und der Errichtung des sowjetischen Speziallagers an derselben Stelle lagen nur wenige Monate – eine Zeit, in der das Gelände frei zugänglich war. Ab August 1945 begann der sowjetische Geheimdienst mit der Verlegung des Speziallagers Weesow/Werneuchen nach Sachsenhausen, woraufhin der heute gemeinhin als ›Lagerdreieck‹ bezeichnete Bereich nicht mehr von Zivilist:innen betreten werden durfte. ³⁷ Die Weiternutzung eines Konzentrationslagers unmittelbar nach Kriegsende war, wie Günter Morsch bemerkt, »nichts besonderes [sic!]. Zugespitzt kann man sagen, daß die verschiedenen Nutzer je nach Bedarf immer die entsprechenden historischen Argumente

33 Ebd. S. 118. Entgegen der bisher vorherrschenden vertikalen Logik schlägt Winter eine horizontale Perspektive vor, die »insbesondere die soziale Dimension der Todesmärsche als letztes nationalsozialistisches Gesellschaftsverbrechen beleuchtet«, ebd. S. 115. Vgl. hierzu auch Winter, Martin Clemens: *Gewalt und Erinnerung im ländlichen Raum: die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche*. Berlin 2018.

34 Vgl. Preuschoff, Axel: *Spuren des ehemaligen KZ Oranienburg/Sachsenhausen in West-Berlin*. In: Garbe, Detlef (Hg.): *Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik*. Bornheim-Merten 1983, S. 109–119.

35 Vgl. Führ 1996.

36 Ebd. S. 58. Und genaugenommen auch über Deutschland hinaus, wie Führ selbst schreibt. Denn sogar nach Polce (Polen), Riga (Lettland) und Kyjiw (Ukraine) wurden Häftlinge aus Sachsenhausen zur Zwangsarbeit verschleppt, vgl. ebd.

37 Vgl. Nieden, Susanne zur: *Vom Interregnum zum Speziallager*. In: Morsch, Günter (Hg.): *Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen*, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996f, S. 68–76; Kaienburg 2024.

fanden, um ihre Absichten zu legitimieren.«³⁸ In der sowjetischen Besatzungszone entstanden insgesamt zehn Speziallager, von denen das Lager Nr. 7 in Sachsenhausen das größte war. Auf etwa 15 Prozent der Fläche des ehemaligen Konzentrationslagers waren zwischen 1945 und 1950 um die 60.000 Menschen inhaftiert.³⁹ Die Gründe für ihre Verhaftung waren qua Befehl des sowjetischen Volkskommissars für Inneres schon im April 1945 genau festgelegt worden – so waren etwa Geheimdienstmitarbeiter:innen, Mitglieder der NSDAP, Führer:innen faschistischer Jugendorganisationen und Angehörige von Gestapo, SD und SS, aber beispielsweise auch Redakteur:innen und »Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen«⁴⁰ unter den Gefangenen. Im Januar 1946 sollte es dann auf Basis der entsprechenden alliierten Kontrollratsdirektive zu einer Vereinheitlichung der Internierungspraktiken in allen Besatzungszonen kommen; die nicht auszuräumenden Differenzen zwischen den Siegermächten machten eine Einigung jedoch unmöglich, und so handelte letztlich jede mehr oder weniger nach ihrer Fassung.⁴¹ In der sowjetischen Zone fand, im Gegensatz zu den anderen Zonen, zu keiner Zeit eine offizielle Strafverfolgung statt, sodass im Speziallager Nr. 7 bei weitem nicht nur Angehörige der oben genannten Gruppen inhaftiert waren, sondern auch solche, »die sich den politischen Entwicklungen in der Sowjetischen Besatzungszone widersetzten – oder zu widersetzen schienen«.⁴² Räumlich gesehen kann beim Speziallager Nr. 7, im Gegensatz zum vorherigen Konzentrationslager, tatsächlich von einer nahezu vollständigen Isolierung gesprochen werden, was sich auch in der Infrastruktur widerspiegelte:

38 Morsch 1996. S. 14.

39 Vgl. Heitzer, Enrico: Oranienburger im sowjetischen Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Sachsenhausen. In: Seferens, Horst (Hg.): *Schwierige Nachbarschaft? Das Verhältnis deutscher Städte zu »ihren« Konzentrationslagern vor und nach 1945*, Bd. 23, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2018, S. 55–75.

40 Prieß, Lutz: Das Speziallager des NKVD Nr. 7 (Nr. 1) Sachsenhausen 1945–1950. In: Mironenko, Sergej/Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von (Hg.): *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950*, Bd. 1: Studien und Berichte. Berlin 1998, S. 380–410. S. 396.

41 Vgl. Hausteil 2006. Für einen systematischen Vergleich von westalliiert und sowjetischer Internierungspolitik vgl. Vollnhals, Clemens/Schlemmer, Thomas (Hg.): *Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949*. München 1991. Zu den Internierungslagern in der US-amerikanischen und britischen Besatzungszone vgl. Schulte, Kerstin: *»Volksgemeinschaft« Hinter Stacheldraht: die Internierungslager in der Britischen und US-Amerikanischen Besatzungszone und ihre Bedeutung für die Deutsche Nachkriegsgesellschaft, 1945–1958, Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 144*. Boston 2024. Die neusten Forschungsergebnisse zu den sowjetischen Speziallagern wurden 2021 von Julia Landau und Enrico Heitzer herausgegeben: Heitzer, Enrico/Landau, Julia (Hg.): *Zwischen Entnazifizierung und Besatzungspolitik: die sowjetischen Speziallager 1945–1950 im Kontext, Buchenwald und Mittelbau-Dora – Forschungen und Reflexionen 2*. Göttingen 2021.

42 Nieden 1996f. S. 75.

Das Lager war in eine Vorzone und zwei voneinander getrennte Häftlingszonen (eine im ›Lagerdreieck‹, eine daran angrenzend) aufgeteilt; in der Vorzone befanden sich neben der Kommandantur auch Wohnbaracken, eine Kantine, ein Klubgebäude, einige Handwerksbetriebe und ab 1946 sogar ein Tanzplatz – mit anderen Worten: All das, was für die SS als Bindeglied zur lokalen Bevölkerung gedient hatte, wurde durch die sowjetische Besatzungsmacht von ihr isoliert.⁴³ Die Haftbedingungen waren menschenunwürdig, die Bestrafungen willkürlich, Hinrichtungen oder Massentötungen fanden jedoch nicht statt.⁴⁴ Neben Hunger, unzureichender medizinischer Versorgung und Isolation erlebten die Häftlinge auch die permanente Passivität als Qual. Im Gegensatz zur gezielten Vernichtung durch Arbeit, wie sie in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern praktiziert worden war, wurde im Speziallager die »erzwungene Untätigkeit, das Leben ohne Arbeit« für die Gefangenen zur »traumatische[n] Belastung«.⁴⁵ Von den bereits erwähnten etwa 60.000 Internierten starben mindestens 12.000 infolge der Haftbedingungen, an Krankheiten oder durch Misshandlungen; die Toten wurden von einem der wenigen Arbeitskommandos, dem ›Leichenkommando‹, in Massengräbern beigesetzt, die daraufhin entweder eingeebnet oder mit Sträuchern und Bäumen getarnt wurden.⁴⁶

Auf Befehl des Innenministeriums der UdSSR wurde das Lager ab Januar 1950 Schritt für Schritt aufgelöst, was die SED-Presse zeitnah und äußerst provokativ mit der Losung »Der Konzentrationslager-Schwindel ist endgültig geplatzt« kommentierte.⁴⁷ In der Tat war das Speziallager Sachsenhausen von den Deutschen als Konzentrationslager bezeichnet worden, »ohne daß damit jedoch in jedem Fall eine Auseinandersetzung mit den Praktiken der Nationalsozialisten verbunden war«.⁴⁸ Das eigene Schicksal – es waren einem schließlich Freunde und Verwandte entrisen worden – sowie das der Inhaftierten wurde »immer mehr als Siegerunrecht der stalinistisch-totalitär verfaßten Sowjetunion wahrgenommen«.⁴⁹ Und so ist es sicher auch im Kontext jener oben erwähnten provokativen Titelei zu verstehen, dass die sowjetischen Besatzer:innen ihre eigenen Verbrechen zu vertuschen versuchten, indem sie die Speziallagerhäftlinge vor ihrer Entlassung noch für eine gewisse Zeit in den Quarantänebaracken »aufpäppelten«.⁵⁰ Dort nämlich herrschten wesentlich

43 Vgl. Prieß 1998.

44 Vgl. Kaienburg 2024. »Über die Anwendung von Gewalt wird vor allem bei den Vernehmungen und Verhören berichtet. [...] Es wird aber nicht von schweren Misshandlungen und Ermordungen berichtet, auch nicht von Schikanen wie im Konzentrationslager, die dazu dienen, Menschen ›fertig zu machen‹«, ebd. S. 502.

45 Prieß 1998. S. 404.

46 Vgl. ebd.

47 Neues Deutschland, 22. Januar 1950, zitiert nach ebd. S. 408.

48 Ebd.

49 Ebd. S. 409

50 Vgl. Haustein 2006.

bessere Verhältnisse als im Lager selbst, und »[n]ach einigen Wochen war das Ziel erreicht: Aus abgemagerten, zerlumpten Gestalten waren äußerlich Menschen geworden, denen man nicht sofort die Sachsenhausener Jahre ansah«.⁵¹ Über ihre Zeit im Lager zu sprechen, wurde den Entlassenen unter Strafandrohung verboten, die Geschehnisse im Lager blieben »ein Tabu, das erst nach der Entdeckung der Massengräber in der Umgebung des Lagers 1990 gebrochen wurde. Das Speziallager Nr. 7 wurde aus dem öffentlichen Gedächtnis der DDR gestrichen«.⁵²

Eingemauert?

Bereits in den Jahren 1958 bis 1961 (und damit weitaus früher als in der damaligen Bundesrepublik) wurden in der DDR drei große sogenannte Nationale Mahn- und Gedenkstätten eröffnet, finanziert in großen Teilen von der eigenen Bevölkerung.⁵³ Ganz im Sinne von Partei und Staat wurden die ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslager Buchenwald (1958), Ravensbrück (1959) und Sachsenhausen (1961) in »Stätten des Antifaschismus« transformiert, deren Funktion in erster Linie darin bestand, »den Mut, die Aufrichtigkeit, die Standhaftigkeit und die Solidarität der antifaschistischen Widerstandskämpfer deutlich zu machen«, und, daraus folgend, die junge Generation zu »sozialistischem Geschichtsbewusstsein« zu erziehen.⁵⁴ Nicht die Verbrechen der SS und das Leiden und Sterben der Häftlinge waren die Themen der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, sondern das Aufbegehren des Kommunismus gegen den Nazismus.⁵⁵

51 Kühle, Barbara/Titz, Wolfgang: Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen 1945–1990. Brandenburg 1990. S. 40, zit.n. Hausteин 2006. S. 83.

52 Nieden 1996f. S. 76.

53 Vgl. Köpp, Ulrike: Das Gedenken wird zur nationalen Aufgabe erklärt. Das Kuratorium für den Aufbau nationaler Gedenkstätten und die Gedenkstätte Sachsenhausen. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996a, S. 133–147.

54 Vorschläge und Hinweise an Jugendstundenleiter, Lehrer und Erzieher zur Vorbereitung und Durchführung von Jugendstunden in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Juli 1978, Archiv Sachsenhausen, zit.n.: Morsch, Günter: Zur Entwicklung der Pädagogik in der Gedenkstätte Sachsenhausen. In: Jeliсh, Franz-Josef/Goch, Stefan (Hg.): Geschichte als Last und Chance. Festschrift für Bernd Faulenbach. Essen 2003, S. 55–67. S. 55.

55 Vgl. Hausteин 2006. Geschichte, Bedeutung und Entwicklung dieser Gedenkstätten können im Rahmen dieser Arbeit nicht vertieft werden. Vgl. hierzu etwa Reuschenbach 2016; Agelthen, Manfred: Gedenkstätten und antifaschistische Erinnerungskultur in der DDR. In: ders./Jesse, Eckhard/Neubert, Erhart (Hg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken. Freiburg i.Br. 2002, S. 128–144; Schafft, Gretchen/Zeidler, Gerhard: Die KZ-Mahn- und Gedenkstätten in Deutschland. Berlin 1996.

In Oranienburg hatte es zwar bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit Initiativen zur Errichtung von Erinnerungszeichen gegeben – da das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers jedoch in den ersten fünf Jahren nach Kriegsende nicht nur realiter hermetisch abgeriegelt war, sondern als »tabuisierte[r] Ort [...] nicht einmal einer öffentlichen Diskussion zugänglich war«, mussten die Erinnerungspraktiken auf das Stadtgebiet ausweichen.⁵⁶ In Vorbereitung auf den fünften Jahrestag der Befreiung im April 1950 (und vor dem Hintergrund der geplanten Auflösung des Speziallagers) wurde erstmals ein Wettbewerb zur Gestaltung eines Denkmals ausgeschrieben, der sich auf das Gelände des ehemaligen Häftlingslagers bezog – und im Sande verlief.⁵⁷ Stattdessen würde es fortan ausgerechnet die Kaserierte Volkspolizei (KVP) sein, die die Gestaltung und Nutzung des Geländes maßgeblich (und in höchst ambivalenter Weise) beeinflusste. Einerseits nämlich wurde 1954 unter ihrer Hand ein Mahnmal aus Steinen des ehemaligen Zellenbaus errichtet, andererseits fanden umfangreiche Abriss- und Aufräumarbeiten statt, da man das Gelände für militärische Übungen nutzen wollte.⁵⁸ Der ehemalige Appellplatz wurde zur Durchfahrtsstraße für die Fahrzeuge der KVP-Einheiten, und das Krematorium wurde gesprengt, um unmittelbar dahinter einen Bereich für Schießübungen zu schaffen – für Günter Morsch der »Gipfelpunkt« einer »faktenschaften Geschichtsvergessenheit, die als Verdrängungsleistung kaum noch zu überbieten ist«.⁵⁹ Nur kurze Zeit nach jener grotesken »Tabula rasa«-Aktion der KVP wurde das Kuratorium zum Aufbau Nationaler Mahn- und Gedenkstätten gegründet, dessen Vorsitz Ministerpräsident Otto Grotewohl persönlich übernahm – praktische Auswirkungen für Sachsenhausen hatte dies jedoch zunächst nicht.⁶⁰ Dazu trug auch die Tatsache bei, dass die verschiedenen Nachnutzungen das ursprünglich fast 400 Hektar große Gelände derart verändert hatten, dass es »im Bewusstsein der Ortsansässigen ebenso wie der Besucher auf das lediglich fünf Prozent davon umfassende Häftlingslager reduziert wurde«.⁶¹ Da von der ursprünglichen Bausubstanz kaum noch etwas übrig war und »über die Geschichte der sowjetischen Inter-

56 Nieden, Susanne zur: Erste Initiativen für Mahnmale in Oranienburg und Sachsenhausen. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996d, S. 125–132. S. 125.

57 Vgl. ebd. Die meisten der eingereichten Entwürfe sprachen sich für eine Begrünung des ehemaligen KZ-Geländes sowie seine Integration »in die Stadtlandschaft Oranienburg« aus, ebd. S. 126. Des Weiteren sollten in einigen dieser frühen Entwürfe neben dem »Lagerdreieck« auch noch weitere Bereiche wie etwa das SS-Truppenlager mit in eine Gedenkstättenkonzeption einbezogen werden.

58 Vgl. ebd.

59 Morsch 1996. S. 15.

60 Köpp 1996a. S. 134.

61 Morsch 1998. S. 112.

nierungslager [...] buchstäblich Gras gewachsen war«, konnte der Ort vergleichsweise problemlos neu besetzt werden.⁶² Die einzig verbliebene Konstante bildete also das ›Lagerdreieck‹. Und somit ist es ausgerechnet die »Geometrie des totalen Terrors«⁶³, die dem Ort und den Bildern, die wir uns von ihm machen, bis heute eingeschrieben ist. Auch auf dem letzten Endes mit der Konzeption beauftragten Buchenwald-Kollektiv⁶⁴ lastete die symbolische Wirkmacht der ursprünglichen Architektur schwer. Bei ihrer Arbeit in Buchenwald und Ravensbrück hatten die Architekten die landschaftlichen Gegebenheiten mit einbeziehen können, aber »in Sachsenhausen war eben nur dieses Dreieck. [...] Wir waren eingemauert in eine unglückliche Situation«.⁶⁵ Die sichtbare, übriggebliebene Silhouette des gebauten Raumes umklammerte also die unsichtbar gewordenen, unsäglichen (und bis dato buchstäblich unsagbaren, da verdrängten) Verbrechen – wie sollten die Architekten sie sichtbar machen? Und sollten sie das überhaupt?⁶⁶ Um der Beantwortung dieser Fragen näher zu kommen, bereiste das Kollektiv im Sommer 1956 zahlreiche ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager, unter ihnen Dachau, Bergen-Belsen, Majda-

62 Köpp 1996a. S. 133f. Ähnlich verhielt es sich lange Zeit auch mit dem Gelände am Obersalzberg, auf dem sich bis 1945 Hitlers ›Berghof‹ befunden hatte, vgl. Kapitel 4.1 dieser Arbeit.

63 Morsch 1996. S. 13.

64 Das Architekten-Kollektiv, bestehend aus Ludwig Deiters, Horst Kutzat, Hans Grotewohl, Kurt Tausendschön, Hugo Namslauer und Hubert Matthes, hatte bereits die Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald konzipiert, vgl. Knigge, Volkhard/Pietsch, Jürgen M./Seidel, Thomas A. (Hg.): Versteinertes Gedenken: das Buchenwalder Mahnmal von 1958 (2 Bände). Spröda 1997. Für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Entstehungsgeschichte der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen vgl. Köpp 1996a; Köpp, Ulrike: »...den Menschen für das Menschliche ergreifen...« Der Entwurf Reinhold Lingners für die Gedenkstätte Sachsenhausen. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996b, S. 148–157.

65 Interview mit Ludwig Deiters am 12. Mai 1994, zit.n. Köpp, Ulrike: »Eine Dunkelzelle ist nicht dunkel, wenn sie gezeigt wird...« Die Studien des Buchenwald-Kollektivs für die Gestaltung der Gedenkstätte Sachsenhausen 1956. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996d, S. 158–163. S. 160.

66 Die (Un-)Sichtbarmachung verschiedener Zeitschichten (nicht nur) an NS-Täter:innenorten ist auch andernorts Gegenstand kontroverser Diskussionen, vgl. Nerdinger, Winfried: Überlegungen zum Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände. In: Lehner, Julia (Hg.): Erhalten! Wozu? Perspektiven für Zeppelintribüne, Zeppelinfeld und das ehemalige Reichsparteitagsgelände, Bd. 2, Schriften des Kulturreferats der Stadt Nürnberg. Nürnberg 2017, S. 16–23; Pfeil, Mathias: Auch ein schwieriges Erbe braucht seine Zukunft – Anregungen aus Sicht der bayerischen Denkmalpflege. In: Lehner, Julia (Hg.): Erhalten! Wozu? Perspektiven für Zeppelintribüne, Zeppelinfeld und das ehemalige Reichsparteitagsgelände, Bd. 2, Schriften des Kulturreferats der Stadt Nürnberg. Nürnberg 2017, S. 25–41. Zur Diskussion des Themas am Beispiel des Obersalzbergs siehe Kapitel 4.1.

nek und Auschwitz, und entwarfen schließlich mehrere Vorschläge, die dann vom wissenschaftlich-künstlerischen Beirat im Ministerium für Kultur diskutiert wurden.⁶⁷ Vor dem Hintergrund der tatsächlich realisierten Gestaltung ist an dieser Stelle zu betonen, dass die Architekten gerne eine »gestalterische Beziehung zwischen der Gedenkstätte und der sie umgebenden Landschaft« hergestellt hätten, doch »ein Nachdenken über die Strukturen und Funktionen der SS-Herrschaft im gesamten Bereich des Konzentrationslagers Sachsenhausen war offenbar nicht gefragt«.⁶⁸

Am 23. April 1961 wurde die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen feierlich eröffnet. Ihre zentralen Bestandteile – die für die nächsten 30 Jahre weitgehend unverändert bleiben würden – waren drei Museen und ein Mahnmal, das zusammen mit einer Steinskulptur das räumliche Zentrum bildete. Direkt neben dem ehemaligen Eingangstor zum Häftlingslager fand das »Museum des antifaschistischen Freiheitskampfes der europäischen Völker« in einem Neubau aus Stahlbeton seinen Platz. In der darin befindlichen, 1.300 Quadratmeter umfassenden Ausstellung war auch Deutschland mit einem Ausstellungsteil vertreten, dessen unmissverständliches Ziel darin bestand, »die führende Rolle deutscher Kommunisten im Kampf gegen Hitler zu verdeutlichen«.⁶⁹ Das ebenfalls »zweifelloos durch eine DDR-typische Faschismus-Rezeption geprägt[e]«⁷⁰ »Lagermuseum« befand sich im Gebäude der ehemaligen Häftlingsküche und wurde durch Inszenierungen in der rekonstruierten Pathologie und im ebenfalls wiederhergestellten Zellenbau ergänzt.⁷¹

67 Die einzigen an den Gesprächen beteiligten NS-Verfolgten waren übrigens die Mitglieder des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer, alle anderen wurden ausgeklammert, vgl. Köpp, Ulrike: Die Projektierung der Gedenkstätte Sachsenhausen und die Diskussionen im Wissenschaftlich-Künstlerischen Beirat beim Ministerium für Kultur. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996c, S. 217–231. Für die umfangreiche Dokumentation der bereisten Gedenkort und Gestaltungsvorschläge siehe Kollektiv Buchenwald: Zur Gestaltung der Gedenkstätte Sachsenhausen. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996, S. 166–216.

68 Köpp 1996d, S. 163.

69 Haustein 2006, S. 88.

70 Nieden, Susanne zur: Die musealen Gestaltungen. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996c, S. 253–254, S. 253.

71 Vgl. hierzu auch Nieden, Susanne zur: Das Lagermuseum. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996a, S. 264–271.

Ursprünglich sollte es das einzige Museum innerhalb des ›Lagerdreiecks‹ sein. Doch als nur wenige Monate vor der geplanten Eröffnung die Proteste einer jüdischen Widerstandsorganisation immer lauter wurden, beschloss man kurzfristig, mit dem ›Museum des Widerstandskampfes und der Leiden des jüdischen Volkes‹ in den rekonstruierten Baracken 38 und 39 noch ein weiteres einzurichten.⁷² Das gut sichtbare und buchstäblich alles überragende Zentrum der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte aber bildete das 40 Meter hohe ›Monument der Nationen‹, an dessen Fuß sich die von René Graetz geschaffene Steinskulptur ›Befreiung‹ befindet.⁷³ Auffällig ist dabei nicht nur die dreieckige Grundform des Obeliskens, sondern auch der Ort, an dem er platziert wurde: direkt auf der Mittelachse des ›Lagerdreiecks‹.⁷⁴ Erlagen die Architekten des Buchenwald-Kollektivs am Ende also doch der nationalsozialistischen Geometrie? Oder wurde diese gerade dadurch überwunden, dass man sie in den Dienst des Kommunismus stellte? Die 18 an der Spitze prangenden Keramikdreiecke lassen letzteres vermuten.

Den Umgang der DDR mit der »zweiten Geschichte Sachsenhausens«, der des sowjetischen Speziallagers nämlich, fasst Günter Morsch hingegen als »schlichte Ignoranz und Verdrängung« zusammen.⁷⁵ Im Konflikt beider deutscher Staaten, so führt er an anderer Stelle aus, seien die Speziallager instrumentalisiert worden, was

72 Vgl. Nieden, Susanne zur: Das Museum des Widerstandskampfes und der Leiden des jüdischen Volkes. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996b, S. 272–278.

73 Der in Berlin geborene Bildhauer René Graetz lebte in der Schweiz, in Südafrika und Großbritannien, von wo aus er 1939 nach Kanada deportiert und dort interniert wurde. Erst 1946 kam er wieder in sein Geburtsland Deutschland, wurde Mitglied der KPD, später der SED. Graetz hat neben der Skulptur ›Befreiung‹ auch drei Stelen für die Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald gestaltet, siehe Quellenverzeichnis: Eintrag zu Graetz, René in der Onlinedatenbank der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/rene-graetz> (letzter Abruf: 05.05.2025). Die Steinskulptur ›Befreiung‹ zeigt zwei (auffallend aufrechtstehende) Häftlinge und im Hintergrund einen sowjetischen Soldaten, der die beiden schützend mit seinen Händen berührt; in das Podest, auf dem sie stehen, sind die Namen der Herkunftsländer der Sachsenhausener Häftlinge eingemeißelt. Wie das Monument der Nationen, ist auch ›Befreiung‹ ganz klar im Kontext der kommunistischen Ideologie zu verstehen und somit eher ein Ehrenmal für die Sieger als ein Denkmal für die Opfer, vgl. Köpp 1996c.

74 Vgl. Hartung, Ulrich: Der Zusammenhang von Funktion und Gestalt in der räumlichen Gliederung der Gedenkstätte Sachsenhausen. In: Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996, S. 281–283.

75 Morsch 1996. S. 14.

verkürzte und polarisierende Darstellungen zur Folge hatte.⁷⁶ Erst 1990 platzierte man an der Lagermauer, die die damaligen Zonen I und II voneinander trennte, einen Gedenkstein; aus den lokalisierbaren Massengräbern wurden offizielle Grabstätten.⁷⁷

Im Herbst 1990 endete die Existenz der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. Sie wurde nun selbst zum Denkmal für den »staatlich ritualisierten Antifaschismus«⁷⁸ der DDR und damit zu einem der Kristallisationspunkte in der Auseinandersetzung um den angemessenen Umgang mit zwei deutschen Diktaturen. Die Wiedervereinigung Deutschlands stellte nicht nur eine räumliche Erweiterung dar, das Zusammentreffen der Akteur:innen aus Ost und West in jenem neu definierten Raum führte auch zu einer gewaltigen Schieflage.⁷⁹ In den Beiräten der am 1. Januar 1993 gegründeten Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten saßen nationalsozialistisch verfolgte Antifaschist:innen, Juden:Jüdinnen sowie Sinti:zze und Rom:nja; in den Opferverbänden der Speziallagerhäftlinge wiederum engagierten sich stalinistisch verfolgte Sozialdemokrat:innen ebenso wie frühere Mitglieder der Hitlerjugend.⁸⁰ Während sich die ehemaligen Speziallagerhäftlinge durchaus kooperationsbereit zeigten, lehnten die Holocaustüberlebenden jegliche Zusammenarbeit ab – zu groß war die Sorge, dass eine Thematisierung beider Verfolgungsgeschichten die ihre relativieren würde.⁸¹ Nun kam man um eine Auseinandersetzung mit beiden Geschichten aber nicht herum – und der Prozess wurde nicht nur auf gestalterischer Ebene von der Frage dominiert, wie mit den »übereinanderliegenden, teilweise ineinander verschränkten, amalgamierten Schichten der Geschichte des Ortes künftig umzugehen sei«.⁸² Um eine Gegenüberstellung der Leidenserfahrungen zu vermeiden und gleichzeitig der wachsenden Bedeutung von »Authentizität als Kapital historischer Orte«⁸³ Rechnung zu tragen, entwickelten die Verantwortlichen ein dezentrales Ausstellungskonzept. Dieses würde es laut Morsch ermöglichen, »die Geschichte des Speziallagers [...] ohne Vermischungen einerseits und

76 Vgl. Morsch, Günter: Thesen zur Darstellung der Geschichte und zum Gedenken an die Opfer der Konzentrationslager sowie der Sowjetischen Speziallager an Orten zweifacher Vergangenheit. In: LaG-Magazin (2013), H. Geteilte Erinnerungen-Historisches Lernen, S. 5–7.

77 Vgl. Prieß 1998.

78 Diese Formulierung hat Günter Morsch im Klappentext eines von ihm herausgegebenen Bandes gewählt, vgl. Morsch, Günter (Hg.): Von der Erinnerung zum Monument: die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 8, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 1996.

79 Vgl. Haustein 2006.

80 Vgl. ebd.

81 Vgl. ebd.

82 Morsch 2020. S. 59.

83 Vgl. Drecoll, Axel/Schaarschmidt, Thomas/Zündorf, Irmgard (Hg.): Authentizität als Kapital historischer Orte? Die Sehnsucht nach dem unmittelbaren Erleben von Geschichte. Göttingen 2019.

Marginalisierung andererseits« zu thematisieren.⁸⁴ Statt einer großen Hauptausstellung entstanden nach und nach kleine, überschaubare Ausstellungen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten in den erhaltenen bzw. rekonstruierten Gebäuden auf dem Gelände – ergänzt um einen Neubau für das *Museum Sowjetisches Speziallager*, welches sich aber außerhalb des Lagerdreiecks befindet.⁸⁵ Gegenwärtig gibt es dreizehn Dauerausstellungen auf dem Gelände des ehemaligen ›Lagerdreiecks‹ und eine im sogenannten T-Gebäude (in dem heute neben der Geschäftsstelle der Stiftung auch das Finanzamt der Stadt Oranienburg untergebracht ist).⁸⁶ Zudem wurden Freiluftausstellungen am Gedenkort Außenlager Klinkerwerk⁸⁷ und an der Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald eingerichtet.⁸⁸

Mit der baulichen Überformung eines Ortes historischer Verbrechen zu einem Gedenkort, so möchte ich abschließend bemerken, gehen immer auch Prozesse der inhaltlichen Reduktion und der symbolischen Besetzung einher. Rufen wir uns die

84 Morsch, Günter: Sachsenhausen – auf dem Weg zur Neugestaltung und Neukonzeption der Gedenkstätte. In: Dittberner, Jürgen/Meer, Antje von (Hg.): Gedenkstätten im vereinten Deutschland. 50 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager. Berlin 1994, S. 46–62. S. 58.

85 Vgl. Morsch 2020. Die Bildungs- und Gedenkarbeit zu den zwei Gewaltgeschichten des Lagers findet also letztlich doch größtenteils in räumlicher Trennung statt. An einer Stelle jedoch, nämlich im sogenannten Kartoffelschätkeller treten beide Vergangenheiten in Form von Wandmalereien miteinander in Beziehung – und das kann Herausforderung und Chance zugleich sein: »Es ist Aufgabe der Pädagogik, diese Fragen und Bezüge einzufangen und zu differenzieren, auf die verschiedenen Entstehungskontexte zu verweisen, ohne Parallelen per se zu negieren. Im Idealfall entsteht so ein Dialog, der die Besucher:innen selbst befähigt, historisch adäquat zu vergleichen«, Buchmeier, Kolja/Liederwald, Sjöma: Gedenkstättenpädagogik und räumliche Gestaltung an Orten konkurrierender Erinnerungen am Beispiel Sachsenhausen. In: Eulenburg, Amélie zu/Zündorf, Irmgard (Hg.): Konkurrenz um öffentliches Gedenken. Erinnerungskulturen im Raum Potsdam und Brandenburg, Bd. 20, Public History – Angewandte Geschichte. Bielefeld 2023, S. 83–95. S. 95.

86 Vgl. Gabriel, Ralph/Seferens, Horst/Sept, Ariane: Dokumentation der Baumaßnahmen. In: Morsch, Günter/Seferens, Horst (Hg.): Gestaltete Erinnerung. 25 Jahre Bauen in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 1993–2018. Berlin 2020, S. 89–247.

87 Die Dauerausstellung »Steine für ›Germania‹ – Granaten für den ›Endsieg‹. Das ›Außenlager Klinkerwerk‹ des KZ Sachsenhausen« wurde 2011 eröffnet. 2015 wurde am ehemaligen Klinkerwerk auch ein Gedenkort eingerichtet, vgl. ebd.

88 Kurz vor Kriegsende wurden mehr als 16.000 Häftlinge von der SS im Belower Wald bei Wittstock zusammengetrieben. Sie mussten tagelang ohne Unterkunft und Verpflegung auf dem Waldboden hausen, bewacht von einer SS-Postenkette. Seit 1965 erinnert ein Gedenkstein an die Häftlinge, Mitte der 1970er Jahre folgte ein Mahnmal, 1981 ein Ausstellungsgebäude. Im September 2002 verübten Rechtsextremist:innen einen Brandanschlag auf das Gebäude und beschmierten das Mahnmal mit nationalsozialistischen Symbolen. 2010 wurde die Freiluftausstellung »Der Todesmarsch der Häftlinge des KZ Sachsenhausen im April 1945« eröffnet, vgl. ebd.

Raumtriade der Kulturwissenschaftlerin Johanna Rolshoven in Erinnerung (vgl. Kapitel 1), so wird deutlich, dass mit der Verengung des gebauten Raumes auf das ›Lagerdreieck‹ im Rahmen der Konzeption der Mahn- und Gedenkstätte auch eine Verengung des Diskurs- und Wahrnehmungsraumes verbunden war. Für die Betreiber hatte das durchaus Vorteile, denn zum einen wurde die »Offenheit der historischen Quelle in einen vorgegebenen Deutungsrahmen einzwängbar«, zum anderen waren die Besucher:innen viel stärker auf Interpretationsvorgaben angewiesen, was sie »ein Stück weit entmündigt[e]«. ⁸⁹ Die räumliche Reduktion auf den Kernbereich des ehemaligen Konzentrationslagers schuf den geeigneten Rahmen für eine ebenfalls stark reduzierte Erzählung, deren Ziel explizit nicht darin bestand, »Funktionszusammenhänge [...] lesbar zu machen und zu erklären, sondern die Überwindung der SS-Herrschaft und den Sieg des Antifaschismus [...] zum Ausdruck zu bringen«. ⁹⁰ Das dynamisch gewachsene dezentrale Ausstellungskonzept, das die Gedenkstätte bzw. Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen seit den 1990er Jahren auszeichnet, kann genau gegensätzlich gelesen werden: In Morschs Worten gesprochen, wird die »Offenheit der historischen Quelle« hier nämlich nicht in einen »Deutungsrahmen eingezwängt« (s.o.), sondern sorgsam kontextualisiert. Und die Besucher:innen werden nicht »entmündigt« (s.o.), sondern dazu herausgefordert, sich den Ort selbst(ständig) zu erschließen.

Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen im Kontext extrem rechter Agitationen

Das Ende der deutschen Teilung gilt gemeinhin als das Ergebnis einer friedlichen Revolution, was neben *Einheit* auch *Einigkeit* suggeriert. Doch weder das Eine noch das Andere war der Fall: Was die Menschen im Westen als ›Wiedervereinigung‹ bezeichneten, war für diejenigen im Osten lediglich eine ›Wende‹, und die sollte, wenn es nach der Historikerin Katja Hoyer geht, »eher als Wegmarke auf Deutschlands Suche nach Einheit denn als deren glückliches Ende« verstanden werden. ⁹¹ Neben aller Euphorie verstärkten die Ereignisse von 1989/90 nämlich auch die Dynamik rechtskonservativ-nationalistischer Strömungen; insbesondere in den neuen Bundesländern bestimmte nun zusätzlich zu dem sich weiter steigernden Fremdenhass

89 Morsch 1996. S. 18.

90 Morsch, Günter: Der Umgang mit dem Erbe der DDR in den früheren Mahn- und Gedenkstätten: Das Beispiel Sachsenhausen. In: Jelich, Franz-Josef/Faulenbach, Bernd (Hg.): »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?« Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten, Bd. 19, Geschichte und Erwachsenenbildung. Essen 2005, S. 123–144. S. 124f.

91 Hoyer, Katja: Diesseits der Mauer: Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990. 7. Auflage. Hamburg 2023. S. 531.

auch der ›Untergang‹ der DDR das Denken und Handeln rechtsextremer Akteur:innen – und eine der Hochburgen war Oranienburg.⁹² Zwar wurden die Forschungsergebnisse der Gedenkstätte zur Beteiligung der örtlichen Bevölkerung und Verwaltung an den NS-Verbrechen akzeptiert, die 2004 eröffnete Dauerausstellung *Die Stadt und das Lager* im ehemaligen Wachturm E war von den Oranienburger:innen sogar in Form von Zeitzeug:innen-Interviews mitgestaltet worden.⁹³ Doch letztlich begegnete man auch hier der eigenen Rolle im Nationalsozialismus mit dem »Entwurf eines [...] entlastenden Opfernarrativs«.⁹⁴ Dieses bestand zum einen aus der Enttabuisierung der Geschichte des sowjetischen Speziallagers und aus dem daraus resultierenden Narrativ der »zweifachen Vergangenheit«; zum anderen wurde das großflächige Bombardement vom 15. März 1945 zum Ausgangspunkt einer identitätsstiftenden Opfererzählung – beides war für das rechtsextreme Spektrum problemlos anschlussfähig.⁹⁵

92 Vgl. Mentel, Christian: »Nichts weiter als sowjetische Propaganda« Das Konzentrationslager Sachsenhausen und die Revisionisten. In: Kopke, Christoph (Hg.): Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 11, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2014, S. 53–76.

93 Vgl. Morsch, Günter: Die Brandanschläge auf die »Jüdischen Baracken« im September 1992 und das »Museum des Todesmarsches« 2002. Taten, Täter, Folgen. In: Kopke, Christoph (Hg.): Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 11, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2014, S. 17–39; Morsch, Günter: Oranienburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen. Konfrontationen, Leitbilder und Interessenkonflikte nach der deutschen Einheit. In: Seferens, Horst (Hg.): Schwierige Nachbarschaft? Das Verhältnis deutscher Städte zu »ihren« Konzentrationslagern vor und nach 1945, Bd. 23, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2018, S. 157–171.

94 Morsch 2018. S. 159.

95 Vgl. ebd. Der Abwurf von etwa 4.000 Bomben am 15. März 1945 ist verständlicherweise Teil des Gedächtnisses der Stadt Oranienburg und ihrer Bewohner:innen geworden. Sein Potential als geschichtsrevisionistische Opfererzählung entfaltete das Ereignis insbesondere im Kontext des 2015 vom RBB produzierten Films »Bombenjäger«, der von den regionalen Printmedien als Sensation gefeiert wurde. Neue Forschungen hätten ergeben, dass die Stadt »ein Opfer eines Wettlaufs zwischen den USA und der Sowjetunion um die Atombombe« gewesen sei, da die Bomben nicht den Güterbahnhof, sondern die Uranoxidproduktion in den Auerwerken hätten treffen sollen, ebd. S. 162. Bis heute wird das Bild von der Stadt als Opfer regelmäßig durch Bombenfunde und -entschärfungen getriggert, als »Opfernarrativ« ist es, so Morsch, »offenbar Gemeingut in der Stadt« geworden, ebd. S. 163. Und das, obwohl die Filmemacher:innen lediglich die in den 1960er Jahren erschienenen Memoiren eines amerikanischen Luftwaffenkommandeurs als Quelle heranziehen konnten – und genügend zeitgenössische Quellen die Erzählung als Verschwörung entlarven.

Doch Geschichtsrevisionismus ist eben nicht nur eine »Gegenerzählung«⁹⁶. Durch konkrete und teils gewaltsame Agitationen sowie bewusste Diskursverschiebungen wird er auch performativ wirksam. Denn »[n]ur ein von seinen ungeheuren Verbrechen entlasteter Nationalsozialismus kann einer breiten Öffentlichkeit als politische Alternative vermittelt werden und entsprechend Akzeptanz finden.«⁹⁷ Dass es im gewaltbereiten neonazistischen Spektrum nicht primär um Akzeptanz, sondern vielmehr um Machtdemonstration und Abschreckung ging, zeigen die beiden Brandanschläge, die auf die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen (im Folgenden: GuMS) verübt wurden. In der Nacht vom 25. auf den 26. September 1992 – am Vorabend des jüdischen Neujahrsfests Rosch-ha-Schana und nur wenige Tage nach dem Besuch des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin – warfen zwei junge Neonazis Molotowcocktails auf die ehemaligen jüdischen Baracken 38 und 39, wodurch die eine völlig ausbrannte und die andere schwer beschädigt wurde.⁹⁸ Der Anschlag sorgte in Politik und Öffentlichkeit für Entsetzen und Anteilnahme – was einen starken Kontrast zu den vollkommen unzureichenden Bemühungen von Polizei und Justiz darstellte: Auf einen ersten Prozess im Sommer 1992, in dem die beiden Männer »[a]ngesichts einer mangelhaften und dilettantischen Ermittlungsarbeit der Polizei sowie eines offenbar wenig engagierten Gerichts«⁹⁹ trotz ihrer Geständnisse freigesprochen wurden, folgte 1995 ein zweiter, in dem die Täter letztlich zu zweieinhalb bzw. drei

96 Botsch, Gideon: »Schluß mit dem Holocaust« Der Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen im Kontext rechtsextremer Geschichtspolitik. In: Kopke, Christoph (Hg.): *Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen*, Bd. 11, *Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten*. Berlin 2014, S. 40–52. S. 51.

97 Mentel 2014. S. 56.

98 Vgl. Morsch 2014.

99 Ebd. S. 20. Während Politik und Medien schnell von einer antisemitischen Tat ausgegangen waren, hatte einer der leitenden örtlichen Polizeidirektoren tatsächlich behauptet, dass es in Oranienburg gar keine aktiven Rechtsextremist:innen gebe. Die Politikwissenschaftler Gideon Botsch und Christoph Kopke schreiben dazu: »Als neues Bundesland erlebte [Brandenburg] einen rasanten Wandel der Verwaltungs- und Sicherheitsstruktur. Dies mag zur Erklärung beitragen, warum das Land mit einiger Verzögerung reagierte und sich in der ersten Zeit erhebliche Kritik gefallen lassen musste. Ein Aktivist der rechtsextremen Musikszene Brandenburgs erinnert sich: ›Nach der Wiedervereinigung gab es hier viele neue Gesetze und die Polizei kannte sie nicht alle. Außerdem waren die Regierung und die Polizei sehr überrascht über die große Anzahl von Neonazis ... Es war wirklich eine tolle Zeit für uns«.

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: *Grenzen setzen: Das »Brandenburger Modell« der Abwehr des Rechtsextremismus*. In: Kopke, Christoph (Hg.): *Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven*. Potsdam 2011, S. 183–206. S. 187. Das Zitat haben Botsch und Kopke entnommen aus Dornbusch, Christian/Raabe, Jan: *Mit Musik geht alles besser? Rechtsextreme Mobilisierungs- und Rekrutierungsversuche in Jugend- und Musikszene*. In: Schoeps, Julius H. u.a. (Hg.): *Rechtsextre-*

Jahren Haft verurteilt wurden.¹⁰⁰ Zehn Jahre später, wieder vor dem jüdischen Neujahrsfest, wurde ein Brandanschlag auf das Museum des Todesmarsches im Belower Wald verübt und das dazugehörige Mahnmal mit Hakenkreuzen, Sigrunen und antisemitischen Parolen beschmiert.¹⁰¹ Die Zivilgesellschaft war alarmiert, das Wittstocker Aktionsbündnis für Toleranz rief zum Protest auf und noch am selben Tag erfolgte die Gründung eines Fördervereins für das Museum; dem gegenüber stand eine – im Vergleich zu dem Anschlag auf die jüdischen Baracken – überraschend geringe bundespolitische Resonanz.¹⁰² »Offenbar«, stellt Günter Morsch schon damals fest, »hatten sich die Bundespolitiker bereits an Anschläge auf Gedenkstätten gewöhnt«.¹⁰³

Die beiden Brandanschläge blieben bis heute die einzigen ihrer Art. Die deutliche Mehrheit der an der GuMS ausgeübten Praktiken, die dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden können, sind laut Morsch sogenannte Propagandadelikte, also etwa das Anbringen und Verbreiten nationalsozialistischer Symbole und Parolen.¹⁰⁴ Der GuMS komme dabei, wie auch der Gedenkstätte Buchenwald, aufgrund ihrer Bekanntheit eine besondere Bedeutung zu, die den dort verübten rechtsextremen Agitationen einen hohen Symbolwert verleihe, so Morsch weiter. Und das gilt neben besagten Propagandadelikten auch für die immer wieder praktizierten Holocaustrelativierungen sowie für provokative Ortsbesetzungen im Allgemeinen.¹⁰⁵ Zu den Hauptakteur:innen gehörten lange Zeit vor allem Mitglie-

mismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin 2007, S. 113–124. S. 114.

100 Vgl. Morsch 2014.

101 Vgl. ebd. Die Täter:innen konnten bis heute nicht ermittelt werden. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass der Anschlag im Belower Wald »Teil einer Kette von antisemitischen Anschlägen entlang der Todesmarschroute war [...]«. Weitere Indizien legen den Verdacht nahe, dass es sich dabei um lange vorbereitete Taten organisierter und erfahrener Rechtsextremisten handelte. Dass einige Jahre später die Ermittlungen eingestellt werden mussten, hinterlässt hinsichtlich der Effektivität polizeilicher Ermittlungen im rechtsextremen Milieu erneut viele Fragen«, ebd. S. 22.

102 Die Landespolitik hingegen reagierte prompt – und der damalige Ministerpräsident Brandenburgs, Matthias Platzeck, benannte schon damals, was manch anderen Politiker:innen angesichts einer immer stärker werdenden AfD und einer immer besser organisierten Rechten im vorpolitischen Raum erst heute klar wird: »Die Gefahr kommt aus der Mitte der Gesellschaft. [...] Menschen, die so etwas tun, sind unter uns«, ebd. S. 21.

103 Ebd.

104 Vgl. ebd. Zur Definition von Propagandadelikten vgl. auch Webpräsenz des Verfassungsschutzes in Bayern, siehe Quellenverzeichnis: Verfassungsschutz Bayern: Statistik Rechtsextremismus, URL: <https://www.verfassungsschutz.bayern.de/rechtsextremismus/statistik/index.html> (letzter Abruf: 16.01.2025).

105 Vgl. ebd. Diesen »Prominenzfaktor« macht Morsch zum einen daran fest, dass beide Gedenkstätten in den 1990er Jahren im Zentrum der Debatte um die Zukunft der gesamtdeutschen

der der örtlichen NPD.¹⁰⁶ 2010 sei zum Beispiel ein NPD-Flugblatt in Oranienburg verbreitet worden, erzählt ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der GuMS im Interview, und 2014 hätten rechtsextreme Aktivist:innen schwarze Kreuze für deutsche Kriegsoffer aufgestellt, »so eine typische Social-Media-Aktion«.¹⁰⁷ Die Einflussnahme von rechts, resümiert er, »manifestierte sich weniger in der Störung unserer Abläufe, sondern eben eher durch solche Interventionen an den Randbereichen«.¹⁰⁸ Heute wiederum sind es oft Mitglieder und Sympathisant:innen der AfD, die durch provokatives Verhalten auffallen, und deren Äußerungen in der Regel bewusst knapp an der Strafbarkeit »vorbeischrammen«.¹⁰⁹ Die von der Historikerin Dagmar Lieske 2015 erkannte Entwicklung rechtsextremer Akteur:innen – weg von der expliziten Holocaustleugnung und hin zur Besetzung allgemeiner politischer Diskurse – kann praktisch uneingeschränkt auf die gegenwärtige Situation übertragen werden:

»Statt explizit die nationalsozialistische Geschichte vor Ort zu thematisieren, zu leugnen oder Opfer direkt zu verhöhnen, nahmen die Oranienburger Neonazis in den vergangenen Jahren andere geschichtspolitische Themen zum Anlass politischer Interventionen [...]. Dabei mischt [sic!] sie sich in geschichtspolitische Diskurse ein, die auch jenseits ihres Spektrums wirkungsmächtig sind.«¹¹⁰

Dies zeige, so Lieske weiter, »das eigentlich Selbstverständliche: Die Neonazis nehmen direkt oder indirekt Bezug auf gesellschaftspolitische Debatten und versuchen, diese für ihre eigenen Zwecke zu nutzen«.¹¹¹

Wie aber geht die GuMS als Institution mit diesen provokativen Diskursverschiebungen von rechts um? Welche Ressourcen stehen den Mitarbeiter:innen zur Verfügung und welche Strategien haben sie entwickelt, um angesichts rechtsextremer Äußerungen und Praktiken handlungsfähig zu bleiben? Wie begegnet man vor Ort den noch immer bestehenden Konkurrenzen zwischen KZ- und Speziallageropfern? Und wie gestaltet sich die Aushandlung von Wissen und Macht im Zusammenhang mit lokalpolitischen Akteur:innen? Das folgende Kapitel wird sich mit die-

Erinnerungskultur standen, und sich zum anderen durch ihre »zweifache Lagergeschichte [...] offenbar sehr gut zur Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen [eignen]«, ebd. S. 23f.

106 Vgl. Lieske, Dagmar: Konzentrationslager. Die Gedenkstätte Sachsenhausen – Ein Erinnerungsort der extremen Rechten? In: Langebach, Martin/Sturm, Michael (Hg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten. Wiesbaden 2015, S. 287–300.

107 SH010, Interview geführt am 21.07.2023 via Zoom.

108 Ebd.

109 Die Thematik wird hier bewusst nur angeschnitten, da sie in den folgenden Kapiteln empirisch ausgedeutet wird.

110 Lieske 2015. S. 296.

111 Ebd. S. 297.

sen Fragen auseinandersetzen, beginnend auf dem Gelände selbst, dessen Größe der Ausgangspunkt für Aushandlungen von (Un-)Sicherheit ist. Im weiteren Verlauf wird die ›Konfliktbasiertheit‹ aus Kapitel 2 aufgegriffen und auf die diskursiven Sphären ausgeweitet werden – im Rahmen von Gruppenführungen, im Kontext des Gedenkens an die Opfer des sowjetischen Speziallagers und in der lokalpolitischen Auseinandersetzung.

3.2 Strategien und Praktiken im Umgang mit extrem rechten Aneignungsversuchen

Agency auf 18.000 Quadratmetern

Während ich mich im Besucherinformationszentrum (BIZ) aufhalte, kommt Dieter, den ich am Morgen interviewt habe, überraschend auf mich zu und sagt: »Komm, ich zeig' dir etwas.« Er führt mich zu einer Tür, die über ein (verschlossenes) Sichtfenster verfügt, und klopft an. Ich registriere, dass es sich um das Zimmer handeln muss, in dem sich das Personal des Wachschutzes aufhält, davon hatte er mir im Interview ausführlich erzählt. Ein Mann in einer Art Uniform öffnet uns, und Dieter schiebt mich regelrecht in den Raum hinein. Dort steht ein weiterer Mann, der dieselbe Art von Dienstkleidung trägt. Vier große Bildschirme, die als Quadrat angeordnet an der Wand hängen, dominieren den kleinen Raum. Auf ihnen sind unzählige Bewegtbilder von Orten in der Gedenkstätte zu sehen. Auch Dieters lockere Art mit den Männern zu plaudern, ändert nichts daran, dass ich mich extrem fehl am Platz fühle. Wie ein Eindringling geradezu, der sich unbefugt Zutritt zu einem Bereich verschafft hat, in dem er eigentlich nichts zu suchen hat (was ja genaugenommen auch stimmt, denn mir hätte sicher niemand diese Tür geöffnet). Ich bemerke den Männern gegenüber, dass ich es mir ja sehr belastend vorstelle, den ganzen Tag nur auf diese Bildschirme zu gucken (denn bis zu jenem Zeitpunkt hatte ich mir die Aufgabe des Wachschutzes genauso vorgestellt). Die Männer lachen auf und wechseln einen Blick, den ich am ehesten als amüsiert beschreiben würde. »Nee, belastend is dit nich«, antwortet einer von ihnen in Brandenburger Mundart, »wir gucken da eigentlich kaum drauf, wird ja alles aufgezeichnet. Und es passiert ja auch nix.«¹¹²

Ich gebe offen zu: Mir, der Forscherin, war diese Episode mehr als unangenehm. Wie konnte ich nur davon ausgehen, dass das Wachpersonal den ganzen Tag nichts anderes tut, als auf die Übertragungsbildschirme zu schauen? Andererseits: War meine Vermutung wirklich so weit hergeholt? Welche Rolle spielten wohl die Assoziationen, die ich vor Beginn meiner Forschungen in Sachsenhausen hatte? Wachschutz,

112 Feldnotizen Julia Gilfert, 11.01.2023.

Wachpersonal – darunter hatte ich mir ursprünglich Menschen vorgestellt, die ähnlich der Aufsicht im Museum, langsam auf dem Gelände hin- und herlaufen. Eine Vorstellung, die in Anbetracht der Geschichte des Ortes zugegebenermaßen einen höchst unangenehmen Beigeschmack hatte. Wie also werden die Themen Sicherheit bzw. Unsicherheit in der GuMS tatsächlich verhandelt? Welche Rolle spielt das Gedenkstättenengelände – und welche Rolle seine Überwachung?

»Der Raum dieser Gedenkstätte ist ja schon sehr weitläufig, und wenn etwas am Ende dieses Dreiecks¹¹³ passiert und die Wache vielleicht gerade nicht ans Telefon gehen würde, müsste man echt eine lange Zeit laufen, um sich Hilfe zu holen«, bemerkt Sebastian, wissenschaftlicher Mitarbeiter, im Interview.¹¹⁴ »Gut«, ergänzt er, »jetzt bin ich ein relativ großgewachsener Mann, das ist natürlich nochmal ein Unterschied zu einer vielleicht eher zierlichen Person [...]. Aber es ist schon so, dass man im Ernstfall keine große Handlungsmacht hätte.«¹¹⁵ Melanie, freiberufliche Guide, hat genau das erlebt:

»Einmal hatte ich eine Führung mit einer Jugendgruppe, und dann habe ich bei einem Besucher gesehen, dass der ein rechtsextremes Tattoo hatte. Also jetzt kein Hakenkreuz, ich glaube, eine Schwarze Sonne oder irgendwie so etwas. Da dachte ich auch: Das ist doch total verrückt, was passiert hier? Ich war halt mitten in meiner Führung und habe dann gesagt: ›So, ich muss hier kurz etwas klären, wartet mal.‹ Und dann habe ich in der Pädagogischen Abteilung angerufen und gesagt: ›Hey, das und das ist die Situation, was mache ich denn jetzt?‹ Und dann meinten die, ich soll in der Wache anrufen, die klären das. Daraufhin meinte ich: ›Aber ich habe hier gerade eine Führung, könnt ihr nicht bitte – ?‹ Und dann sagten sie: ›Ja, aber bis wir da sind, ist die Person doch weg.‹ Dann habe ich also bei der Wache angerufen, und dann meinten die, ja, sie kommen in zehn Minuten. Und ich dachte so: Ja, okay, aber irgendwie ist das doch –. Und sie fragten noch, ob ich es nicht selbst klären kann, und ich so: ›Äh, nein?!‹ ((lacht)) Also, weil es war so ein Typ mit breiten Muskeln, da hatte ich schon auch ein bisschen Angst und habe mich nicht so getraut. Und außerdem hatte ich ja eigentlich eine Führung, da konnte ich dem jetzt auch nicht hinterherrennen.«¹¹⁶

Auch Dieter vom BIZ, der mich mit den beiden Herren vom Wachschatz konfrontiert hat, sieht das Sicherheitskonzept kritisch, insbesondere die fehlende Präsenz von Mitarbeiter:innen auf dem Gelände:

113 Mit ›Dreieck‹ ist der Bereich des einstigen ›Lagerdreiecks‹ gemeint, auf dem sich heute die GuMS befindet.

114 SH09, Interview geführt am 08.03.2023 via Zoom.

115 Ebd.

116 SH02, Interview geführt am 10.01.2023 in Berlin.

»Selbstverständlich kannst du, wie man sich vorstellen kann, mit noch so vielen Kameras nicht dieses Gelände abdecken, also, nicht mal annähernd. Im Gelände selbst ist niemand. Nie. Und da bin ich ein Riesengegner von. Wenn ich in Berlin in eine Ausstellung gehe, da ist in jedem Raum einer. Wenn ich mir Bilder angucke, da steht in jedem Raum einer und guckt, ob da alles in Ordnung ist, ob nicht einer eine Bananenschale gegen das Bild wirft oder sonst etwas. Und hier sind das 18.000 Quadratmeter und zwölf, dreizehn, vierzehn Ausstellungen, und da ist niemand. Du kannst machen, was du willst.«¹¹⁷

Wie Sicherheit hergestellt und wahrgenommen wird, was sie ausmacht und welche Emotionen mit ihr verbunden sind, wird immer intersubjektiv ausgehandelt und unterliegt den vorherrschenden Machtverhältnissen.¹¹⁸ Die Verhandlung von Gefühlen der (Un-)Sicherheit ist ein zentrales Thema beim Umgang mit extrem rechten Aneignungsversuchen an der GuMS – und sie ist eng verbunden mit den Dimensionen und dem Charakter des Gedenkstätten Geländes, denn Angst und (Un-)Sicherheit haben immer eine räumliche Komponente.¹¹⁹ Um die diesbezüglichen Aushandlungsprozesse an der GuMS verstehen zu können, sind zunächst noch einmal zwei kurze Hinweise auf die Geschichte des Ortes notwendig. Zum einen handelt es sich beim sogenannten Lagerdreieck – also bei dem Bereich, der das Gelände der heutigen Gedenkstätte markiert – nur um einen kleinen Teil des einstigen KZ-Komplexes. Publikationen zur Baugeschichte der Gedenkstätte betonen mehrfach, man habe das einst deutlich größere Gelände und mit ihm die Verbrechen des Nationalsozialismus auf dieses Dreieck reduziert.¹²⁰ Sowohl von Mitarbeiter:innen als auch von Besucher:innen wird das Gedenkstätten Gelände mit seinen 18.000 Quadratmetern allerdings in der Regel als weitläufig erlebt und beschrieben. Eben jene buchstäblich zu verstehende *Weitläufigkeit* wiederum evoziert Gefühle der Unsicherheit, was uns zum zweiten Rückgriff führt. Erinnern wir uns an die Idee des

117 SHO4, Interview geführt am 11.01.2023 in Oranienburg.

118 Vgl. Schwell, Alexandra: Sicherheit. In: Schmidt-Lauber, Brigitta/Liebig, Manuel (Hg.): Begriff der Gegenwart. Ein kulturwissenschaftliches Glossar. Wien 2021, S. 243–251.

119 Vgl. Wolf, Burkhardt: Medien, Praktiken und Effekte der Angst: 1. Raum. In: Koch, Lars (Hg.): Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart und Weimar 2013, S. 148–156; Schwell 2021.

120 So schreibt etwa Eduard Führ: »Das ›KL Sachsenhausen‹ wurde sowohl in Publikationen wie in der Markierung der Gedenkstätte auf einen kleinen inneren Bereich, das ›Dreieck‹ reduziert, in dem sich die historischen Geschehnisse als Weite eines freien Feldes präsentieren. [...] [Es] wird eine topographische Ausgrenzung, eine Zuweisung des nationalsozialistischen Geschehens an einem klar ausgegrenzten (kleinen) Ort, das Dreieck des Häftlingslagers, vorgenommen, der durch die spezifische Gestaltung der Gedenkstätte zu einem ›Schwarzen Loch‹ wird. Entspricht dies der historischen Wirklichkeit? Fand das, was das ›KL Sachsenhausen‹ ausmachte, tatsächlich nur in dem ›Dreieck‹ der Unterkunftsbarracken für die Gefangenen statt? War das Konzentrationslager vor 1945 aus Region und Alltag ausgegrenzt? Ist ein nationalsozialistisches Konzentrationslager überhaupt ein ausgrenzbarer Ort?«, Führ 1996. S. 33.

Panoptikums, die den Architekten Bernhard Kuiper mutmaßlich zu seinen Plänen für den Bau des Konzentrationslagers inspirierte, tritt eine seltsame Kontinuität zu Tage: Genau das Gelände, das aufgrund von permanenter Überwachung und Kontrolle für die darin befindlichen Menschen der Inbegriff existenzieller Unsicherheit und Angst war, wird auch im Kontext gegenwärtiger rechtsextremer Versuche der Raumbesetzung als Unsicherheitsraum empfunden – nun allerdings, weil es gerade *nicht* umfassend bewacht und kontrolliert wird. Die von den Mitarbeiter:innen geäußerten Empfindungen von Unsicherheit und Unbehagen haben also nicht nur eine räumliche, sondern auch eine raumzeitliche Komponente. Doch was genau befürchten die Guides eigentlich? Was ist der »Ernstfall«, in dem man »keine große Handlungsmacht« hätte?¹²¹ Die Äußerung von Gefühlen der Verunsicherung und des Unbehagens im Zusammenhang mit dem als unkontrollierbar empfundenen Raum kann zwar als impliziter Verweis auf die Sorge um die eigene (körperliche und seelische) Unversehrtheit gelesen werden. Letztlich erklären aber weder Sebastian noch Melanie konkret, auf welche drohende Gefahr sich ihre Befürchtungen beziehen.

Folgen wir dem Kulturwissenschaftler Reinhold Görling, dann verweisen Gefühle wie Angst und Unsicherheit auf den (drohenden) Verlust von Handlungsmacht – erst wenn die Akteur:innen diesen Gefühlen »handelnd erwidern« können, gelingt es ihnen auch, die permanente Rückbezüglichkeit der Angst auf sich selbst zu durchbrechen.¹²² Damit die Gedenkstättenmitarbeiter:innen ihrer Verunsicherung »handelnd erwidern« können, müssen also bestimmte Grundvoraussetzungen gegeben sein.¹²³ Neben kollegialem Austausch, speziellen Schulungen¹²⁴ und der recht-

121 SH09, Interview geführt am 08.03.2023 via Zoom.

122 Görling, Reinhold: Medien, Praktiken und Effekte der Angst: 5. Verkörperung. In: Koch, Lars (Hg.): Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart und Weimar 2013, S. 180–189. S. 180. Görling versteht Angst als Affekt und unterscheidet diesen vom Gefühl, denn »[a]nders als das Gefühl, das dem Ich zugerechnet werden kann, ist der Affekt etwas, das einem geschieht«, ebd. Die Kulturwissenschaftlerin Monique Scheer wiederum unterscheidet die Begriffe »Emotion« und »Affekt« gerade nicht, sondern versteht »Affekt« als eine mögliche Form der Emotionspraxis, vgl. Scheer 2016.

123 Zusätzlich zu den im Folgenden thematisierten Aspekten spielt auch die eigene Körperlichkeit eine Rolle. Sowohl Sebastian (»jetzt bin ich ein relativ großgewachsener Mann«) als auch Melanie (»es war so ein Typ mit breiten Muskeln, da hatte ich schon auch ein bisschen Angst«) stellen in ihrer Erzählung eine Verbindung zwischen Körpergröße bzw. Geschlecht und der eigenen Handlungsmacht her. Sie konstituieren also den sie umgebenden Raum als Unsicherheitsraum, indem sie gesellschaftliche Narrative und Machtverhältnisse von der eigenen Körperlichkeit ausgehend verhandeln.

124 In der Ausbildung der freiberuflichen Guides, so wurde mir in mehreren Interviews erzählt, spielt die Vorbereitung auf potenzielle Konfrontationen mit Aussagen oder Verhaltensweisen, die dem extrem rechten Spektrum zuzuordnen sind, durchaus eine Rolle. In den Jahresberichten der Gedenkstätte wird zudem die Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung

lichen Rahmung durch eine Haus- oder Besuchsordnung spielen hier auch infrastrukturelle Maßnahmen eine Rolle, konkret: die Überwachung des Geländes durch Kameras bzw. Sicherheitspersonal. Eine solche Raumkontrolle ist, so die Kulturwissenschaftlerin Katharina Eisch-Angus, eine mögliche Performanz dessen, was wir *security* nennen.¹²⁵ Im Gegensatz zur deutschen Sprache differenziert das Englische hier genau: *security* beschreibt die »institutionell organisierte und regulierte Sicherheit der Öffentlichkeit, einer abstrakten Allgemeinheit oder auch des Staats«, wohingegen sich *safety* auf (Selbst-)Schutz und das eigene Wohlergehen bezieht.¹²⁶ Im öffentlichen Raum vorgenommene Sicherheitsmaßnahmen (*security*) haben zwar in der Regel das Wohlergehen der sich dort bewegenden Subjekte (*safety*) zum Ziel, doch paradoxerweise können sie auch die genau gegenteilige Wirkung haben – insbesondere dann, wenn die Diskurse von *security* und *safety* auseinanderdriften.¹²⁷

Im Sicherheitsdiskurs der GuMS wurde dies vor einigen Jahren auf besonders frappierende Weise deutlich. Im Jahr 2019 nämlich sah sich die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten damit konfrontiert, dass die damals von ihr beauftragte Security-Firma Kontakte ins rechtsextreme Spektrum hatte.¹²⁸ Was ich bereits vor Beginn meiner Feldforschungen über Medien- und Onlinerecherchen zur Kenntnis

gegen Rechtsextremismus erwähnt. So fanden »[i]m Hinblick auf aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen« 2019 und 2023 für die freiberuflichen Guides Argumentationstrainings zum Umgang mit »rechten Parolen« statt, siehe Quellenverzeichnis: Jahresbericht 2019, hg. von Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 2020. S. 80; Jahresbericht 2023, hg. von Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Oranienburg 2024.

125 Vgl. Eisch-Angus, Katharina: Absurde Angst – Narrationen der Sicherheitsgesellschaft, Kulturelle Figurationen: Artefakte, Praktiken, Fiktionen. Wiesbaden 2019.

126 Ebd. S. 113.

127 Vgl. ebd.

128 Konkret hatte die damals für die Gedenkstätte arbeitende Firma *City Control* bei einzelnen Schichten Mitarbeiter eines Cottbuser Subunternehmens eingesetzt, dessen Geschäftsführer aktive Kontakte in extrem rechte Szenen nachgewiesen werden konnten. Diese »vollkommen inakzeptable Vorgehensweise«, so betonte die Stiftung in ihrer diesbezüglichen Pressemitteilung, habe »im Widerspruch zu den vertraglichen Vereinbarungen« gestanden, siehe Quellenverzeichnis: Pressemitteilung 22/2019 der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten vom 17. April 2019, URL: <https://www.sachsenhausen-sbg.de/presse/presseinformationen/22-2019-gedenkstaettenstiftung-trennt-sich-von-wachschutz-und-ernehmen/> (letzter Abruf: 04.02.2025). Die Vorgänge hatten bundesweite mediale Aufmerksamkeit zur Folge, siehe Quellenverzeichnis: Skrobala, Jurek: KZ-Gedenkstätte will Wachdienste vom Verfassungsschutz prüfen lassen, in: SPIEGEL Panorama, 18.02.2019, URL: <https://www.spiegel.de/panorama/brandenburger-kz-gedenkstaetten-sicherheit-von-einem-mutmasslichen-rechtsextremen-a-1253867.html> (letzter Abruf: 04.02.2025) oder Fröhlich, Alexander: Rechter Wachschutz in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, in: Tagesspiegel, 16.02.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/rechter-wachschutz-in-der-kz-gedenkstaette-sachsenhausen-4626730.html> (letzter Abruf: 04.02.2025).

genommen hatte, ergänzte Mira, ehemalige Guide, im Interview aus ihrer Perspektive:

»Die haben ja nicht nur das Gedenkstättenengelände überwacht. In diesem Büro lagen ja auch unsere Namensschilder, da lagen natürlich auch unsere Adressen und Telefonnummern, falls jemand nicht zur Führung erscheint oder dergleichen oder in Notfällen. Also, die hatten im Zweifelsfall Zugriff auf ziemlich viele Daten. [...] Und gerade Guides, die politisch organisiert waren, hatten große, große Ängste, was da jetzt an Daten von uns abgezogen wurde. Aus der damaligen pädagogischen Abteilung hieß es dann, glaube ich, nur plakativ: »Ja nee, davon geht man jetzt nicht aus.« Auf so Sorgen ist man da gar nicht eingegangen. Später gab es dann eine Diskussion darüber, ob Guides eigentlich Namensschilder tragen müssen. Also will man Guides die Möglichkeit lassen, kein Namensschild zu tragen, oder nur eines mit dem Vornamen, nur eines mit dem Nachnamen? Und da wurde uns deutlich gemacht, dass man ja an einer Gedenkstätte arbeitet, und an einer Gedenkstätte zu arbeiten heißt auch, politisch Haltung zu zeigen. Und das heißt dann auch, dass man mit seinem Namen dafür einsteht und man sich da nicht von Rechten Angst machen lässt.«¹²⁹

Die Guides fühlten sich nicht ernstgenommen, im Gegenteil, ihre Ängste wurden Miras Schilderungen zufolge durch die Kommunikation mit der damaligen pädagogischen Abteilung noch verstärkt. Ihre Sorge um die eigene *safety* wurde, so scheint es, innerhalb der Verhandlung von *security* gar nicht adressiert. Anstatt ihnen den Schutzraum der Anonymität, der Unsichtbarkeit, zu gewähren, waren es letztlich ihre Ängste, die unsichtbar gemacht und »aus dem Sicherheitsdiskurs ausgeblendet«¹³⁰ wurden. Es sind Machtdynamiken wie diese, an denen deutlich wird, dass unsere Sicherheitsgesellschaft auch als das funktioniert, was der Politikwissenschaftler Leon Hempel und seine Mitautor:innen *Sichtbarkeitsregime* nennen:

»Sichtbarkeitsregime sind soziale und technische Arrangements, die Ordnung stiften oder stabilisieren, Gefährdungen abwehren und Abweichungen korrigieren sollen und selbst eine Ordnung des Beobachtens und Beobachtetwerdens, des Zeigens und Verbergens etablieren. Sie wirken gleichermaßen auf das Handeln von Beobachtern wie Beobachteten ein; [...] sie grenzen öffentliche und private Sphären voneinander ab und schaffen auf diese Weise Zonen unterschiedlicher Blickdurchlässigkeit.«¹³¹

129 SHO6, Interview geführt am 15.02.2023 via Zoom.

130 Eisch-Angus 2019. S. 114.

131 Hempel, Leon/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich: Sichtbarkeitsregime. Eine Einleitung. In: dies. (Hg.): Sichtbarkeitsregime. Überwachung, Sicherheit und Privatheit im 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2011, S. 7–24. S. 8f.

Das Zimmer des Wachschutzes, ausgestattet mit einem Sichtfenster, das nur von innen zu öffnen ist – es ist meiner Ansicht nach der Inbegriff eines solchen Sichtbarkeitsregimes. »Die haben so ein Wachhäuschen, das ist im Besucherinnenzentrum, und man sieht die von außen auch nicht«¹³² – mit diesen knappen Worten hatte Melanie im Interview den Wachschutz beschrieben und trifft damit den Kern des Problems: Wenn die Beobachtenden nicht beobachtet, die Kontrollierenden nicht kontrolliert werden können – kann man sich ihrer Existenz, ihrer Funktion und vor allem ihrer Vertrauenswürdigkeit dann überhaupt *sicher* sein? Sicherheit, dies wird mehr und mehr deutlich, ist ein Paradoxon:

»Wenn das der Sicherheit Entgegengesetzte und Äußere die Unsicherheit ist, Unsicherheit zugleich aber auch innerhalb des Systems in jeder einzelnen Sicherheitsbotschaft als Ereignishintergrund und Legitimation enthalten ist, so muss das System Sicherheit versuchen, alles als unsicher Geltende aus sich auszuschließen – und es zugleich zu vereinnahmen und zu integrieren.«¹³³

Mit anderen Worten: Ist *security* unsichtbar, sind wir verunsichert – ist sie sichtbar, sind wir es auch. Es bleibt also fraglich, ob eine Intensivierung der Kameraüberwachung bzw. eine stärkere Sichtbarkeit des Sicherheitspersonals zu mehr *safety* führen würden. Schließlich würde die dadurch erfolgende »umfassende Sichtbarmachung von Angstpotenzialen und Verantwortlichkeiten«¹³⁴ den Akteur:innen fortwährend vor Augen führen, dass es gute Gründe für ihre Verunsicherung gibt. Die eigene Handlungsmacht würde dies am Ende höchstens negativ beeinflussen, wie der Leiter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Axel Drecol, mit Nachdruck formuliert:

»In den Aussagen und in der Interpretation vieler Überlebender sind aus Orten der Zwangsgemeinschaft Orte der internationalen Solidarität geworden, die für Transparenz, Begegnung *und* nicht zuletzt für Freiheit stehen. Ich fände es *fatal*, wenn wir jetzt sagen: Wir müssen Überwachungen verschärfen, um rechte Übergriffe verhindern zu können oder schnell darauf reagieren zu können. Nein! Wir lassen uns nicht von ein paar – und es sind immer noch ein paar – rechtsmotivierten Übergriffen unsere gesamte Handlungslogik definieren. Ich möchte diese Gedenkstätten nicht mehr als unbedingt notwendig überwachen. Ich *möchte nicht*, dass da mehr Kameras installiert werden, damit ich möglicherweise früher reagieren kann.«¹³⁵

132 SH02, Interview geführt am 10.01.2023 in Berlin.

133 Eisch-Angus 2019. S. 154.

134 Ebd. S. 111.

135 SH07, Interview geführt am 08.02.2023 via teams.

Angst mag, wie weiter oben konstatiert, die eigene Handlungsmacht einschränken. Doch je intensiver man sich um die Herstellung von Sicherheit bemüht, desto mehr Macht gibt man auch an das angstausslösende ›Andere‹ ab.¹³⁶ Im Kontext rechtsextremer Raumanneignungsversuche muss die Handlungsmacht bzw. die Handlungslogik aber unbedingt bei den jeweiligen NS-Erinnerungsorten bleiben. Dazu gehört es womöglich auch, Unsicherheiten und Ängste bis zu einem gewissen Punkt auszuhalten – dieser Punkt aber muss klar definiert sein.¹³⁷ Nur dann kann Angst in ihrer Eigenschaft als »antizipatorische[s] Vermögen« produktiv gemacht werden.¹³⁸ Denn nicht zuletzt war es die Angst, so der Kulturwissenschaftler Frank Biess, die nach dem Zweiten Weltkrieg (zumindest in Teilen der deutschen Gesellschaft) »dynamische Erinnerungen an Krieg, Faschismus und Holocaust in spezifische Zukunftsszenarien transformierte, die es zu vermeiden galt«.¹³⁹

Zusammenfassung

Die Verhandlung von (Un-)Sicherheit spielt beim Umgang mit extrem rechten Aneignungsversuchen an der GuMS eine zentrale Rolle. Die von den Mitarbeiter:innen geäußerte Verunsicherung korrespondiert dabei oft mit dem 18.000 Quadratmeter großen Gedenkstättenengelände. Aus der Erkenntnis heraus, dass Angst immer den (drohenden) Verlust von Handlungsmacht impliziert, ergibt sich die Notwendigkeit raumorganisierender Strukturen, die dabei helfen, die Handlungsmacht der Mitarbeiter:innen zu erhalten. Eine Maßnahme, die in diesem Zusammenhang besonders kontrovers diskutiert wird, ist die der technischen und personellen Raumüberwachung. Denn die kann unter Umständen das Gegenteil von dem bewirken, was sie intendiert. Am Beispiel der Unstimmigkeiten mit einer Wachschutzfirma konnte

136 Da Angst als Grundbestandteil diktatorischer Regierungen und extremistischer Bewegungen gilt, bezeichnet man sie im gesellschaftsgeschichtlichen Kontext häufig sogar als das ›Andere‹ der Demokratie, vgl. Biess, Frank: Angst. In: Tauschek, Markus/Schmidt-Lauber, Brigitte/Liebig, Manuel (Hg.): Begriffe der Gegenwart. Ein kulturwissenschaftliches Glossar. Wien und Köln 2021, S. 23–29; Baumann, Zygmunt: Liquid Fear. Cambridge 2006; Shklar, Judith: The Liberalism of Fear. In: Hoffman, Stanley (Hg.): Political Thought and Political Thinkers. Chicago 1989, S. 3–20; Neumann, Franz: Angst und Politik, Vortrag gehalten an der Freien Universität Berlin. Tübingen 1954.

137 Vgl. Schwell 2021. Die Autorin bezieht sich hier konkret auf Michel Foucault und sein Verständnis von Sicherheit als hegemonialem Prozess, vgl. Foucault, Michel: Geschichte der Gouvernementalität 1: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung (Vorlesung am Collège de France 1977/1978). Frankfurt a.M. 2006. So seien Sicherheitsmaßnahmen Foucault zufolge nicht »auf totale Kontrolle und Überwachung ausgerichtet«, vielmehr werde »Unsicherheit explizit eingeplant [...], indem die Grenzen des Akzeptablen definiert würden und damit zugleich ein Rahmen festgelegt werde, wie viel Unsicherheit eine Gesellschaft aushalten müsse«, Schwell 2021, S. 248.

138 Görling 2013, S. 184.

139 Biess 2021, S. 25.

gezeigt werden, dass die GuMS mit ihren Überwachungsmaßnahmen auch ein Sichtbarkeitsregime darstellt, das mit machtvollen Praktiken des Ein- und Ausschließens, des Beobachtens und Beobachtetwerdens arbeitet. Ob die Überwachung der GuMS zu mehr (gefühlter) Sicherheit führt, bleibt aber vor allem deshalb fraglich, weil sie die Handlungsmacht der Mitarbeiter:innen paradoxerweise nicht immer zu erweitern, sondern manchmal auch einzuschränken scheint. Um extrem rechten Versuchen der Raumbesetzung adäquat begegnen zu können, muss die Handlungsmacht aber uneingeschränkt bei der GuMS bleiben – und dazu gehört es womöglich auch, Gefühle der Verunsicherung bis zu einem gewissen (klar definierten) Punkt auszuhalten, um sie dann in einem zweiten Schritt als mobilisierende Kraft produktiv machen zu können.

Abbildung 8: 18.000 m² – die GuMS ist weitläufig im wahren Wortsinne.



Quelle: Julia Gilfert.

»Die Gesellschaft ist voller Ressentiments, und die entladen sich alle hier«

Ein großer Teil der rund 500.000 Menschen, die die GuMS im Schnitt jedes Jahr besuchen, sind Schüler:innen bzw. Jugendliche, die als feste Gruppen zu den

pädagogischen Angeboten der Gedenkstätte angemeldet werden.¹⁴⁰ Neben mehr-tägigen und auf bestimmte Berufsgruppen zugeschnittenen Bildungsangeboten¹⁴¹ stellen vor allem die zwei- bis vierstündigen Führungen über das Gelände den Kern der pädagogischen Arbeit dar. Die historischen Schichten der GuMS werden dabei zur besonderen Herausforderung, denn die gleich mehrfach vorgenommene Überformung des Ortes steht häufig im Widerspruch zu den Erwartungen, die die Besucher:innen an dessen vermeintliche Authentizität stellen.¹⁴² »Diesen Erwartungen zu begegnen, sie quasi zu irritieren und dabei das Interesse an der Geschichte des Ortes zu bewahren und zahlreiche Fragen aufzuwerfen, ist eine wesentliche Aufgabe der Pädagoginnen und Pädagogen«, so die Historikerin Stephanie Bohra.¹⁴³ Doch die Gedenkstättenpädagog:innen und die freiberuflichen Guides irritieren nicht nur selbst, sie werden auch irritiert. Immer wieder begegnen ihnen in der täglichen Vermittlungsarbeit problematische Äußerungen – mal rassistisch, mal antisemitisch, mal antiziganistisch, mal queerfeindlich. Im Folgenden möchte ich am Beispiel antisemitischer Äußerungen diskutieren, wie die Guides der GuMS mit solchen Situationen umgehen. Wie reagieren sie auf entsprechende Äußerungen? Bereiten sie sich womöglich gezielt auf bestimmte Szenarien vor? Und welche Funktion haben die Aushandlungen letzten Endes im Kontext von Extremismusprävention?

Für Melanie, die als freiberufliche Guide an der GuMS arbeitet, scheint die Sache vollkommen klar zu sein:

»So rechte und rechtspopulistische Äußerungen, das hat man ja ständig. Die Gesellschaft ist voller Ressentiments, und die entladen sich alle hier. Und wenn man die richtigen Fragen stellt, dann kommen die. Eine Frage, die ich eine Zeit lang gestellt habe, wenn es um die gelben Dreiecke und um Juden ging, da habe ich dann gefragt: ›Woher wussten die Nazis, wer Jude ist?‹ Und da kamen die verrücktesten Antworten: ›Das waren die, die reich sind‹, ›Das sind die mit der komischen Nase‹, ›Das hat man denen angesehen‹. Ja, das waren eigentlich die drei häufigsten Antworten. [...] Ich meine, die Fragen *muss* man nicht stellen. Dann kommen halt auch die Antworten nicht, und dann kommen auch die Ressentiments nicht.«¹⁴⁴

140 Vgl. Bohra, Stephanie: Bildungsarbeit in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen. Besucherzahlen und Angebote, Personal und Organisation – Probleme und Herausforderungen. In: Gedenkstättenrundbrief 190 (2021), H. 06, S. 16–24.

141 Fester Bestandteil der Bildungsarbeit ist etwa die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg, die seit 2006 direkt neben der Gedenkstätte im Bereich des ehemaligen SS-Truppenlagers ansässig ist, vgl. Seferens/Heyl 2007.

142 Vgl. Drecoll/Schaarschmidt/Zündorf (Hg.) 2019.

143 Bohra 2021. S. 16.

144 SHO2, Interview geführt am 10.01.2023 in Berlin.

Mira, eine ehemalige freiberufliche Guide, findet ganz ähnliche Worte für das, was sie in ihrer täglichen Arbeit an der Gedenkstätte erlebt hat:

»Was ich ganz oft hatte, eigentlich wöchentlich fast, waren antisemitische Aussagen. Die kamen teilweise von Schüler:innen, aber eher noch von den begleitenden Lehrkräften. Und natürlich kann das rechtsextremes Gedankengut sein, aber man weiß es nicht. Antisemitismus ist ja gesellschaftlich überall verbreitet. Also, da hatte ich viele Erlebnisse, sodass ich auch irgendwann gemerkt habe, manche Fragen kann man nicht stellen auf einer Führung. Da lockt man Sachen hervor, die möchte man nicht hervorlocken. Also, mir war es zum Beispiel immer sehr wichtig bei den Häftlingsgruppen deutlich zu machen: Das sind Fremddefinitionen, die in aller Regel nichts mit der Selbstdefinition der betroffenen Leute zu tun hatten. Da gibt es Gruppen, da ist das recht eindeutig, bei sogenannten Asozialen zum Beispiel. [...] Wo es hingegen überhaupt nicht klar ist, das ist bei Juden und Jüdinnen. Und darauf habe ich immer aufmerksam gemacht, dass ›Jude‹ eine antisemitische Fremdzuschreibung war [...]. Und da habe ich dann manchmal gefragt, ob jemand weiß, ab wann man im Judentum als jüdisch gilt. Und da kamen so einige richtig schaurige Sachen, und zwar hauptsächlich von Lehrkräften. Eine Lehrerin hat zum Beispiel gesagt, dass Juden ja so ein bestimmtes Aussehen haben: dunkle Augen, dunkle Haare, vielleicht lockig, und hat dann unverhohlen so antisemitische Karikaturen beschrieben, was ich unglaublich schräg fand. [...] Also, ich hatte eine Menge solcher Vorfälle.«¹⁴⁵

Die exemplarischen Interviewausschnitte bestätigen, was auch die Psychologin Marina Chernivsky und die Sozialarbeitsforscherin Friederike Lorenz-Sinai im Rahmen ihrer 2022 veröffentlichten Studie beobachten konnten:

»Gedenkstätten sind nicht nur potenzielle Orte der pädagogischen Bearbeitung von antisemitischer Gewaltgeschichte und gegenwärtigem Antisemitismus, son-

145 SHO6, Interview geführt am 15.02.2023 via Zoom. Und nicht nur Mira sah sich mit antisemitischen Äußerungen durch Lehrpersonen konfrontiert: »Ich hatte eine Situation«, berichtet eine weitere Guide, »da habe ich über jüdische Gefangene gesprochen und wollte eben erklären, dass es natürlich eine Kategorie der Täter war und dass das nichts mit der Identität der Opfer zu tun hatte. Und dann hat der Lehrer gesagt: ›Darf ich kurz intervenieren? Ich wollte nur nochmal fragen, wie die Nazis denn die Juden erkannt haben?‹ Und dann hat sich ein Mädchen gemeldet und gesagt: ›Ja, die hatten halt dunkle Haare und große Nasen‹ [...] und man hat so richtig gemerkt: Das war auswendiggelernt. Und der Lehrer so: ›Mhm, ja genau, super.‹ Also wirklich, so als hätten sie es im Unterricht so besprochen und jetzt wurde es abgefragt. Und dann habe ich halt auch interveniert und gesagt: ›Äh, Moment, das sind Klischees und Vorurteile!‹«, SHO1, Interview geführt am 17.09.2022 in Oranienburg.

dern auch soziale Welten, an denen Menschen antisemitische Orientierungen zeigen.«¹⁴⁶

Auf meine Frage, inwiefern sie in ihrer täglichen Arbeit mit extrem rechten Praktiken oder Haltungen konfrontiert werden, haben die hier zitierten Guides direkt und unabhängig voneinander von antisemitischen Äußerungen berichtet.¹⁴⁷ Während Melanie Antisemitismus in ihren Erzählungen rechtsextrem kontextualisiert, betont Mira die gesamtgesellschaftliche Dimension der Problematik – und beide Framings haben ihre Berechtigung. Im Rechtsextremismus fungiert Antisemitismus »[a]ls ein regelrechtes Weltdeutungsmuster«,¹⁴⁸ was sich auf ganz unterschiedliche Art und Weise artikulieren kann.¹⁴⁹ Doch auch jenseits politischer Extreme werden antisemitische Äußerungen und Haltungen stetig reproduziert und – etwa in Form eines »gesellschaftlich verbreiteten Verbalantisemitismus im öffentlichen Raum«¹⁵⁰ – auch akzeptiert. Für den Umgang mit Antisemitismus innerhalb von Gedenkstättenführungen scheint neben der Frage nach dem politischen Framing

146 Chernivsky, Marina/Lorenz-Sinai, Friederike: »Keine schwerwiegenden Vorfälle« – Deutungen von Antisemitismus durch pädagogische Teams an Gedenkstätten zu ehemaligen Konzentrationslagern. In: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (2022), H. Jg. 2, Heft 1, S. 22–40. S. 23. Die Studie fragt danach, wie Antisemitismus von den Mitarbeiter:innen an Gedenkstätten wahrgenommen und gedeutet wird. Sie wurde von 2020 bis 2021 vom Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment in Kooperation mit der Fachhochschule Potsdam durchgeführt und von der Stiftung »Erinnerung – Verantwortung – Zukunft« (EVZ) und dem Bundesprogramm »Demokratie Leben« gefördert.

147 Was den Begriff Antisemitismus angeht, möchte ich mich Chernivsky und Lorenz-Sinai anschließen, die sich bei ihrer Definition auf den Antisemitismusbericht 2017 beziehen, siehe Quellenverzeichnis: Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Drucksache 18/11970. Berlin 2017. Ihrer Studie liegt demnach »ein Antisemitismusbegriff zugrunde, der sich nicht nur auf radikale Ausdrucksformen bezieht, sondern die Manifestationen des Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen begreift. Dieses manifestiert sich in internalisierten Ressentiments, sozialen Praktiken und asymmetrischen Machtverhältnissen zwischen Jüdinnen:Juden und der Mehrheitsgesellschaft [...]. Antisemitismus beginnt nicht bei offenkundiger Gewalt, sondern bereits bei der Zuordnung von Identitätsmerkmalen, religiösen und politischen Positionen. Antisemitismus in Bildungssettings richtet sich potenziell gegen jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Schüler:innen, Eltern und Pädagog:innen, kann aber auch nicht-jüdische Personen adressieren. Ferner wirkt Antisemitismus symbolisch-diskursiv – etwa durch antisemitische Andeutungen, Verwendung subtil-antisemitischer (Bild-)Sprache oder die unreflektierte Nutzung von stereotypisierenden Lehrmaterialien«, ebd. S. 25.

148 Schulze 2021. S. 31.

149 Salzborn 2020. Hier insbes. S. 25.

150 Rensmann, Lars: Antisemitismus in bewegten Zeiten. Zur kritischen Relevanz des Konzepts in Wissenschaft und demokratischer Praxis. In: Zeitschrift für Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit (2018), H. 1/2018, S. 93–102. S. 93.

jedoch noch etwas relevant zu sein. Was die Aussagen der beiden Guides gemeinsam haben, ist nämlich, dass sie (wie übrigens auch alle anderen von mir an der GuMS Interviewten) konsequent nicht die Akteur:innen, sondern die zu beobachtenden *Praktiken* als rechts, rechtspopulistisch oder antisemitisch charakterisieren. Implizit differenzieren sie damit, wie es der Politikwissenschaftler Richard Stöss vorschlägt, zwischen konkretem rechtsextremem Verhalten einerseits und rechtsextremen Einstellungen andererseits.¹⁵¹

Schüler:innen und Jugendliche ganz allgemein dürften diejenige Zielgruppe sein, bei der trotz rechtsextremen Verhaltens noch eine große Chance darauf besteht, die möglicherweise zugrundeliegenden Einstellungen durch die Vermittlung von Wissen zu beeinflussen, kurz: bei der historisch-politische Bildung wirklich noch *präventiv* ansetzen kann. Und welches ›Werkzeug‹ läge da näher als das gezielte Stellen von Fragen? Vorhanden sind die Ressentiments laut Melanie ja ohnehin. Beim Umgang mit antisemitischen Aussagen im Gedenkstättenalltag geht es also offenbar nicht nur um die Frage nach adäquaten Reaktionen. Auch das Antizipieren jener Aussagen, die Abwägung, *welche* Haltungen durch *welche* Fragestellung Raum bekommen könnten, ist als Umgangsstrategie zu werten. Eine der Fragen, mit denen man antisemitischen Äußerungen Tür und Tor öffnet, ist: ›Woran haben die Nazis Juden erkannt?‹ Guides, die diese Frage stellen, wissen ganz genau, was sie damit auslösen können. Und sie wissen auch, dass es – zumindest bis zu diesem Zeitpunkt – in ihrer Macht steht, ob der Aushandlungsraum in diese Richtung erweitert wird oder nicht.¹⁵² Verstehen wir historisch-politische Bildungsarbeit an Gedenkstätten als einen Raum, in dem »mittels Kommunikation Bedeutungen, Interpretationen und Orientierungen produziert werden«, ¹⁵³ dann tritt vor allem das Fragenstellen, das Initiativwerden, das in-den-Dialog-Gehen mit einem unbekannten Gegenüber hervor. Denn dabei handelt es sich um eine Praktik, die im besten Fall nicht nur Zugänge zu historischem Wissen öffnet, sondern auch die Aushandlung gegenwärtiger Konflikte und Identitäten ermöglicht. Aus praxistheoretischer Sicht ist das Stellen von Fragen innerhalb einer Gedenkstättenführung

151 Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin 2010; Salzborn 2020. Zwar sind dem Verhalten – also etwa Mitgliedschaften, Wahlverhalten oder eben provokative (Verbal-)Praktiken – oftmals entsprechende Einstellungen vorgelagert, diese wiederum verweisen aber nicht zwangsläufig auf ein geschlossen rechtsextremes Weltbild. Zum Thema Rechtsextremismus vgl. auch Kapitel 1 dieser Arbeit.

152 Meine Beobachtung deckt sich an dieser Stelle mit den Ergebnissen der bereits erwähnten Studie von Chernivsky und Lorenz-Sinai aus dem Jahr 2022. Auch hier wurde in den geführten Gruppendiskussionen deutlich, »dass Mitarbeiter:innen mögliche antisemitische Äußerungen und Handlungen an Gedenkstätten grundsätzlich mitdenken und antizipieren«, Chernivsky/Lorenz-Sinai 2022. S. 29.

153 Pieper 2013. S. 198. Pieper nimmt hier konkret auf Martina Löw Bezug, vgl. Löw 2001.

daher weit mehr als ein pädagogisch-didaktisches Werkzeug zur Wissensvermittlung. Es ist eine *intersubjektive Praxis*, die mit Verantwortung (den Schüler:innen, aber auch sich selbst gegenüber) und letztlich auch mit Macht verbunden ist. Doch wie können insbesondere junge Menschen in einem solchen machtdurchwobenen Deutungs- und Kommunikationsraum nun politisch handlungsfähig (gemacht) werden? Erinnerungskultur ist immer ein »Konstruktionsprozess der öffentlichen Geschichtsdeutung«, der »untrennbar mit Identitätsdiskursen verbunden [ist]«. ¹⁵⁴ Der in einer Gedenkstättenführung erwartbare und auf den ersten Blick fast banal erscheinende Akt des Fragenstellens ist also auch deshalb eine höchst machtvolle Praxis, weil »erinnerungskulturelle Diskurse [...] stets eine identitätsstiftende Relevanz [haben], sei es als Zustimmung, Ablehnung, Integration oder Ausgrenzung«. ¹⁵⁵ Mit anderen Worten: Wenn ein:e Gedenkstättenbesucher:in frei heraus behauptet, dass die Nazis die Juden an der großen Nase erkannt hätten, dann sagt das nicht nur etwas über das Geschichtsbild dieser Person aus, sondern auch über deren eigene Positionierung in der Gesellschaft, kurz, über ihre Identität. Nun sind Identitäten, mit Stuart Hall als diskursiv geformte, temporäre Konstrukte verstanden, ohnehin mehr oder weniger fragil. ¹⁵⁶ Jugendliche Identitäten aber sind gewissermaßen der Inbegriff von Fragilität, ihre Träger:innen verfügen, wie der Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim formuliert, über ein »Selbstideal«, das zwar »demokratische Züge umfasst, aber Vorurteilsfreiheit nicht garantiert«. ¹⁵⁷ Damit Wissensvermittlung tatsächlich die Entwicklung politischer Handlungsfähigkeit ermöglicht und potenziell vorhandene rechtsextreme Identitätsanteile zumindest infrage gestellt werden können, muss die historisch-politische Bildung »dem bequemen Nicht-denken-Müssen in unbequemer Lage und Zeit [...] eine ganz andere Erfahrung entgegensetzen«. ¹⁵⁸ Zum Beispiel das Zulassen (und gemeinsame Aushalten) von Kontroversen. ¹⁵⁹ Denn wir sind den Jugendlichen nicht einfach

154 Pieper 2013. S. 198.

155 Ebd.

156 Vgl. Hall, Stuart: Cultural Identity and Diaspora. In: Rutherford, Jonathan (Hg.): Identity. Community, Culture, Difference. London 1990, S. 222–237.

157 Ahlheim, Klaus: Aufgaben und Grenzen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der politischen Bildung. In: Kopke, Christoph (Hg.): Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätten Sachsenhausen, Bd. 11, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2014a, S. 134–149. S. 135.

158 Ebd. S. 147.

159 Und das gilt letztendlich auch für die Mitarbeiter:innen selbst. So wurde insbesondere an Miras Erzählung (sie sprach von »unglaublich schräg[en]«, »schaurige[n] Sachen«, die man »nicht hervorlocken [möchte]«) deutlich, dass historisch-politische Bildung zum Nationalsozialismus für die entsprechenden Akteur:innen nicht nur inhaltlich und rhetorisch, sondern auch emotional höchst herausfordernd ist und dass auch sie sich bisweilen im Aushalten von Kontroversität üben müssen.

schnödes ›Faktenwissen‹ schuldig (das sich, man denke an die eigene Schulzeit zurück, nicht selten erstaunlich schnell zu einem ›Faktenvergessen‹ entwickelt), sondern »ein lebendiges, erschließendes, exemplarisches Wissen, Wissen, das die Frage der Macht, der Interessen [...], das Konflikte nicht ausspart, sondern thematisiert«. ¹⁶⁰

Doch Orte, an denen Kontroversität noch eine Daseinsberechtigung hat, sind rar geworden in einer Zeit der Polarisierung, in der das Aushandeln von Kompromissen oft kaum noch möglich zu sein scheint. ¹⁶¹ NS-Erinnerungsorte, so meine These, sind durchaus geeignete Orte für das Aushandeln und das Aushalten von Kontroversen. Zum einen, weil sie selbst auf eine äußerst kontroverse und konfliktreiche Genese zurückblicken, ¹⁶² und zum anderen, weil ihre scheinbar klaren gebauten Grenzen auf diskursiver Ebene äußerst durchlässig sind. Beides zusammen macht sie zu probaten Austragungsorten für Kontroversen und Irritationen, zumindest dann, wenn sie sich – wie es in Sachsenhausen der Fall ist – dem »polarization potential« ¹⁶³ ihrer historischen Schichten ebenso stellen wie der Durchlässigkeit ihrer Grenzen für gegenwärtige politische Debatten. Dabei ist historisch-politische Bildungsarbeit allerdings, wie Ahlheim betont, »kein Wunder- und schon gar kein Beruhigungsmittel für Politik und Politiker«, und sie ist auch »kein Umformungsprogramm für jugendliche Abweichler«. ¹⁶⁴ Bei historisch-politischer Bildungsarbeit geht es um viele Dimensionen,

»um die Herausarbeitung etwa der politischen Strukturen und Strategien des organisierten Rechtsextremismus auch in historischer Perspektive und um die Analyse der Entstehung fremdenfeindlicher, autoritärer Handlungs- und Orientierungsmuster in der Mitte der Gesellschaft, um die Wirkung und Funktion von Vorurteilen, um Sündenbockpraktiken und öffentlich-politische Diskurse der Ausgrenzung«. ¹⁶⁵

160 Ahlheim, Klaus: Gedenkstättenarbeit und Rechtsextremismus. In: Kopke, Christoph (Hg.): Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen, Bd. 11, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2014b, S. 169–181. S. 173.

161 Vgl. Niklasson, Elisabeth: Introduction. Heritage and Belonging in Times of Political Polarization. In: dies. (Hg.): Polarized Pasts. Heritage and Belonging in Times of Political Polarization. Oxford und New York 2023, S. 1–23.

162 Vgl. Siebeck/Wrochem 2022; Schetter 2022.

163 Bernbeck, Reinhard: Memory between Repression and Deception. Germany's Shattered Stratigraphies. In: Niklasson, Elisabeth (Hg.): Polarized Pasts. Heritage and Belonging in Times of Political Polarization. Oxford und New York 2023, S. 110–133. S. 111.

164 Ahlheim 2014a. S. 134.

165 Ebd. S. 148.

Eine solche *multiperspektivische* Gedenkstättenarbeit lässt kontroverse Aussagen nicht nur zu, sondern fordert sie explizit heraus, um sie dann in einem *gemeinsamen* performativen Akt zu dekonstruieren. Das *Ende* von Gesprächen, wie sie Melanie und Mira mit ihren Gruppen geführt haben, würde also im besten Fall zugleich den *Anfang* eines Erkenntnisprozesses markieren – ganz im Sinne des Beutelsbacher Konsens, der »Konflikte und Kontroversen als Kernelemente des Politischen und nicht etwa als Störfaktoren [identifiziert]«. ¹⁶⁶ Neben dem viel zitierten Überwältigungs- oder auch Indoktrinationsverbot ist nämlich auch das Kontroversitätsgebot, also die erwünschte Offenlegung und Austragung von Kontroversen, eine Kernbotschaft des Beutelsbacher Diktums. ¹⁶⁷ Inwiefern sich dieses Gebot auch auf extrem rechte Haltungen bezieht, diskutiert die Politikwissenschaftlerin Gudrun Heinrich. Sie kommt, knapp zusammengefasst, zu dem Schluss, dass die Möglichkeit sich mit eigenen und anderen Positionen kontrovers auseinanderzusetzen, auch im Kontext rechtsextremer Einstellungen gegeben sein muss, es dabei jedoch nicht darum gehe, solche Haltungen »im Sinne der Kontroversität ›zuzulassen‹«, sondern durch die Auseinandersetzung mit ihnen zu »politischer Mündigkeit« zu gelangen. ¹⁶⁸ Das bedeutet schlussendlich: Wenn »die Kontroverse zum Mittelpunkt des Bildungsprozesses« ¹⁶⁹ gemacht wird, kann auch Gedenkstättenarbeit ihren Teil zur Dekonstruktion und Prävention rechtsextremer Einstellungen beitragen. Die Wirkung historisch-politischer Bildung an NS-Erinnerungsorten mag begrenzt sein, doch ihr Angebot

166 Widmann, Peter: Auf der Suche nach dem gemeinsamen Boden. Populistische Verschwörungserzählungen und die politische Jugendbildung. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr. Berlin 2021, S. 35–47. S. 41.

167 Der in den 1970er Jahren verfasste Beutelsbacher Konsens stellt eine wichtige Referenz für inner- wie auch außerschulische historisch-politische Bildung dar und ist auf der Internetpräsenz der Bundeszentrale für politische Bildung im Wortlaut nachzulesen, siehe Quellenverzeichnis: Bundeszentrale für politische Bildung: Beutelsbacher Konsens, URL: <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/> (letzter Abruf: 15.05.2025). Zu Entstehung, Wirkung und potenziellen Missdeutungen des Beutelsbacher Konsenses vgl. Schiele, Siegfried: Der Beutelsbacher Konsens – Missverständnisse in der Praxis und Perspektiven für die Praxis. In: Schmidt, Jochen/Schoon, Steffen (Hg.): Politische Bildung auf schwierigem Terrain. Rechtsextremismus, Gedenkstättenarbeit, DDR-Aufarbeitung und der Beutelsbacher Konsens. Schwerin 2016, S. 7–21; Wehling, Hans-Georg: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S. 173–184.

168 Heinrich, Gudrun: Politische Bildung und Rechtsextremismus. In: Schmidt, Jochen/Schoon, Steffen (Hg.): Politische Bildung auf schwierigem Terrain. Rechtsextremismus, Gedenkstättenarbeit, DDR-Aufarbeitung und der Beutelsbacher Konsens. Schwerin 2016, S. 22–36. S. 24.

169 Widmann 2021. S. 41.

»hat immer eine öffentliche Dimension und damit politische Wirkung und ist schon deshalb unverzichtbar [...]. Was die politische Bildung nämlich im Gespräch hält, der politischen Tabuisierung absichtsvoll entreißt, ist von großer Bedeutung für das gesellschaftlich-kulturelle Klima hierzulande.«¹⁷⁰

Zusammenfassung

Vor allem die freiberuflichen Guides der GuMS werden in ihrer täglichen Arbeit regelmäßig durch problematische Äußerungen irritiert und herausgefordert. Am Beispiel antisemitischer Äußerungen wurde erörtert, wie die Guides solchen Äußerungen begegnen und inwiefern sie diese sogar antizipieren. Es konnte gezeigt werden, dass das Stellen spezifischer Fragen im Rahmen von Gruppenführungen nicht nur ein Werkzeug zur Wissensvermittlung, sondern auch eine machtvolle kommunikative und intersubjektive Praxis darstellt, die im besten Fall nicht nur Zugänge zu historischem Wissen öffnet, sondern auch die Aushandlung gegenwärtiger Konflikte und Identitäten ermöglicht. Damit diese Aushandlung die politische Handlungsfähigkeit der (meist jungen) Besucher:innen ermöglichen kann, ist es nötig, multiperspektivisch zu arbeiten. Und dazu gehört auch ein diskursiver Raum, in dem Kontroversen thematisiert werden können. Die GuMS kann ein solcher Raum sein bzw. kann solche Räume öffnen. Denn die historisch-politische Bildungsarbeit an NS-Erinnerungsorten hat immer auch eine diskursive, eine gesellschaftliche Dimension.

Von Dissens und situativer Solidarität

Es ist der 1. September 2024, der 79. Jahrestag der Verlegung des Sowjetischen Speziallagers Nr. 7 nach Oranienburg. Zur Gedenkfeier haben sich schätzungsweise 80 Menschen am Massengrab im hintersten Teil des Gedenkstättenengeländes versammelt, der Altersdurchschnitt ist sehr hoch. Ich erfahre, dass sieben ehemalige Inhaftierte des Speziallagers anwesend sind, so viele wie seit 2018 nicht mehr. Nach Begrüßungsworten des Stiftungsdirektors folgen Reden des stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–50 e.V., der Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses Berlin, des Staatssekretärs für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Nach einem Liedbeitrag des Polizeichors spricht schließlich ein ehemaliger Häftling des Speziallagers, der als Jugendlicher dorthin gekommen war. Überraschend sachlich schildert er die Zeit seiner Gefangenschaft. Nach ihm tritt – offenbar spontan, da nicht im Programm vermerkt – sein Sohn nach vorne. Deutlich emotionaler betont er, wie wichtig es sei, an die Verbrechen der sowjetischen Besatzungsmacht zu erinnern (»Erinnern, erinnern, erinnern, das ist meine Botschaft!«). Sein Plädoyer tut gut in dieser ansonsten äußerst konformen und »floskellastigen« Veranstaltung. Abgerundet wird die Gedenkfeier mit einer kurzen Predigt über den

170 Ahlheim 2014a. S. 149.

Psalm 22 (»Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?«), danach folgen Vaterunser und Segen und schließlich die Kranzniederlegung. Die ganze Zeit über denke ich: Echt jetzt? Das war alles? Mir scheint, als ließen die ehemals Inhaftierten und ihre Angehörigen die Feier mehr oder weniger über sich ergehen. Die kurzen, nüchtern vorgetragenen Schilderungen des ehemaligen Häftlings standen doch in keinem Verhältnis zu dem, was die Menschen hier erlebt haben – oder?¹⁷¹

Gedenkfeiern sind als ritualisierte Praktiken integraler Bestandteil von Erinnerungskulturen.¹⁷² Durch ihre zeitliche und örtliche Gebundenheit konstituieren die involvierten Akteur:innen einen Raum, in dem Vorstellungen von Vergangenheit, Identität und Anerkennung verhandelt werden; ihr immer gleicher oder sich zumindest stark ähnelnder Aufbau aus Redebeiträgen, Musik und Kranzniederlegung schafft Orientierung und generiert Gefühle von Zugehörigkeit.¹⁷³ Auf den folgenden Seiten möchte ich den Blick auf das fortwährende Konkurrieren um Raum im Kontext der Erinnerung an die Opfer des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen lenken. Die Gedenkfeier zum 79. Jahrestag der Verlegung des sowjetischen Speziallagers Nr. 7 nach Oranienburg, die am 1. September 2024 in der GuMS stattgefunden hat und die ich als teilnehmende Beobachterin besucht habe, bildet hierfür meine empirische Basis.¹⁷⁴ Welche Konflikte prägen den gegenwärtigen Diskurs um die Geschichte der sowjetischen Speziallager? Wie gehen die Mitarbeiter:innen der Gedenkstätte mit den Narrativen und Narrationen der stalinistisch Verfolgten und ihrer Angehörigen, wie mit ihrem Anspruch auf Sichtbarkeit um?

171 Feldnotizen Julia Gilfert, 01.09.2024.

172 Vgl. Erll, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen: Eine Einführung. 3. Auflage. Stuttgart 2017; Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur: Eine Intervention. 2. Auflage. München 2016. Im Sinne der gegenwärtigen kulturwissenschaftlichen Forschung spreche ich bewusst nicht von Ritualen, sondern von ritualisierten Praktiken. Grundsätzlich versteht man unter Ritualen »Handlungen oder Handlungskomplexe, deren Abläufe formalisiert, zeitlich und räumlich begrenzt sind sowie durch die Verwendung symbolischer Äußerungen und/oder Objekte spezifische Zwecke verfolgen«; darüber hinaus verweisen Rituale immer auch auf »Dimensionen [...], die für Außenstehende nicht beobachtbar sind«, Uhlig, Mirko: Ritual. In: Heimerdinger, Timo/Tauschek, Markus (Hg.): Kulturtheoretisch argumentieren. Ein Arbeitsbuch. Münster und New York 2020, S. 433–466. S. 436.

173 Vgl. Uhlig 2020.

174 Seit Beginn der 1990er Jahre erinnern die Überlebenden des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen und ihre Angehörigen jedes Jahr an den Tag – konkret war es der 16. August 1945 – an dem die ersten Häftlinge von Weesow nach Sachsenhausen gebracht worden waren, siehe Quellenverzeichnis: Pressemitteilung 44/2024 der Gedenkstätte Sachsenhausen vom 27. August 2024, URL: <https://www.stiftung-bg.de/presse/presseinformationen/44-25-gedenkstaette-und-opferverband-erinnern-an-die-einrichtung-des-sowjetischen-speziallagers-in-sachsenhausen-vor-79-jahren/> (letzter Abruf: 03.04.2025).

Wessen Geschichte wird wo und von wem erzählt? Und welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang extrem rechte Instrumentalisierungen?

Die Feier folgte zunächst dem allgemein bekannten Muster einer Gedenkveranstaltung. Die Redebeiträge, insbesondere die der geladenen Politiker:innen, evozierten – auch dies stellte mitnichten eine Besonderheit dar – trotz der Schwere der Thematik keine starken Emotionen.¹⁷⁵ Dass sich mir als teilnehmender Beobachterin dennoch der Gedanke aufdrängte, dass das »nicht alles« gewesen sein könne, lag an dem spontan vorgebrachten Redebeitrag des Angehörigen. Er bildete einen deutlichen Kontrast zu den kontrollierten, in sachlicher Manier vorgetragenen Reden der anderen Akteur:innen. Dadurch lenkte er meine Aufmerksamkeit auf eine ganz spezifische Problematik, die der Debatte um die gesellschaftliche Wahrnehmung der stalinistisch Verfolgten inhärent ist:

»Jenseits unmittelbar Betroffener und ihrer Angehörigen ist das Wissen um die Gewalt, die horrenden Todeszahlen in den Lagern und den schmalen Grad [sic!] zwischen Entnazifizierung, Willkür und Diktaturdurchsetzung immer noch gering. Mehr noch, es scheint, als setze die Thematisierung eine persönliche Betroffenheit voraus.«¹⁷⁶

Die Geschichte der sowjetischen Speziallager ist die Geschichte einer andauernden Suche. Es ist eine Suche nach Anerkennung, und zwar auch jenseits persönlicher Betroffenheit, vielleicht auch nach Konsens, in jedem Fall aber nach (gesellschaftlicher) Verortung – die Historikerin Bettina Greiner spricht für die Geschichte der sowjetischen Speziallager sogar von einer »erinnerungskulturellen Leerstelle«.¹⁷⁷ Von Beginn an waren die einst in den sowjetischen Speziallagern Inhaftierten unter Rechtfertigungsdruck. Auf den »kollektive[n] Feindverdacht« folgte der »kollektive Schuldvorwurf«, so Greiner: »Die Zeitzeugen trauen uns in dieser Angelegenheit nicht, vermutlich zu Recht«.¹⁷⁸ Zwar konnten entsprechende historische Forschungen die kollektiven Schuldzuweisungen alsbald entkräften. Daran, dass sich die

175 Auch Aleida Assmann thematisiert die Kritik an inszeniertem und institutionalisiertem Gedenken, das »Unbehagen an Ritualen und die damit verbundene Abwehr standardisierter Gesten und Sprechweisen«, Assmann 2016, S. 78. In ihren Worten ist hier »der Sieg zugleich die Niederlage: Die ›Erinnerung‹ wird an die Spitze der Gesellschaft weitergereicht, sie wird verstetigt und geht in eine langfristige Form über, und gleichzeitig wird sie von den Betroffenen abgelöst [...] und in eine Abstraktion übersetzt«, ebd. S. 80.

176 Greiner, Bettina: Sowjetische Speziallager in Deutschland. Anmerkungen zu einer erinnerungskulturellen »Leerstelle«. In: Wirsching, Andreas u.a. (Hg.): Erinnerung an Diktatur und Krieg. Brennpunkte des kulturellen Gedächtnisses zwischen Russland und Deutschland seit 1945, Bd. 107, Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Berlin und Boston 2015, S. 377–386. S. 377f.

177 Ebd.

178 Ebd. S. 385.

stalinistisch Verfolgten »[b]innen kürzester Zeit [...] als ›Opfer zweiter Klasse‹ wahrnahmen, änderte das jedoch wenig.¹⁷⁹ Ähnlich verhält es sich mit den Bemühungen, den Überlebenden der Speziallager eigene Erinnerungsorte im physischen Sinne zu schaffen. Im Zusammenhang mit der Neukonzeption der GuMS zu Beginn der 1990er Jahre materialisierte sich dieses Konkurrieren um Anerkennung zu einem handfesten Streit darüber, wem die Deutungsmacht über den historischen Ort zusteht. Während die KZ-Opferverbände eine »strikte räumliche Trennung der Erinnerung an beide Schichten der Vergangenheit Sachsenhausens«¹⁸⁰ forderten, herrschte bei der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. Unverständnis und »Entrüstung darüber, dass die Erinnerung an ihre Leidenszeit ›ausgelagert‹ werde«.¹⁸¹ Der Historiker Bernd Faulenbach, der den Vorsitz der Kommission zur Neugestaltung der Gedenkstätte innehatte, erinnert sich viele Jahre später folgendermaßen:

»Mir ist die gespannte Atmosphäre unvergesslich, die bei der ersten von der Kommission veranstalteten Anhörung im November 1991 herrschte. Die Lager-Komitees wollten in den früheren Häftlingen der Speziallager nur ehemalige Nazis sehen, die Stalinismus-Opfer in den Repräsentanten der Komitees Kommunisten, die für ihre Leiden verantwortlich waren. Ausgleichend wirkten in dieser Konstellation lediglich Vertreter von Gruppen und Institutionen, die im Gegensatz zu beiden Diktaturen gestanden hatten; insbesondere Vertreter der Evangelischen Kirche und der deutschen Sozialdemokratie sind in diesem Zusammenhang zu nennen. In dieser Situation improvisierte ich den Satz, der dann in etliche Papiere – in leichten Varianten – Eingang gefunden hat: ›Die NS-Verbrechen dürfen nicht

179 Ebd. S. 383.

180 Hausteин 2006. S. 392.

181 Ebd. S. 418. Es ist an dieser Stelle jedoch wichtig zu betonen, dass es sich bei den beiden ›Opfergruppen‹ keineswegs um homogene Gemeinschaften handelte. Bezüglich der Frage, wessen Geschichte an welchem Ort wieviel Raum bekommen soll, waren sich die jeweiligen Parteien zwar einig, doch darüber hinaus konkurrierten auch gruppenintern verschiedene Positionen miteinander. So bemerkt Hausteин: »Während der Vertreter der homosexuellen Verfolgten die bisherige Art und Weise des Erinnerns und Gedenkens grundsätzlich in Frage stellt, der Vertreter der Sinti und Roma insbesondere dafür plädiert, der NS-Verfolgung der Sinti und Roma einen gleichberechtigten Stellenwert im Verhältnis zur Verfolgung der Juden einzuräumen, geht es dem niederländischen Mitglied des ISK vor allem darum, die Erinnerung an die Häftlinge des Speziallagers auf dem Gelände des Lagerdreiecks zu verhindern«, ebd. S. 392. Und auch bei den Speziallagerhäftlingen »kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass es kein homogenes Geschichtsbild gibt, dass [sic!] von sämtlichen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft geteilt wird«, ebd. S. 419.

mit Hinweis auf das Nachkriegsunrecht relativiert, dieses Unrecht darf aber auch nicht umgekehrt angesichts der NS-Verbrechen bagatellisiert werden.«¹⁸²

Jener Satz würde bald darauf als ›Faulenbach'sche Formel‹ wegweisend für die deutsche Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit werden. Doch gleichzeitig wurde und wird er kontrovers diskutiert. Bettina Greiner etwa sieht in ihm den Grund dafür, dass man insbesondere »an den Erinnerungsorten mit ›doppelter Vergangenheit‹ über die gesellschaftliche Anerkennung der stalinistisch Verfolgten noch immer »wie unter einer Käseglocke diskutiert«. ¹⁸³ Zwar machte die Faulenbach'sche Formel, auch das betont Greiner, diese Gedenkstätten »überhaupt erst handlungsfähig«. ¹⁸⁴ Den Diskurs an sich aber schränkte sie ein, indem sie das Sprechen über zwei deutsche Gewaltgeschichten durch Ver- und Gebote zu normieren versuchte. Denn was in der Theorie reflektiert und bindend klingt, gestaltet sich in der Praxis oft genug anders. »In den Debatten der ehemals Verfolgten geht es immer wieder und wieder um die empathische Anerkennung ihrer Leidenserfahrung«, schreibt Martina Weyrauch, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung in Brandenburg: »Bleibt diese aus oder ist aus ihrer Sicht zu zurückhaltend, gehen die Protagonisten auf die Barrikaden der Geschichtspolitik«. ¹⁸⁵ Wie soll man auch die »Frage nach der Beziehung und dem *Verhältnis* [eigene Herv.] zwischen zwei Verbrechenkomplexen [...], die im selben Konfliktraum ausgehandelt wurden« ¹⁸⁶, sinnhaft diskutieren, wenn jegliche Form der *Relation* unzulässig ist? Selbst wenn man den Konfliktraum in einen Raum der Anerkennung transformieren will – etwa durch die Zuweisung eines physischen Ortes oder den Bau eines Museums – bleibt er doch leer, solange man nicht auch den Kern der Debatte anerkennt, nämlich den Konflikt, den Dissens. ¹⁸⁷ Wird der, was in der Regel der Fall ist, lediglich mit der Intention adressiert ihn auflösen zu wollen, beißt sich die sprichwörtliche Katze am Ende in den Schwanz. Denn dieser Dissens gründet auf konfligierenden Identitäten. ¹⁸⁸ Versucht

182 Faulenbach, Bernd: Entwicklungstendenzen der Gedenkstättenarbeit seit der Wiedervereinigung. In: Warum wir uns erinnern wollen. Essays und Analysen (2003–2021). Berlin 2004.2021, S. 17–26. S. 21.

183 Greiner 2015. S. 384.

184 Ebd.

185 Weyrauch, Martina: Diktaturvergleiche in der Praxis. Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis. Lernen aus der Geschichte – Zur Diskussion. (o. O.) 2011. URL: <https://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/9937> (Zugriff: 03.06.2025).

186 Buchmeier/Liederwald 2023. S. 92. Vgl. hierzu auch Schaarschmidt 2023.

187 Vgl. Haustein 2006.

188 Ich schließe mich durchaus Nora Sternfelds differenziert-kritischer Hinterfragung des Identitätsbegriffs im hiesigen Kontext an. Obwohl es in den besagten Konflikten häufig um Identitäten gehe, schreibt sie, sei es schwierig den Begriff in diesem Kontext zu fassen: »Was bedeutet es schon mit einer Gruppe identisch zu sein? Geht es darum, sich mit der Gruppe zu identifizieren, zu denen die Nazis die Leute machten? Oder eine Identität in der Opfergruppe

man ihn mit Worten aufzulösen, übergeht man nicht nur die Emotionen der jeweiligen Akteur:innen und ihren Wunsch nach Anerkennung. Man stellt in letzter Instanz ihre Identitäten infrage – und die Suche nach einem Raum, in dem auch ihre Geschichte zählt, geht für die Speziallageropfer und ihre Angehörigen weiter.

Nachdem alle Kränze nach vorne gebracht worden sind, spricht jemand die Einladung aus, »wie jedes Jahr« gemeinsam zum Gedenkstein zu gehen, der sich am ehemaligen Übergang zwischen Zone 1 und Zone 2 des Lagers befindet. Der Stein markiert den Bereich, an dem die Toten aus dem Lager gebracht wurden. Der gesamte Bereich hat daher, wie ich später erfahre, eine große emotionale Bedeutung für die ehemaligen Häftlinge. Ich gehe den anderen Menschen hinterher, wir stoppen an einem (für mich willkürlichen) Teil eines Bauzauns, an dem zwei Kränze liegen. [...] Der Gedenkstein selbst, heißt es, sei aufgrund von Reparaturarbeiten an der Mauer gerade eingelagert. Ich halte nach dem Stiftungsdirektor Ausschau, kann ihn aber nirgends finden. Das wundert mich, denn die Feier ist doch offensichtlich noch nicht zu Ende. Da sammelt sich auch schon der Polizeichor, um ein weiteres Lied anzustimmen. Im Anschluss ergreift ein ehemaliger Häftling das Wort. Der Duktus, mit dem er spricht, unterscheidet sich überdeutlich von den Reden am Massengrab. Die Schulklassen, die hier hinkämen, bemängelt er, würden immer nur etwas über die NS-Verbrechen erfahren. Über die Opfer des Speziallagers hingegen würde nie gesprochen. Ich höre, wie Steffen, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der GuMS, zwei ebenfalls anwesende Kollegen leise fragt: »Wollen wir das mal eben richtigstellen?« Die beiden nicken und geben ihm mit Gesten zu verstehen, dass er das übernehmen soll, woraufhin er einen Schritt nach vorne macht. Doch da fängt bereits die nächste Person an zu sprechen, auch sie vermutlich eine Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–50. Als ihr Redebeitrag immer länger und länger wird und in ein regelrechtes Loblied auf Gisela Gneist¹⁸⁹ mündet, tritt Steffen wieder zurück und sagt zu seinen Kollegen sinngemäß, dass er sich doch lieber zurückhalten werde. [...] Als dann ein hochbetagter

zu finden, in der sich die Überlebenden selbst subjektivieren, wenn sie Dinge (ein)fordern?«, Sternfeld, Nora: Es geht mir darum, dass die Gedenkstätten sich aus der Positionierung nicht rausnehmen. In: Eulenburg, Amélie zu/Zündorf, Irmgard (Hg.): Konkurrenz um öffentliches Gedenken. Erinnerungskulturen im Raum Potsdam und Brandenburg, Bd. 20, Public History – Angewandte Geschichte. Bielefeld 2023, S. 43–49. S. 43.

- 189 Zu Gisela Gneist und zur Debatte um ihre Person vgl. S. 151, Anm. 209 sowie Heitzer, Enrico: »Rechts abbiegen am Gisela-Gneist-Platz? Bitte nicht!« Die Diskussion um eine Straßenbenennung nach Gisela Gneist in Oranienburg. In: Canzenmüller, Jörg/Landau, Julia/Waurig, Franz (Hg.): Transformation des Gedenkens. Lokales Erinnern an sowjetische Verhaftungen der Nachkriegszeit. Köln 2024, S. 163–177; Bajohr, Frank/Wentker, Hermann: Gisela Gneist und die Erinnerungskultur nach 1989/90. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin. München und Berlin 2021. URL: https://www.sachsenhausen-sbg.de/fileadmin/user_upload/Gedenkstaetten/Stiftung/Pressemitteilungen/2021/PDF/IfZ_Gutachten_Gneist.pdf (Zugriff: 03.06.2025).

Herr im Rollstuhl das Wort ergreift, um sichtlich berührt über seine Erfahrungen im Lager zu sprechen, wird er alsbald in vertraulichem Ton von einer Dame unterbrochen, er möge doch angesichts der starken Hitze seine Erzählungen drinnen beim gemeinsamen Essen fortführen.¹⁹⁰

Die Gedenkfeier für die Opfer des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen, sie glich einer Choreografie in zwei Akten. Zwischen dem ersten und dem zweiten Teil der Feier lag aber nicht nur der tatsächliche Wechsel von einem Aufenthaltsort zum anderen, auch die Rahmenbedingungen unterschieden sich voneinander – und mit ihnen die sozialen und rituellen Praktiken der anwesenden Akteur:innen. Teil 1 und Teil 2 der Feier spiegelten dadurch zwei ganz unterschiedliche Diskursräume wider, die ich im Folgenden genauer beschreiben möchte.

Der erste Teil der Feier fand am offiziellen Gedenkort für die Speziallagerhäftlinge statt, der sich bei den Massengräbern im hintersten Teil des Gedenkstätten-geländes befindet.¹⁹¹ Die begrünte Fläche war bestuhlt worden, was den offiziellen Charakter der Veranstaltung noch verstärkte und den Ort als solchen markierte. Die Kränze standen bereits auf entsprechenden Ständern bereit, um im Anschluss an die Wortbeiträge feierlich niedergelegt zu werden. Förmlich gekleidete Mitarbeiter:innen der Gedenkstätte begrüßten die ankommenden Gäste, ein Pressefotograf machte Bilder. Alles war bereit für den ersten, den symbolpolitischen Akt der Erinnerungschoreografie. Die nun folgenden Reden einte neben der emotionslosen Art und Weise, in der sie vorgetragen wurden, auch ihr nahezu identischer inhaltlicher Aufbau: Sie alle erzählten die Geschichte des Speziallagers ausgehend von den Verbrechen des Nationalsozialismus. Was historisch betrachtet logisch erscheint – das eine Verbrechen ist ja allein schon deshalb nicht ohne das andere denkbar, weil sich das andere zuerst ereignet hatte – wirkte im Rahmen der Gedenkfeier seltsam unvollständig. Die Leidensgeschichte, um die es an jenem Tag gehen sollte, sie konnte offenbar nur als Folgeerscheinung einer noch viel größeren Leidensgeschichte erzählt werden. Und genau hier liegt das Problem. Denn die Leerstelle, die Bettina Greiner für die Geschichte der sowjetischen Speziallager diagnostiziert, besteht auch darin, dass die stalinistischen Verbrechen noch immer nicht klar und deutlich als solche benannt werden. Und das wiederum hat zur Folge, dass die Leerstelle des offiziellen Diskurses ausgerechnet von den Akteur:innen besetzt wird, die man am weitesten von ihr fernhalten wollte: von der geschichtsrevisionistischen extremen Rechten.

190 Feldnotizen Julia Gilfert, 01.09.2024.

191 Die Toten des sowjetischen Speziallagers waren damals in Massengräbern verscharrt worden, die man Anfang der 1990er Jahre als Friedhöfe gestaltete, vgl. Prieß 1998.

Revisionistisches Denken ist ein fester Bestandteil extrem rechter Ideologien.¹⁹² In Anlehnung an Robert Jan van Pelt (wohlbemerkt äußerst reflektiert eingesetzte) kriegerrische Bildsprache¹⁹³ könnte man sagen: Geschichtsrevisionismus ist eine der Waffen, mit denen Akteur:innen aus dem extrem rechten Spektrum im Kampf um historische Deutungshoheit zu Felde ziehen. Denn »[d]er Anspruch auf Deutungshoheit über die deutsche Geschichte in nationalistischem und exkulpatorischem Verständnis ist die eigentliche Triebfeder revisionistischen Bemühens«.¹⁹⁴ Es geht also, um im Bild zu bleiben, um diskursive Geländegewinne. Die Ursprünge extrem rechter Aneignungen des Speziallagerdiskurses finden sich bereits im Nationalsozialismus. Der Historiker Christian Mentel unterscheidet hierbei zwei Argumentationsstrategien, eine dokumentarische und eine autobiografische, die er am Beispiel Sachsenhausens erklärt.¹⁹⁵ Erstere versucht demnach als Pseudowissenschaft mithilfe archivalischer Quellen zu beweisen, dass es im Konzentrationslager Sachsenhausen vor 1945 weder eine Gaskammer noch eine Genickschussanlage gegeben haben könne; letztere stützt ihre revisionistischen Behauptungen auf die 1992 im rechtsextremen Grabert-Verlag veröffentlichten »Memoiren«¹⁹⁶ des ehemaligen Speziallagerhäftlings Gerhart Schirmer.¹⁹⁷ Die Kernaussage seines vergleichs-

192 Vgl. Salzborn 2020.

193 So schreibt van Pelt etwa im Kontext seiner Bemühungen, revisionistischen Äußerungen zum Vernichtungslager Auschwitz adäquat zu begegnen: »Der Verteidiger [also van Pelt, Anm.d.A.] muss die Besonderheiten der Topografie kartografieren und verstehen und eventuell strategisch wichtige Positionen mit Bollwerken schützen. [...] Aber als ich zu überlegen begann, wie die Verteidigung des mir anvertrauten Terrains tatsächlich durchzuführen sei, musste ich mehr tun, als die Karte des Gebietes zu studieren, und eine Strategie entwickeln«, Pelt, Robert Jan van: Weil ein Nagel fehlte oder Überlegungen, wie Geschichte nicht umgeschrieben werden darf. In: Morsch, Günter/Perz, Bertrand (Hg.): Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung, Bd. 29, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2011, S. 343–354. S. 344.

194 Benz, Wolfgang: Die Funktion von Holocaustleugnung und Geschichtsrevisionismus für die rechte Bewegung. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2016, S. 210–228. S. 215.

195 Vgl. Mentel 2014.

196 Siehe Quellenverzeichnis: Schirmer, Gerhart: Sachsenhausen – Workuta. Zehn Jahre in den Fängen der Sowjets. Tübingen 1992.

197 Im Nationalsozialismus Kompaniechef eines Fallschirmjägerregiments, kam Schirmer bereits 1945 als Häftling in das Speziallager Sachsenhausen. Als dieses aufgelöst wurde, verbrachte er weitere sechs Jahre im nordrussischen Arbeitslager Workuta. Nach Deutschland zurückgekehrt, konnte er in der Bundeswehr direkt an seine militärische Karriere anknüpfen und machte dabei aus seiner politischen Einstellung kein Geheimnis. Schirmer stieg letztlich bis zum Oberst auf und kandidierte überdies im Jahr 1987 auf der ersten Liste der Deutschen Volksunion (DVU), vgl. Mentel 2014.

weise knappen Berichts (von 64 Seiten beziehen sich lediglich neun auf seine Zeit in Sachsenhausen) lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Zustände im Speziallager seien weitaus schlimmer gewesen als die im Konzentrationslager, und er selbst habe zusammen mit weiteren Häftlingen Gaskammer und Genickschussanlage in die ›Station Z‹ eingebaut, wobei es sich explizit um eine Erstinstallation gehandelt habe.¹⁹⁸ »Einer gängigen revisionistischen Vorgehensweise entsprechend, sind Schirmers Bekundungen nicht durchgängig falsch«, resümiert Mentel, »[g]leichzeitig sind sie jedoch auch nicht vollständig, sodass sie den Sachverhalt in entscheidender Weise entstellen und in die Irre führen«.¹⁹⁹ Anfang 1945 nämlich hatte die SS die Anlagen demontiert und versteckt, um Spuren zu verwischen; doch die sowjetische Untersuchungskommission fand sie und ließ sie, vermutlich im Zusammenhang mit den Dreharbeiten des von den Sowjets in Auftrag gegebenen Aufklärungsfilms ›Todeslager Sachsenhausen‹, wieder einbauen.²⁰⁰ An Schirmers Rezeption in extrem rechten Kreisen änderten diese Fakten – wie Fakten ganz allgemein – ebenso wenig wie die Tatsache, dass das Buch »Sachsenhausen – Workuta« 2002 vom Amtsgericht Tübingen eingezogen und sein Vertrieb in Deutschland verboten wurde.²⁰¹ Ganz im Gegenteil, die Debatte um Schirmers revisionistische Behauptungen beschäftigt die Arbeit der GuMS bis heute: 2013 publiziert Gustav Rust, ebenfalls stalinistisch Verfolgter, eine englische Übersetzung von Schirmers Bericht.²⁰² Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte stößt einige Jahre später bei Rechercharbeiten auf den Text, woraufhin die GuMS Strafanzeige erstattet, denn die Leugnung der Existenz einer Gaskammer im Konzentrationslager Sachsenhausen

198 Für eine ausführliche Analyse von Schirmers Schrift, seinen Quellen und Argumentationen vgl. ebd., insbesondere S. 64ff.

199 Ebd. S. 66.

200 Vgl. Morsch 2011. Die ›Gaskammerlüge‹ als zentrales Thema extrem rechter geschichtsrevisionistischer Agitationen ist keineswegs auf Sachsenhausen begrenzt, vgl. etwa Pelt, Robert Jan van: The Case for Auschwitz. Evidence from the Irving Trial. Bloomington 2002; Funke, Hajo: Die ›Gaskammerlüge‹ in der revisionistischen Propaganda in Deutschland und Österreich. In: Morsch, Günter/Perz, Bertrand (Hg.): Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas, Bd. 29, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2011, S. 382–393; Distel, Barbara: Die Gaskammer in der ›Baracke X‹ des Konzentrationslagers Dachau und die ›Dachau-Lüge‹. In: Morsch, Günter/Perz, Bertrand (Hg.): Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas, Bd. 29, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Berlin 2011, S. 337–342.

201 Siehe Quellenverzeichnis: Geiler, Julius: Unverständnis in der Gedenkstätte Sachsenhausen: Berliner Gericht stellt Volksverhetzungs-Verfahren ein, in: Tagesspiegel, 18.07.2023, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/unverstandnis-in-der-gedenkstatte-sachsenhausen-berliner-gericht-stellt-volksverhetzungs-verfahren-ein-10143715.html> (letzter Abruf: 10.02.2025).

202 Siehe Quellenverzeichnis: Rust, Gustav: Gerhart Schirmer, Sachsenhausen – Vorkuta. Ten Years in the Hands of the Soviets/History of 16 Parachute Regiment (East). Berlin 2013.

erfüllt nun mal, unabhängig von der Sprache, in der sie vorgebracht wird, den Straftatbestand der Volksverhetzung.²⁰³ Wie einem entsprechenden Bericht des Tagesspiegels zu entnehmen ist, kommt es im Mai 2023 zu einer Gerichtsverhandlung, an deren Ende jedoch keine Urteilsverkündung steht:

»Ende Juni teilt das Berliner Amtsgericht schließlich der Gedenkstätte Sachsenhausen telefonisch mit, dass sich das Gericht ohne weiteren Verhandlungstag dazu entschieden hätte, das Verfahren einzustellen. Auf Anfrage heißt es, der Angeklagte befände sich in einem schlechten körperlichen Zustand. Zum anderen seien die betreffenden Schriften von seiner Homepage genommen worden, würden also offenbar nicht mehr vertrieben. Außerdem wird die Einstellung des Verfahrens damit begründet, dass die betreffenden Schriften, »sowieso überall erhältlich« seien.«²⁰⁴

Die plötzliche Einstellung des Verfahrens, und noch mehr deren Begründung, stoßen in der GuMS auf Unverständnis. Steffen fasst es so zusammen:

»Wenn man das Argument weiterdenkt, dann würde das ja heißen: Holocaustleugnung ist ohnehin überall, und wenn sie ohnehin überall ist, dann muss man nicht mehr dagegen vorgehen. Beziehungsweise rechtsextreme Betätigung muss quantitativ nur bis auf ein gewisses Maß anwachsen, und dann muss man nicht mehr dagegen vorgehen.«²⁰⁵

Man könnte auch sagen: Der Geschichtsrevisionismus ist dort angekommen, wo er mangels Beachtung am besten wirken kann: in der Mitte der Gesellschaft. Die Rolle, die die GuMS dabei spielt, ist zwar laut Mentel »quantitativ zu vernachlässigen und in ihrer Breitenwirkung als gering einzuschätzen«; ein gewisses »Potenzial, an gesellschaftliche Diskurse und erinnerungskulturelle Wandlungs- und Aushandlungsprozesse anschlussfähig zu sein«, ²⁰⁶ sieht er dennoch gegeben. Und damit wären wir auch wieder bei der Gedenkfeier für die Opfer des sowjetischen Speziallagers.

Nach deren erstem Teil änderte sich die Atmosphäre nämlich schlagartig. Die Abwesenheit des Stiftungsdirektors und der Presse nahm den nun folgenden Vorgängen den offiziellen Charakter. Die Ankündigung, man gehe nun »wie jedes Jahr«

203 Siehe Quellenverzeichnis: Gesetze im Internet: § 130 StGB, URL: https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_130.html (letzter Abruf: 07.05.2025).

204 Siehe Quellenverzeichnis: Geiler, Julius: Unverständnis in der Gedenkstätte Sachsenhausen, in: Tagesspiegel, 18.07.2023.

205 SH010, Interview geführt am 21.07.2023 via Zoom.

206 Mentel 2014. S. 75.

gemeinsam zum Gedenkstein, machte deutlich, dass der weitere Ablauf der Feier den meisten Gästen aus den Vorjahren bekannt war und es daher keiner weiteren Erklärungen bedurfte. Der Ort, an dem sich die Gäste nun versammelten, war bei weitem nicht so eindeutig markiert wie der, von dem sie kamen. Genaugenommen war er für Außenstehende – ein Attribut, das in diesem Fall vermutlich nur auf mich, die Forscherin, zutraf – sogar überhaupt nicht erkennbar. Der Gedenkstein am Übergang von Zone A zu Zone B befand sich ja aufgrund von Bauarbeiten gar nicht an dem ihm zugedachten Ort – eine für mich zunächst irritierende Situation, die letzten Endes aber zur Schärfung des analytischen Blicks beitrug: Das Fehlen des Steins machte einmal mehr deutlich, dass Räume immer auch durch Handlungen hervorgebracht, temporäre Sinnkonstruktionen sind.²⁰⁷ Im hiesigen Fall haben die anwesenden Akteur:innen, basierend auf ihrem inkorporierten Wissen und mittels sozialer und ritueller Praktiken, nicht nur einen temporären Erinnerungsort geschaffen, sondern auch einen neuen Diskursraum eröffnet. Am Übergang von Zone A zu Zone B, einem Ort, den die ehemaligen Häftlinge selbst als Erinnerungsort auserwählt hatten, konnten andere Dinge gesagt werden als zuvor. Für die ehemals stalinistisch Verfolgten wick das symbolpolitische Erinnern einem identitätsstiftenden, authentischen Erinnern – und für die noch anwesenden Mitarbeiter:innen der GuMS wick das bequeme Erinnern einem deutlich unbequemerem. Denn während sich die Protagonist:innen der Feier nun in ihren Redebeiträgen gegenseitig ihrer kollektiven Identität als ›Opfer zweiter Klasse‹ versicherten und mit Gisela Gneist einer politisch hoch umstrittenen Person huldigten, handelten die Mitarbeiter:innen untereinander aus, ob sie den performativen Akt der Rede unterbrechen sollten, um die vorgebrachten Narrationen zu dekonstruieren. Letzten Endes entschieden sie sich dagegen. Steffen, der als erstes den Impuls zur Intervention verspürt hatte, trat von seiner Entscheidung buchstäblich zurück. Damit gaben er und die anderen Verantwortlichen der Gedenkstätte kollektiven identitätsstiftenden Erzählungen Raum, die sowohl ihrer eigenen als auch der allgemein anerkannten Erzählung widersprachen. Sie griffen den Dissens weder an, noch versuchten sie ihn aufzulösen. Sie ließen ihn zu. Letzten Endes ging es dabei auch um die Frage der eigenen Positionierung im Diskursraum. Dass diese von allen beteiligten Akteur:innen immer wieder neu ausgehandelt werden muss, konnte das eben betrachtete Beispiel einmal mehr verdeutlichen. Der Dissens, der Konflikt zwischen den Opferverbänden und den Verantwortlichen der Gedenkstätte, er ist real. Folgen wir Nora Sternfeld, sind es aber womöglich ausgerechnet die letztgenannten, die ihn immer wieder befeuern:

»Natürlich gibt es Konflikte und gegenläufige Interessen von Opfergruppen, aber meine These ist, dass diese durch die versucht neutrale Position der Gedenkstät-

207 Vgl. Löw 2001. Insbes. S. 158ff.

ten, die sich sowohl auf die eine als auch die andere Seite schlägt, verstärkt werden. Das macht es vielen Leuten schwer. Angesichts der politischen Phänomene im Deutschland der Gegenwart bräuchte es eine solidarische Position, statt einer, die die Gräben vertieft.«²⁰⁸

An anderer Stelle hat sich die GuMS sehr deutlich gegen eine Würdigung Gisela Gneists positioniert,²⁰⁹ und selbstverständlich ist auch die Geschichte der sowjetischen Speziallager (entgegen der Behauptung eines ehemaligen Häftlings) unabdingbarer Teil der gedenkstättenpädagogischen Arbeit.²¹⁰ Am Übergang von Zone A zu Zone B aber lässt man Raum für Gegenerzählungen. Ich möchte daher, Sternfelds Wunsch nach Solidarität aufgreifend, von einer *situativen Solidarität* sprechen. Sich angesichts kontroverser Aussagen *situativ solidarisch* zu positionieren, setzt aber nicht nur umfassendes historisches Wissen, sondern vor allem auch ein hohes Maß an Empathie und Reflexionsvermögen voraus. Empathie aber,

208 Sternfeld 2023. S. 46.

209 In Oranienburg ist seit 2016 ein neues Wohngebiet entstanden, das sich auf dem Areal eines einstigen KZ-Außenlagers befindet. Entgegen dem Vorschlag der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, die Straßen nach KZ-Opfern zu benennen, beschloss die SVV die Benennung nach Frauen aus der Stadtgeschichte – eine von ihnen: Gisela Gneist (1930–2007). Gneist war von 1945 bis 1950 aufgrund widerständiger Aktivitäten im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen inhaftiert gewesen. In ihrer Funktion als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen wandte sie sich jedoch offen gegen die GuMS, äußerte sich wiederholt geschichtsrevisionistisch, pflegte Kontakte zu rechtsextremen Politiker:innen und Publizist:innen. Das Vorhaben, eine Straße nach Gisela Gneist zu benennen, erntete dementsprechend reichlich Kritik, neben der SBG sprachen sich unter anderem das Internationale Sachsenhausenkomitee und der Zentralrat der Juden in Deutschland dagegen aus. Doch nicht einmal ein 2020 von der SBG in Auftrag gegebenes Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte konnte die Gisela-Gneist-Straße verhindern, vgl. Bajohr/Wentker 2021. Bei der Debatte um die seit 2022 existierende Straße ging es einerseits, wie der Historiker Enrico Heitzer schreibt, um die historische Einordnung der sowjetischen Speziallager. Es ging aber meiner Ansicht nach auch um die Sichtbarkeit (und die Normalisierung dieser Sichtbarkeit) extrem rechter Akteur:innen und Positionen im öffentlichen Raum. Eine Straße nach einer Person zu benennen, die sich zeitlebens am politisch rechten Rand bewegte, impliziert im wahrsten Sinne des Wortes einen Geländegewinn für die extreme Rechte, dem am Ende auch die GuMS nicht mehr viel entgegensetzen kann: »Das Wohngebiet ist zu einer begehrten Adresse geworden, die Nachfrage war enorm. Ein paar Wochen zuvor war in Kooperation mit der Gedenkstätte eine Stele aufgestellt worden, die über das KZ-Außenkommando informiert. Der Flurschaden ist trotzdem groß«, Heitzer 2024. S. 172.

210 So bietet die Gedenkstätte etwa reguläre Themenführungen sowie Workshops mit thematischem Schwerpunkt zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers an. Zudem wurde eine Lern-App für Schüler:innen entwickelt, mithilfe derer sie im Rahmen eines Workshops den historischen Ort mit Tablets erkunden können, siehe Quellenverzeichnis: Gedenkstätte Sachsenhausen, Bildungsangebote, URL: <https://www.sachsenhausen-sbg.de/bildungsangebote> / (letzter Abruf: 08.03.2025).

darauf weist die Politikwissenschaftlerin Petra Haustein hin, scheint uns im Fall der Überlebenden der Speziallager noch immer schwerzufallen.²¹¹ Wie man mit konfligierenden Aussagen und Haltungen im Gedenkstättenkontext umgeht, muss also immer wieder situativ abgewogen werden, wobei es »bei aller Faktenbasiertheit immer auch Erfahrungen, Erzählungen, Ansichten und Gefühlen Raum zu geben [gilt]«. ²¹² Gelingt diese Differenzierung, liegt darin eine große Chance, auch und vielleicht sogar im Besonderen für den Umgang mit geschichtsrevisionistischen Aneignungsversuchen.

Zusammenfassung

Auf Gedenkfeiern wird von den anwesenden Akteur:innen ein Raum konstituiert, in dem Identitäten, Zugehörigkeiten und die Frage nach Anerkennung verhandelt werden. Als Ort mit sogenannter »mehrfacher Vergangenheit« steht die GuMS immer wieder vor der Herausforderung, sowohl dem Gedenken an die Opfer des Konzentrationslagers als auch dem Gedenken an die Opfer des sowjetischen Speziallagers Raum zu geben. Am Beispiel der Gedenkfeier für die Opfer des sowjetischen Speziallagers, die im September 2024 in der GuMS stattfand, konnte beispielhaft gezeigt werden, welche Geschichte wo und von wem erzählt wird bzw. erzählt werden darf. Während des ersten Teils der Gedenkfeier wurde deutlich, dass eine erinnerungskulturelle Verortung der Speziallagergeschichte noch immer nicht stattgefunden hat. Ein Grund dafür dürfte die Faulenbach-Formel sein, die das Sprechen über zwei deutsche Gewaltgeschichten normierte und dadurch ihren Teil dazu beitrug, dass dem zugrundeliegenden Konflikt ausgewichen wurde, statt ihn zu thematisieren. Dies wiederum machte es extrem rechten Akteur:innen leicht, das Thema für ihre Zwecke zu nutzen, was sich zuletzt vor allem in der Debatte um eine englische Übersetzung der »Memoiren« Gerhart Schirmers zeigte. Im zweiten Teil der Gedenkfeier schufen die anwesenden Akteur:innen über soziale und rituelle Praktiken gänzlich andere Rahmenbedingungen und konstituierten somit auch einen anderen diskursiven Raum. Dass in diesem Raum andere Dinge sagbar waren als zuvor, wurde vor allem am Handeln der Gedenkstättenmitarbeiter:innen deutlich. Denn die entschlossen sich, nicht zu intervenieren und gaben so den kontroversen Aussagen und Haltungen buchstäblich Raum.

211 »Hier könnte eine kritische Selbstbefragung der Nachgeborenen ansetzen, ob die Anerkennung von Leid voraussetzt, dass das Opfer sich vor der Haft moralisch erhaben oder wenigstens akzeptabel [...] verhalten hat. Wie immer die Antwort ausfallen mag, es gilt diesen Zugang zu reflektieren und in die Gedenkstättenarbeit einzubeziehen«, Haustein, Petra: Dis-sens und Erinnerungskonkurrenz. Potentiale zur Demokratiestärkung. In: Eulenburg, Amélie zu/Zündorf, Irmgard (Hg.): Konkurrenz um öffentliches Gedenken. Erinnerungskulturen im Raum Potsdam und Brandenburg, Bd. 20, Public History – Angewandte Geschichte. Bielefeld 2023, S. 35–42. S. 39.

212 Ebd. S. 41.

(Un)klare Kante?

Im Gedenkstättenalltag situativ Solidarität mit abweichenden Haltungen und historischen Gegenerzählungen zu zeigen, birgt Chancen wie auch Risiken – und hat Grenzen. Im Fall der Narrationen der stalinistisch Verfolgten und ihrer Angehörigen kann eine den Dissens aushaltende, solidarische Haltung der Gedenkstättenmitarbeiter:innen dabei helfen, den Interessenskonflikt als Kern der Debatte ernst zu nehmen. Statt Gräben zu vertiefen, werden so, um im Bild zu bleiben, Brücken gebaut, die im besten Fall ein Aushandeln auf Augenhöhe ermöglichen. Das Risiko ist, dass es sich dabei immer um eine Gratwanderung handelt. Im Folgenden werden solche diskursiven Gratwanderungen anhand zweier empirischer Beispiele illustriert. Im ersten Beispiel dringt das Politische in den gebauten Raum der Gedenkstätte ein, im zweiten tritt die Gedenkstätte aus diesem heraus, um sich als politische Akteurin an der Aushandlung des sie umgebenden öffentlichen Raumes zu beteiligen.

Beispiel 1: AfD-Gruppen in der Gedenkstätte. Der im doppelten Wortsinne herausfordernde Umgang mit antisemitischen Stereotypen oder sonstigen Ressentiments in Gruppenführungen ist *eine* Sache, situative Solidarität mit den Gegenerzählungen der stalinistisch Verfolgten eine andere. Aber wie begegnen die Mitarbeiter:innen der GuMS Akteur:innen, bei denen von vornherein klar ist, dass ihre politische Haltung dem, was vor Ort vermittelt wird, diametral entgegentläuft? Dieter vom Besucherinformationszentrum hat hierzu eine klare Meinung:

»Als das mit der AfD losging, [...] da war ich natürlich nicht direkt daran beteiligt. Aber da gab es hier sehr, sehr viele Diskussionen im Haus und sehr viel internen Tumult, wie ich es gerne nenne. Und zwar darüber, ob man die überhaupt führen soll oder nicht. Und eine riesige Aufregung, wenn die dann wirklich mit ihren Gruppen erschienen sind. Da gab es hier auch sehr unterschiedliche Meinungen. Ich war immer bei denen, die gesagt haben: Natürlich müssen wir diese Führungen machen, das ist unsere Aufgabe. Gerade vielleicht bei solchen/, das gehört einfach dazu zur Demokratie. Und vor allem haben wir immer die gleichen Mittel, die wir bei jeder Gruppe, bei jedem einzelnen Besucher haben: Wenn da irgendetwas schief läuft, dann können wir denjenigen nach Hause schicken, warnen. Also, das geht beim Schüler los, den wir hier maßregeln können, bis hin natürlich zum AfD-Teilnehmer, der sagt: ›Ja, das war doch alles gar nicht so.« Den kann man auch ermahnen, den kann man zur Not ausschließen, was auch immer. Dazu muss man aber nicht eine ganze Partei oder die ganzen Wähler dieser Gruppe komplett ausschließen. Also, das ist jedenfalls meine persönliche Meinung dazu.«²¹³

213 SHO4, Interview geführt am 11.01.2023 in Oranienburg.

Ganz anders sieht es bei einem Großteil der freiberuflichen Guides der Gedenkstätte aus. Mira erzählt mir, wie sie und ihre Kolleg:innen damals im Rahmen der Wochenplanung per E-Mail von den AfD-Gruppen erfahren haben:

»Also, ich war sehr schockiert und viele andere auch, weil man wusste, okay, man läuft jetzt über das Gelände und da sind zeitgleich auch AfD-Gruppen unterwegs. [...] Und dann haben wir uns zusammengetan und einen Brief an die Gedenkstätte geschrieben. Und die Mehrheit, also die deutliche Mehrheit der Guides hat dafür gestimmt, dass die damalige pädagogische Abteilung eine andere Art des Umgangs mit diesen AfD-Gruppen findet. Und eigentlich waren die meisten Guides dafür, dass sich Sachsenhausen damit auseinandersetzt, ob man diese Gruppen überhaupt führen muss. [...] Es ist doch auch ein Friedhof, und es ist ein Ort, an den Menschen kommen, um ihrer Angehörigen zu gedenken. Und ich glaube, *das* hat mir so ein mulmiges Gefühl gemacht: Da laufen jetzt Personen über das Gelände, die das ganz, ganz anders sehen, und die eine jahrzehntelang erfochtene Erinnerungskultur [...] infrage stellen. Das fand ich unangenehm.«²¹⁴

Johann, der Teil der Bildungsabteilung ist, reflektiert aus seiner Sicht vor allem die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit den sogenannten BPA-Gruppen²¹⁵, unter denen immer wieder auch solche mit AfD-Bezug sind:

»Als die AfD in den Bundestag eingezogen ist, war uns klar, dass sich dann sehr wahrscheinlich auch Bundespresseamtsgruppen von der AfD hier anmelden würden. Und da war eine große Unsicherheit, wie diese Gruppen sein würden, ob es Provokationen geben könnte. [...] Bevor die AfD-BPA-Gruppen kamen, gab es keine Blaupause dafür, wie wir diese Gruppen betreuen, sondern es war ein sehr zeitaufwendiger und energieintensiver Prozess, sich erst einmal Klarheit darüber zu verschaffen, was man in welcher Situation macht, wie man wann vorgeht. Und ich würde sagen, es gab da auch einen gewissen Lernprozess. Also zum Beispiel in Fragen wie: Wann schalte ich die Polizei ein? Wie reagiert man gegenüber der Presse mit solchen Vorfällen? Oder welche hausinternen Regelungen schaffen wir? Nach dem Vorfall 2018 zum Beispiel wurde eine Besuchsordnung eingeführt, die das Handeln vor Ort auf eine Basis stellt, die es sozusagen vorher nicht gab.«²¹⁶

214 SHO6, Interview geführt am 15.02.2023 via Zoom.

215 Der Besucherdienst des Bundespresseamts (BPA) ermöglicht es interessierten Bürger:innen aus ganz Deutschland, Berlin und die Bundespolitik im Rahmen von Informationsfahrten kennenzulernen. Diese Fahrten werden über die jeweiligen Wahlkreisabgeordneten organisiert und beinhalten immer wieder auch den Besuch der GuMS, siehe Quellenverzeichnis: Besucherdienst des Bundespresseamts, URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundespresseamt/im-gespraech-mit-dem-bundespresseamt/besucherdienst-1962016> (letzter Abruf: 11.03.2025).

216 SHO3, Interview geführt am 11.01.2023 in Oranienburg.

Der »Vorfall«, von dem Johann hier spricht, ereignete sich im Juli 2018 und sorgte bundesweit für Schlagzeilen.²¹⁷ Während der Führung einer Gruppe von AfD-Mitgliedern und -sympathisant:innen aus dem Wahlkreis von Alice Weidel, die im Rahmen einer Informationsfahrt über das Bundespresseamt die Gedenkstätte besucht hatten, war es zum Eklat gekommen: Ein Teilnehmer der Gruppe hatte die Existenz der Gaskammer im Konzentrationslager Sachsenhausen in Zweifel gezogen. Die Gruppe war von einem festen Mitarbeiter geführt worden, erzählt Johann, ein weiterer, ebenfalls fester Mitarbeiter hatte die Führung zusätzlich begleitet.²¹⁸

»Rechte Vorfälle gab es natürlich auch schon vor der AfD, und auch in Bundespresseamtsgruppen gab es immer wieder einmal sehr schwierige Aussagen. Wobei es bei den Gruppen anderer Parteien häufig so war, dass die Aussagen von der Gruppe selbst wieder eingefangen wurden. Also, da hieß es dann zum Beispiel: ›Ja, der quasselt immer so einen Blödsinn.‹ [...] Bei dieser Gruppe war es allerdings nicht so. Da waren mehrere sehr aktive und auch sehr, ich sag' mal, in geschichtsrevisionistischen Diskursen versierte Teilnehmer dabei, die sich gegenseitig die Bälle

217 Siehe Quellenverzeichnis: Meisner, Matthias: Rechtsradikale in Sachsenhausen: Polizei ermittelt: Gästegruppe von AfD-Spitzenfrau Weidel hetzt in KZ-Gedenkstätte, in: Tagesspiegel, 31.08.2018, URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/polizei-ermittelt-gaestegruppe-von-afd-spitzenfrau-weidel-hetzt-in-kz-gedenkstaette-5530489.html> (letzter Abruf: 11.03.2025) sowie Anzlinger, Jana/Das Gupta, Oliver: »Das hier ist ein Friedhof und kein Ort für rechte Propaganda«, in: Süddeutsche Zeitung, 31.08.2018, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/kz-gedenkstaette-sachsenhausen-das-hier-ist-ein-friedhof-und-kein-ort-fuer-rechte-propaganda-1.4111834> (letzter Abruf: 11.03.2025). Eine entsprechende Meldung der Nachrichtenagentur AFP wurde unter anderem von Spiegel Online, Zeit Online, Süddeutsche sowie weiteren Nachrichtenportalen veröffentlicht.

218 Meine Frage, ob man bewusst feste Mitarbeiter mit der Betreuung der Gruppe beauftragt hatte, bejaht Johann. Man habe sich tatsächlich bewusst dafür entschieden, »weil die [festen Mitarbeiter:innen] einerseits den Schutz durch die Institution haben, andererseits aber auch [...] den nötigen Einblick, das heißt: Sie wissen, wen sie anrufen müssen, wenn etwas ist, sie wissen, wie die Abläufe hier vor Ort sind, was ihre Spielräume sind«, SHO3, Interview geführt am 11.01.2023 in Oranienburg. Ob die festen Mitarbeiter:innen, wie Johann es formuliert, ihre Spielräume wirklich besser kennen als die frei angestellten Guides, wäre zu diskutieren. Im Rahmen meiner Forschungen an der GuMS zeigte sich nicht nur, dass die meisten freien Guides das Führen von AfD-Gruppen kategorisch ablehnen. Es zeigte sich auch allgemein ein konfligierendes Verhältnis zwischen fest und frei angestellten Mitarbeiter:innen, das vorrangig strukturell begründet zu sein scheint. Ob und inwiefern strukturelle Veränderungen (bessere Kommunikation, Anpassung der Bezahlung, rechtliche Absicherung etc.) diese Konflikte auflösen könnten, muss an anderer Stelle diskutiert werden. Fest steht, dass die freiberuflichen Guides in den Interviews mehrfach Schwächen in der internen Kommunikation angesprochen haben. Beispielhaft sei hier Mira zitiert, die für sich resümierte: »Diese Monate und dieser Kampf, das war ja nicht nur ein Kampf gegen diese AfD-Gruppen, sondern auch ein Kampf dafür, dass man endlich auch gemeinsam darüber spricht, wie man damit umgeht«, SHO6, Interview geführt am 15.02.2023 via Zoom.

zugespielt haben. Und da ist es schon schwierig, das als Guide zu kontern, wenn man sozusagen gleichzeitig gegen mehrere andere spielt. Und da gab es auch für rechte Argumentationen typische Manöver, zum Beispiel, dass der Guide verunsichert werden sollte, dass versucht werden sollte, ihn als historisch inkompetent darzustellen gegenüber der Gruppe, und dass auch ein gewisses Themenhopping betrieben wurde, also versucht wurde, von Sachsenhausen-spezifischen Themen abzulenken und zu AfD-nahen Themen wie zum Beispiel Flüchtlinge [...] hinzuführen. Also, das war eine sehr unangenehme Situation für den Kollegen, der dann auch irgendwann die Führung abgebrochen hat.«²¹⁹

Die beiden Mitarbeiter fertigten Johann zufolge später ein Protokoll des Vorfalls an; über ein Foto im Internet konnten die Mitglieder der BPA-Gruppe überdies klar identifiziert werden – Anzeige erstattete die Gedenkstätte jedoch nicht. Dass der Fall dennoch vor Gericht landete, ist Recherchen des *Tagesspiegels* geschuldet. Die Gedenkstätte hatte sich zwar unmittelbar nach dem Vorfall mit dem Bundespressesamt in Verbindung gesetzt, an die Presse selbst hatte man das Geschehene jedoch nicht übermittelt. Die Polizei habe, so heißt es im entsprechenden Bericht, erst durch den *Tagesspiegel* davon erfahren und daraufhin von Amts wegen Anzeige erstattet.²²⁰ Im Oktober 2019 wurde der Teilnehmer der Gruppe, der die Existenz der Gaskammer in Sachsenhausen geleugnet hatte, vom Amtsgericht Oranienburg wegen Volksverhetzung und Störung der Totenruhe zu einer Geldstrafe von 4.000 Euro verurteilt.²²¹ Der Vorfall aus dem Juli 2018, dies sei an dieser Stelle erwähnt, war und ist die Ausnahme in der täglichen Arbeit der GuMS. Die Präsenz von AfD-Gruppen habe in den letzten Jahren, so Stiftungsleiter Axel Drecoll im Interview, wieder deutlich abgenommen; über die Gründe, sagt er, könne jedoch nur gemutmaßt werden.²²²

Fakt hingegen ist, dass der Vorfall rund um besagte BPA-Gruppe langfristige Auswirkungen auf die Struktur und die Dynamik der Arbeit an der GuMS hatte. Bei Dieter, Johann und Mira haben wir es mit drei Vertreter:innen aus drei unterschiedlichen Bereichen der Gedenkstätte zu tun. Dieter vom Besucherinformationszentrum hat laut eigener Aussage eine klare Meinung zu der Frage, ob man Gruppen der

219 SHO3, Interview geführt am 11.01.2023 in Oranienburg.

220 Siehe Quellenverzeichnis: Meisner, Matthias: Rechtsradikale in Sachsenhausen, *Tagesspiegel* vom 31.08.2018.

221 Siehe Quellenverzeichnis: Fröhlich, Alexander: Volksverhetzung und Störung der Totenruhe: Strafbefehl gegen AfD-Anhänger nach Sachsenhausen-Besuch, in: *Tagesspiegel*, 15.10.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/strafbefehl-gegen-afd-anhaenger-nach-sachsenhausen-besuch-4110127.html> (letzter Abruf: 11.03.2025).

222 »Das hat deutlich abgenommen. Ich kann Ihnen nicht genau sagen, warum. Es mag sein, dass die AfD Stillhalteparolen durchgesetzt hat. Das alles kann ich nicht sagen, das sind Mutmaßungen. Aber tatsächlich bin ich in meinem Alltäglichen jetzt weniger davon betroffen. Dennoch bereitet es mir Sorge«, SHO7, Interview geführt am 08.02.2023 via teams.

AfD durch die Gedenkstätte führen sollte oder nicht. Ja, sagt er, auch AfD-Führungen gehörten zur Demokratie, und es sei ja schließlich Aufgabe der Gedenkstätte, allen Interessierten Zugang zu Informationen und historischem Wissen zu ermöglichen. Gleichzeitig reflektiert er seine eigene Rolle, die eher der eines Beobachters gleicht, denn er selbst sei »natürlich nicht direkt daran beteiligt« gewesen.²²³ Mira wiederum, die damals als freie Guide in der GuMS arbeitete, argumentiert emotional-empathisch. Sie lehnt das Führen von AfD-Gruppen vor allem aus Gründen des Respekts vor den Opfern und deren Angehörigen kategorisch ab und spricht damit laut eigener Aussage für die Mehrheit der zu diesem Zeitpunkt an der Gedenkstätte beschäftigten freiberuflichen Guides. Und Johann, der in seiner Position als fester Mitarbeiter der Bildungsabteilung direkt in die Aushandlung involviert war? Für ihn stehen praktische, rechtliche und strukturelle Fragen im Vordergrund. Den »richtigen« Umgang mit AfD-Gruppen zu finden, bezeichnet er als »intensiven Lernprozess«²²⁴ – dass dieser durchaus produktiv war, zeigt etwa die seit 2019 geltende Besuchsordnung der Gedenkstätte, auf die ich gleich noch einmal zurückkommen werde. Der Mitarbeiter des BIZ, der keinerlei strategische Verantwortung trägt und nicht an der pädagogischen Arbeit beteiligt ist, gibt also sein uneingeschränktes »ja«. Die freiberufliche Mitarbeiterin, die ebenfalls keine strategische Verantwortung trägt, aber sehr wohl an der pädagogischen Arbeit beteiligt ist (und sich in ihrem Arbeitsalltag ohnehin schon nicht immer sicher fühlt), gibt ihr uneingeschränktes »nein«. Der fest angestellte Mitarbeiter der Bildungsabteilung, der sowohl strategische Verantwortung trägt als auch aktiv an der Umsetzung jener Strategien beteiligt ist, sagt weder »ja« noch »nein« – ein Dilemma, das auch Axel Drecolli erkennt:

»Klar könnte man sich hinstellen und sagen: ›Klare Kante!‹, was ja häufig dann auch zu hören ist. Aber so klar kann die Kante halt einfach nicht sein! Und interessanterweise sagen auch immer nur diejenigen ›klare Kante gegen rechts‹, die nicht in der Verantwortung stehen, das ist zumindest meine Wahrnehmung. [...] Es ist halt nicht leicht. Und wir sollten es uns auch nicht leicht machen.«²²⁵

223 SH04, Interview geführt am 11.01.2023 in Oranienburg.

224 SH03, Interview geführt am 11.01.2023 in Oranienburg.

225 SH07, Interview geführt am 08.02.2023 via teams.

Die inhaltliche Reaktion auf den ›Vorfall‹²²⁶ im Juli 2018, sagt Drecoll, sei »vollkommen unstrittig« gewesen, »das war überhaupt keine Frage, dass wir da sehr deutlich werden mussten und auch geworden sind«.²²⁷ Die Schwierigkeit liege an anderer Stelle. Denn einerseits trage man die Verantwortung für die Opfer und ihre Angehörigen²²⁸ – hier ist Drecoll also ganz bei Mira – andererseits sei man eine öffentliche Einrichtung, »und letztendlich entscheidet über Verfassungskonformität und Nicht-Verfassungskonformität aus guten Gründen das Bundesverfassungsgericht und nicht die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten«.²²⁹ Es gehe um das »Aushaltenmüssen«, sagt Drecoll, »aber es geht auch um die Frage: Wie weit dürfen wir nach unserem Ermessen Hausverbote aussprechen und wo sind die Grenzen, auch die der Rechtsstaatlichkeit?«²³⁰

Die Gedenkstättenmitarbeiter:innen müssen im Umgang mit extrem rechten Raumbesetzungen also sowohl emotional-empathisch als auch verfassungskonform handeln – ein durchaus schwieriges Unterfangen. Verwehrt die GuMS einer demokratisch gewählten Partei den Zutritt zu ihrer (öffentlichen) Einrichtung, verletzt sie demokratische Werte und geltendes Recht. Gewährt sie eben jener Partei den Zutritt, gibt sie ihr buchstäblich Raum, um genau dasselbe zu tun. Eine der Maßnahmen, die den Umgang mit dieser Problematik in Zukunft erleichtern soll, ist die 2019 eingeführte Besuchsordnung der Gedenkstätte. In Reaktion auf den Vorfall mit der BPA-Gruppe der AfD wurde schriftlich festgehalten, welchen

226 Tatsächlich wurde die vorzeitig beendete Führung besagter BPA-Gruppe im Juli 2018 durchweg als ›Vorfall‹ bezeichnet, von Forscherin und Forschungspartner:innen gleichermaßen. Darauf, dass diese Wortwahl durchaus kritisch zu reflektieren wäre, machen Chernivsky/Lorenz-Sinai im Zusammenhang mit der Rede von ›antisemitischen Vorfällen‹ aufmerksam: »Die Mitarbeiter:innen der Gedenkstätten besprechen antisemitische (Sprach-)Handlungen überwiegend als ›Vorfälle‹. Dieser Begriff hat sich in den letzten Jahren in der medialen Debatte und der Dokumentation antisemitischer Übergriffe etabliert. Zugleich suggeriert die Rede von Vorfällen eine einmalige Herausgehobenheit antisemitischer Übergriffe und wird der strukturellen Dimension des Antisemitismus nicht gerecht«, Chernivsky/Lorenz-Sinai 2022. S. 30.

227 SHO7, Interview geführt am 08.02.2023 via teams.

228 Dass dies für ihn ganz persönlich weit mehr als eine Floskel ist, zeigte sich an anderer Stelle im Interview, nämlich als er von seiner Anfangszeit in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten berichtete: »Mitzubekommen, dass bei den Überlebenden selbst, aber auch bei Kindern und Kindeskindern, diese Orte und die damit verbundenen Schicksale bis heute einfach Teil ihrer familiären Realität sind, weil sie so wichtige Bezugspunkte der Familiengeschichte sind, [...] das hat mich dann doch überrascht. Ich habe das zwar abstrakt gewusst [...] und auf einer abstrakten Ebene ist das nicht überraschend. Aber das persönlich zu erleben ist dann eben doch überraschend, wenn man es im persönlichen Gespräch nochmal tatsächlich erlebt. Und daraus resultiert auch noch einmal eine ganz besondere Verantwortung, würde ich sagen«, ebd.

229 Ebd.

230 Ebd.

Praktiken und Verhaltensweisen auf dem Gelände der Gedenkstätte Raum gegeben wird und welchen nicht. So ist in der Besuchsordnung etwa Folgendes zu lesen:

»Bei kontinuierlichen Störungen oder Provokationen werden Führungen abgebrochen, wenn sich dieses Verhalten durch entsprechende Aufforderungen nicht unterbinden lässt. Insbesondere die Infragestellung der NS-Verbrechen und ihrer Kontexte kann nicht geduldet werden.

[...]

Folgende Verhaltensweisen gestatten wir in keiner Weise:

jegliche menschenverachtende, gewaltverherrlichende, diskriminierende, rassistische oder nationalsozialistische Äußerungen oder Verhaltensweisen.

Das Tragen/die Zurschaustellung von Kleidungsstücken, Tattoos, Gegenständen und Symbolen, die nach allgemeiner Ansicht eine politisch extremistische Aussage ausdrücken oder einen potenziell diskriminierenden Charakter haben. Verboten ist insofern insbesondere das Tragen/die Zurschaustellung von Kennzeichen einer der in § 86 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 Strafgesetzbuch bezeichneten Parteien oder Vereinigungen.«²³¹

Die zuletzt zitierte Passage wird auch als Antidiskriminierungsklausel bezeichnet und stellt ein »wichtiges formales Instrument im Umgang mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Besucher_innen« dar, wie der Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK e.V.) und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin schreiben.²³² »Durch solche Klauseln«, heißt es in der von ihnen herausgegebenen Broschüre weiter, »erhalten alle Mitarbeitenden einer Einrichtung einen Rahmen für ein einheitliches – und auch für alle Besucher_innen transparentes – Vorgehen.

231 Siehe Quellenverzeichnis: Besuchsordnung für Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, S. 2, URL: https://www.sachsenhausen-sbg.de/fileadmin/user_upload/Gedenkstaetten/Sachsenhausen/PDF/2019/Besuchsordnung_Sa_10-19.pdf (letzter Abruf: 10.03.2025).

232 VDK e.V./Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hg.): Nur Schnee von gestern? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen. Berlin 2019. S. 25.

Zudem wird dadurch eine Positionierung nach innen und nach außen sichtbar«. ²³³ Ähnliches ist im Positionspapier des Arbeitskreises ›Räume öffnen‹ zu lesen:

»Es muss anerkannt werden, dass rechte Akteurinnen und Akteure sowie Positionen in letzter Konsequenz immer eine Gefahr für Leib und Leben bedeuten. Deshalb fordern wir von den Leitungen von Gedenkstätten und NS-Dokumentationen, ihrer Fürsorgepflicht für ihre Mitarbeitenden wie Besuchenden nachzukommen, diesen den Rücken zu stärken sowie ihre Sicherheit zu garantieren. Hierfür ist die konkrete Ausformulierung und Umsetzung von Leitbildern und Hausordnungen unerlässlich. Alle an der Institution Tätigen müssen bei bedrohlichen Situationen informiert und in die Entwicklung langfristig wirksamer Handlungsstrategien einbezogen werden.« ²³⁴

Haus- bzw. Besuchsordnungen sind zwar eine Art Vertrag zwischen Gedenkstätte und Besucher:innen, doch sie sind keineswegs so starr wie sie auf den ersten Blick scheinen. Wie in der EuG Wewelsburg, so handelt es sich auch bei der Besuchsordnung der GuMS um ein dynamisches Konstrukt, das die Handlungsfähigkeit und die Sicherheit von Mitarbeiter:innen und Besucher:innen gewährleisten soll. Ganz im Sinne der Demokratie gewährt sie zunächst allen Menschen den Zutritt zur Gedenkstätte. Bewertet und eingeschränkt werden nämlich nicht die möglicherweise zugrundeliegenden Haltungen der Besucher:innen, sondern nur deren konkrete, faktisch ausgeführte Praktiken.

Anders verhält es sich mittlerweile – konkret seit Anfang 2025 – bei offiziellen Gedenkfeiern in der GuMS. Die Frage, wie man mit einer Partei umgehen soll, die einerseits seit 2014 Mitglied des Landtages ist und andererseits seit 2020 vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall geführt wird, stellte die Verantwortlichen in den letzten Jahren vor immer größere Herausforderungen. ²³⁵ Denn wenn

233 Ebd. Während die Mitarbeiter:innen die einzelnen Punkte dieses Vertrages oft ziemlich genau kennen, dürften die meisten Besucher:innen allerdings die Gedenkstätte betreten, ohne zuvor die Hausordnung studiert zu haben. Die oben postulierte Positionierung, so scheint mir, ist nach innen weit sichtbarer als nach außen. Kurios an dieser Unsichtbarkeit – die im Übrigen symptomatisch für Hausordnungen zu sein scheint – ist, dass es die Besucher:innen selbst sind, die diese Unsichtbarkeit, wenn auch unbewusst, herstellen. Denn indem die überwiegende Mehrheit der Gedenkstättenbesucher:innen sozial erwünschtes Verhalten an den Tag legt, trägt sie nicht nur zur stetigen Reproduktion und Legitimation der Regeln und Normen bei, sondern auch zu ihrer Unsichtbarmachung. Sichtbar werden sie nämlich immer nur dann, wenn jemand sie missachtet.

234 Redaktionskollektiv des Arbeitskreis Räume Öffnen 2022. S. 39.

235 Siehe Quellenverzeichnis: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Parteien im Landtag: Die AfD, URL: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/parteien/parteien-brandenburg/parteien-im-landtag/afd> (letzter Abruf: 01.07.2025). Anfang Mai 2025 stufte der Verfassungsschutz den brandenburgischen AfD-Landesverband als gesichert rechtsextrem ein, siehe Quellenverzeichnis: dpa: Verfassungsschutz stuft AfD Brandenburg

etwa, was üblich ist, der Brandenburgische Landtag zum jährlichen offiziellen Gedenktakt für die Opfer des Nationalsozialismus Ende Januar einlädt, muss er diese Einladung an alle Parteien aussprechen, aus denen er sich zusammensetzt – also auch an die AfD. Lädt aber die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten ein, ist die Rechtslage eine andere, denn als rechtsfähige Stiftung öffentlichen Rechts ist sie eine juristische Person, die im Rahmen ihrer Selbstverwaltung über ein eigenes Satzungsrecht verfügt.²³⁶ Seit 2025 bestimmt also die GuMS selbst, wer zu ihren Veranstaltungen kommen darf und wer nicht. Dass diese Entscheidung keine leichte war, weiß auch Sebastian, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der GuMS. Es sei schon so, sagt er,

»dass man sich immer wieder darüber austauschen muss und darüber Gedanken machen muss: Wie kriegen wir es hin die AfD auszuschließen, ohne gegen bestimmte demokratische Prinzipien zu verstoßen? Und das ist natürlich irgendwie so ein bisschen paradox, dass man einerseits demokratische Werte schützen will, aber auf der anderen Seite jemanden ausschließt ((lacht)). Was *ich* richtig finde. Ich finde, es ist ein schlechtes Argument zu sagen, man diskriminiert Nazis. Aber es ist natürlich trotzdem so, dass man als staatlich geförderte Institution überlegen muss: Was darf man, was darf man nicht?«²³⁷

Beispiel 2: Die Debatte um die Zuwegung zur Gedenkstätte. Was 2025 erstmals im Rahmen einer offiziellen Gedenkfeier umgesetzt wurde,²³⁸ hatte man zuvor schon in einem

als gesichert rechtsextrem ein, ZEIT ONLINE vom 07.05.2025, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-05/afd-brandenburg-verfassungsschutz-rechtsextrem> (letzter Abruf: 01.07.2025).

236 Die gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten ist die Verordnung über die Errichtung der rechtsfähigen Stiftung öffentlichen Rechts »Brandenburgische Gedenkstätten« in ihrer Fassung vom 27.06.2023, siehe Quellenverzeichnis: Verordnung Errichtung Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, URL: https://bravors.brandenburg.de/sixcms/media.php/76/GVBl_II_41_2023.pdf (letzter Abruf: 08.05.2025).

237 SH09, Interview geführt am 08.03.2023 via Zoom.

238 Eine entsprechende dpa-Meldung wurde von verschiedenen Print- und Onlinemedien aufgegriffen, unter anderem vom Tagesspiegel, siehe Quellenverzeichnis: dpa: 27. Januar 1945: Gedenkstätten erinnern an NS-Opfer – ohne die AfD, Tagesspiegel vom 22.01.2025, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/27-januar-1945-gedenkstaetten-erinnern-an-ns-opfer-ohne-die-afd-13062397.html>, letzter Abruf: 13.03.2025). Ein Sprecher der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, heißt es darin, habe der dpa mitgeteilt, man habe für die »Nicht-Einladung der AfD [...] viel Zuspruch erfahren. Vereinzelt sind aber auch anonyme Mails mit rechten Beschimpfungen bei uns eingegangen«. Hanno Christ spricht auf dem Nachrichtenportal rbb24 von einem »Kniff in der Einladungspraxis«, für den sich laut Axel Drecoll nicht nur die Gedenkstätte selbst eingesetzt hätte, »sondern auch und vor allem die Opferverbände [...], denn die lehnten es klar ab, zusammen mit Vertreter:innen der AfD gemeinsam zu gedenken«, siehe Quellenverzeichnis: Christ, Hanno: Holocaust-Gedenken.

anderen Kontext erprobt, was uns zum zweiten Beispiel führt. Denn die Frage nach dem Umgang mit der AfD als politischer Akteurin stellt sich nicht nur innerhalb der gebauten Grenzen der Gedenkstätte, sondern auch darüber hinaus. Trotz hoher Besucher:innenzahlen und internationalem Publikum sei die GuMS, so Günter Morsch im Jahr 2018, noch immer kein »positiver Standortfaktor« für die Region Oranienburg – ihre Existenz werde von der Stadt noch immer ambivalent bis ablehnend bewertet, »der Besucheransturm auf die Gedenkstätte, mittlerweile mehr als 700 000 Menschen im Jahr«, werde in den entsprechenden Broschüren hinter dem als touristische Attraktion beworbenen Schloss und sogar hinter der Obstbaukolonie nur beiläufig aufgeführt.²³⁹ Doch eben jener »Besucheransturm« ist es ja auch, der bereits seit Jahren die Anwohner:innen und die städtische Infrastruktur gleichermaßen herausfordert. Zahlreiche Reisebusse fahren täglich über die teils aus historischem Kopfsteinpflaster bestehende Straße der Nationen, ihre laufenden Motoren auf dem Parkplatz am Schäferweg belasten die Luft. Der örtliche Linienbus wiederum fährt nur einmal stündlich – am Wochenende sogar nur alle zwei Stunden – vom Bahnhof zur Gedenkstätte, weswegen er regelmäßig überfüllt ist. Sophie, eine ehemalige Guide, erklärte mir im Interview:

»Dadurch sind die Anwohner:innen natürlich super genervt von den Besucher:innen, weil die den Bus verstopfen. Oder die laufen da halt die ganze Zeit durch die Gegend. Und dann ist es ja auch so, dass der Weg, den du läufst, vom Bahnhof in die Gedenkstätte, der originale Weg ist, den die Häftlinge damals gehen mussten. Und da gab es irgendwann eine Bürgerinitiative in Oranienburg,²⁴⁰ die sich dafür eingesetzt hat, dass die Besucher:innenströme umgeleitet werden, um nicht mehr ständig an ihren Vorgärten vorbeizulaufen.«²⁴¹

Infolge der Proteste der Anwohner:innen-Initiative AWI wurde ab 2017 zunächst die Idee diskutiert, den Eingang der Gedenkstätte zu verlegen. Doch dagegen reg-

Die AfD muss draußen bleiben, in: rbb24 Inforadio, 27.01.2025, URL: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/01/holocaust-gedenken-sachsenhausen-stiftung-keine-afd.html> (letzter Abruf: 13.03.2025).

239 Morsch 2018. S. 164.

240 Die Initiative, in den Presseberichten stets AWI genannt, verfügt über keine eigene Internetpräsenz, sodass deren Genese und Wirken abseits der medialen Berichterstattung schwer nachzuvollziehen ist. Zusammen mit der Gedenkstättenstiftung und der Stadt war sie Hauptakteurin in der Debatte um eine neue Wegführung zur Gedenkstätte. Laut einem Bericht der Tageszeitung taz gründete sich die Initiative mit dem Namen »Gedenkstätte Sachsenhausen – Gedenken im Einklang mit dem Leben« im Sommer 2017, siehe Quellenverzeichnis: Memarnia, Susanne: Oranienburg sucht den Königsweg, in: taz die tageszeitung, 17.12.2017, URL: <https://taz.de/Gedenkstaette-Sachsenhausen/!5467916/> (letzter Abruf: 13.03.2025).

241 SH05, Interview geführt am 06.02.2023 via Zoom.

te sich bei den Vertreter:innen der GuMS schnell Widerstand. Mit einer Verlegung des Eingangs, so heißt es in einer Stellungnahme des Fördervereins der Gedenkstätte, würden die Besucher:innen nicht mehr wie bisher den Weg der Häftlinge gehen, »die Öffentlichkeit des KZ zur damaligen Zeit« könne ihnen somit nicht mehr »erfahrbar gemacht werden«.²⁴² Die konfligierenden Haltungen von Stiftung, AWI und Stadt mündeten in eine mehrere Jahre andauernde Debatte, über die von der Märkischen Oderzeitung (MOZ) intensiv berichtet wurde.²⁴³ Erst fünf Jahre später, am 20. Februar 2023, fand die Stadtverordnetenversammlung (SVV) zu einer Entscheidung.²⁴⁴ Und diese wurde, wie einer entsprechenden Pressemeldung zu entnehmen ist, auch von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten begrüßt.²⁴⁵ Der Beschluss der SVV sieht demnach vor, »dass die bisherigen Zufahrtswege zur Gedenkstätte beibehalten, die betroffenen Straßen aber nach modernen Standards ausgebaut werden«; der bisherige Busparkplatz werde begrünt und durch einen reinen Haltepunkt ersetzt, von dem aus die Busse dann auf einen neu geschaffenen Parkplatz an anderer Stelle fahren sollen.²⁴⁶ Zwar stimmten am Ende alle 35 anwesenden Mitglieder der SVV für die vorgeschlagenen infrastrukturellen Maßnah-

242 Siehe Quellenverzeichnis: Stellungnahme des Fördervereins der Gedenkstätte Sachsenhausen zur Verlegung des Gedenkstatteneingangs (ohne Datum), URL: <https://www.sachsenhausen-sbg.de/foerderverein/meldungen-des-vereins/stellungnahme-zur-verlegung-des-gedenkstaetteneingangs/> (letzter Abruf: 13.03.2025).

243 Siehe Quellenverzeichnis: Grote, Klaus: Anwohner fordern weitere Lösungen für Besucherverkehr zur Gedenkstätte Sachsenhausen, in: Märkische Oderzeitung, 03.12.2020, URL: <https://www.moz.de/lokales/oranienburg/planung-anwohner-fordern-weitere-loesungen-fuer-besucherverkehr-zur-gedenkstaette-sachsenhausen-53551399.html>, Winkler, Marco: Oranienburg kurz vor Lösung für Reisebusse – CDU und AfD sind dagegen, in: Märkische Oderzeitung, 30.11.2022, URL: https://www.moz.de/lokales/oranienburg/gedenkstaette-sachsenhausen-oranienburg-kurz-vor-loesung-fuer-reisebusse-_cd-und-afd-sind-dagegen-67872403.html#paywall-login-register-content, Winkler, Marco: Streit um Zufahrt für Reisebusse in Oranienburg – jetzt gibt es eine Entscheidung, in: Märkische Oderzeitung, 20.02.2023, URL: https://www.moz.de/lokales/oranienburg/gedenkstaette-sachsenhausen-streit-um-zufahrt-fuer-reisebusse-in-oranienburg-_jetzt-gibt-es-eine-entscheidung-69287879.html (letzter Abruf aller drei Artikel: 13.03.2025).

244 Siehe Quellenverzeichnis: Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Oranienburg vom 20.02.2023 (abrufbar über die Suchfunktion), URL: <https://oranienburg.de/Politik-Beteiligung/Politische-Gremien/Stadtverordneten-Versammlung/> (letzter Abruf: 13.03.2025).

245 Siehe Quellenverzeichnis: Pressemitteilung 08/2023 der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten vom 20.02.2023, URL: <https://www.sachsenhausen-sbg.de/presse/presseinformationen/8-2023-gedenkstaettenstiftung-begruesst-svv-beschluss-zum-verkehrskonzept-fuer-die-gedenkstaette-sachsenhausen/> (letzter Abruf: 20.01.2026).

246 Ebd.

men, auch die fünf AfD-Politiker:innen.²⁴⁷ In die Gespräche zwischen Gedenkstättenstiftung und Stadt, die seither regelmäßig stattfinden, ist die mittlerweile elfköpfige AfD-Fraktion der SVV²⁴⁸ jedoch nicht involviert, wie Sebastian erklärt: »Da ist es dann so, dass extra wir einladen und nicht der Bürgermeister – damit die AfD nicht eingeladen wird.«²⁴⁹

Die beiden hier herangezogenen Beispiele für den Umgang mit Vertreter:innen der AfD stehen exemplarisch für die immer häufiger werdenden Situationen, in denen die GuMS aktiv als politische Akteurin auftritt und sich mit extrem rechten Positionen auseinandersetzen muss. In gleicher Weise hätte man etwa die in mehrfacher Hinsicht aktive Rolle der GuMS im Rahmen des 2. Oranienburger Christopher Street-Days im September 2024 beleuchten können,²⁵⁰ oder auch die im vorherigen Unterkapitel angerissene, ebenfalls über mehrere Jahre geführte Debatte um die Giesela-Gneist-Straße in Oranienburg.²⁵¹ Letztlich geht es im Umgang mit diskursiven Geländegewinnen der extremen Rechten für die GuMS um die Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Handlungsmacht, die immer wieder neu ausgelotet werden müssen. Sowohl die Einführung einer Besuchsordnung als auch die Entscheidung, von nun an selbst zu den Gedenkfeiern sowie zum Jour Fix mit der Stadt einzuladen, zeugen von der starken Dynamik dieser Aushandlung. Und so sehr sich die Maßnahmen in Struktur und Performanz auch unterscheiden, haben sie doch etwas Entscheidendes gemeinsam: Beide versuchen, empathisch-emotionale Argumente und rechtsstaatliche Legitimierung zu vereinen.

Zusammenfassung

Mithilfe zweier empirischer Beispiele konnte gezeigt werden, wie sehr die Frage nach dem adäquaten Umgang mit der AfD als parlamentarischem Arm der extremen Rechten die GuMS beschäftigt. Dass es in diesem Zusammenhang auch intern durchaus unterschiedliche Positionen gibt, zeigte vor allem das erste Beispiel. Der ›Vorfall‹ mit der geschichtsrevisionistischen Äußerung in einer BPA-Gruppe der AfD im Juli 2018 stellte eine Art Präzedenzfall für die Gedenkstätte dar. An ihm wurde deutlich, dass intersubjektive wie auch diskursive Praktiken im Umgang mit rechtsextremen Agitationen immer wieder neu ausgehandelt werden müssen.

247 Siehe Quellenverzeichnis: Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20.02.2023.

248 In der Wahlperiode 2019–2024 waren fünf AfD-Mitglieder Teil der Oranienburger SVV, mit der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 ist die Fraktion auf elf Mitglieder angewachsen, siehe ebd.

249 SH09, Interview geführt am 08.03.2023 via Zoom.

250 Vgl. Gilfert, Julia: (In)stabiles Gefüge? Die deutsche »Gedenkstättenlandschaft« zwischen Erfolgsnarrativ und extrem rechts motivierter Diskursverschiebung. In: Ludwig-Uhland-Institut (Hg.): Erinnerungskulturen. Studien aus der Empirischen Kulturwissenschaft. Tübingen 2026 (im Druck).

251 Vgl. S. 145, Anm. 189.

Diese Aushandlungen werden von einem Prozess des Abwägens zwischen emotional-empathischen Argumenten und rechtsstaatlichen Vorgaben begleitet. Egal, ob extrem rechte Agitationen von außen in den gebauten Raum der Gedenkstätte hineingetragen werden oder die Gedenkstätte im Rahmen lokalpolitischer Entscheidungsprozesse als Akteurin nach außen tritt: Im Zentrum steht immer die Frage nach der Bewahrung und Stabilisierung der eigenen Handlungsmacht.

3.3 Zwischenfazit: NS-Erinnerungsorte als diskursive Sphären

»Wir hatten letztens/, ich weiß gar nicht, ob ich das erzählen darf ((lacht und spricht leiser)), da ist hier ein Wildschweinkopf gefunden worden. So ziemlich am Eingang, da ist ja auch viel Wald und so. Und dann hieß es erst, der Wildschweinkopf wäre irgendwo aufgehängt gewesen. Da denkt man natürlich gleich an alles Mögliche, an irgendeine Art von Aktion oder so. Das war ganz früh morgens. Und dann haben wir hier vorne alles gesperrt. [...] Die Menschen wollten rein und wir haben gesagt: »Nee, ihr kommt da jetzt nicht rein, wir haben jetzt erstmal eine polizeiliche Untersuchung.« Und dann kam noch der Förster. Es stellte sich dann heraus, dass der Wildschweinkopf überhaupt nicht irgendwo aufgehängt war, sondern unten auf dem Boden lag, und einfach nur so ein doofer Fuchs/, der wollte seiner Familie wahrscheinlich eine kleine Freude bereiten und hat den dorthin gezerrt, und dann ist er nicht durchs Tor gekommen, sondern am Tor hängengeblieben. [...] Aber wir haben das nicht an die Besucher weitergereicht, denn es war ja niemand daran beteiligt gewesen. Außer wahrscheinlich der Fuchs. [...] Und daran sieht man natürlich, klar: Man ist hier noch immer sensibel für alles Erdenkliche. Man kann sich offensichtlich alles Erdenkliche vorstellen.«²⁵²

Die Geschichte vom Wildschweinkopf, die mir Dieter vom BIZ im Interview sehr lebhaft schilderte, sie liest sich fast wie eine Parabel. Formulierungen wie »man kann sich offensichtlich alles Erdenkliche vorstellen« implizieren eine vage, aber allgegenwärtige Verunsicherung, auf deren Basis Handlungen erfolgen, die ihrerseits wieder Unsicherheiten hervorrufen. Obwohl Dieter an keiner Stelle benennt, woran »man« gedacht haben könnte, als der Wildschweinkopf gefunden wurde, war mir als Zuhörer*in klar, worauf er hinauswollte: Handlungsleitend für die Schritte, die die GuMS nach dem Fund des Wildschweinkopfes eingeleitet hatte, war der Gedanke gewesen, dass Menschen den Kadaverteil am Eingang der Gedenkstätte platziert hatten (»irgendeine Art von Aktion oder so«) – Menschen, die die Arbeit der GuMS ablehnen. Dass Dieter dies gar nicht aussprechen musste, macht meiner Ansicht nach einmal mehr deutlich, wie sehr sich Gefühle der Verunsicherung bei

252 SH04, Interview geführt am 11.01.2023 in Oranienburg.

den Mitarbeiter:innen der GuMS bereits normalisiert haben. Auch Dieters Bemerkung, dass »man natürlich gleich an alles Mögliche [denkt]«, weist darauf hin, dass die *Möglichkeit*, sprich das *Potential* extrem rechter Praktiken immer mitgedacht wird. Folgt man dem Historiker Matthias Heyl, ist diese Art der Verunsicherung Orten wie der GuMS (oder auch der Gedenkstätte Ravensbrück, an der Heyl tätig ist) regelrecht eingeschrieben. Für ihn sind Gedenkstätten per se »zutiefst ›verunsichernde Orte‹«, weil die Aufbereitung von in der Vergangenheit ausgeübter Gewalt immer auch potenzielles gegenwärtiges Verhalten adressiert und auf das »hohe potenzielle Risiko verweist, dem der Ort auch gegenwärtig durch mangelnde Sensibilität und mangelnden Respekt ausgesetzt ist«. ²⁵³ Anders formuliert: An einem Ort, an dem schon einmal mehr als alles Erdenkliche geschehen ist, kann auch heute mehr als alles Erdenkliche geschehen.

In der Analyse des Umgangs mit extrem rechten Versuchen der Raumanneignung an der GuMS wurde deutlich, wie fragil die Handlungsmacht der Mitarbeiter:innen im Kontext des 18.000 Quadratmeter großen ›Sichtbarkeitsregimes Gedenkstätte‹ ist. Gleichfalls wurde deutlich, dass es für den Erhalt eben jener Handlungsmacht unter Umständen vonnöten ist, Konflikte und Gefühle der Verunsicherung auszuhalten. Denn diese weisen, wie ebenfalls gezeigt werden konnte, weit über den gebauten Raum der GuMS hinaus. Ob in der Konfrontation mit antisemitischen Äußerungen in Gruppenführungen, bei der Gedenkfeier für die Opfer des sowjetischen Speziallagers oder im Umgang mit der AfD – NS-Erinnerungsorte wie die GuMS sind mit der gegenwärtigen Gesellschaft und ihren Akteur:innen verstrickt. Die Räume, die sie geographisch wie auch diskursiv markieren, sind umkämpfte Räume. Denn nicht nur die Institutionen und ihre Mitarbeiter:innen erheben Anspruch auf diese Räume, sondern auch die extreme Rechte mit all ihren gegenhegemonialen Agitationen und geschichtsrevisionistischen Narrationen. Am Beispiel der EuG Wewelsburg konnte gezeigt werden, dass NS-Erinnerungsorte vor diesem Hintergrund als *Kontaktzonen* fungieren, innerhalb derer Konflikte zugelassen, ausgehandelt und auch ausgehalten werden (müssen). Bei der entsprechenden Betrachtung der GuMS tritt nun ein weiterer Aspekt hervor: NS-Erinnerungsorte sind immer auch *diskursive Sphären*, ein Begriff, den ich von Barak Ben-Aroia und Tobias Ebbrecht-Hartmann übernehmen und im Kontext meiner eigenen For-

253 Heyl, Matthias: Mit Überwältigendem überwältigen? Emotionalität und Kontroversität in der Gedenkstättenpädagogik als Teil historisch-politischer Bildung. In: Schmidt, Jochen/Schoon, Steffen (Hg.): Politische Bildung auf schwierigem Terrain. Rechtsextremismus, Gedenkstättenarbeit, DDR-Aufarbeitung und der Beutelsbacher Konsens. Schwerin 2016, S. 37–57. S. 49. Den Begriff der »verunsichernden Orte« wählt Heyl hier unter Verweis auf eine Publikation gleichen Namens, vgl. Thimm, Barbara/Köföler, Gottfried/Ulrich, Susanne (Hg.): Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik. Frankfurt a.M. 2010.

schungen schärfen möchte. In ihrem Paper diskutieren die Autoren am Beispiel zweier Denkmäler für die Opfer neonazistischer Gewalt in Deutschland die These,

»that various commemorative actors in the field adopted and appropriated Second World War and Holocaust-related iconography and terminology to shape these memory sites as instruments linking current Germany to the period of National Socialism«. ²⁵⁴

Gedenkort, so die Autoren, fungieren als Bindeglied zwischen Vergangenheit und Gegenwart und konstituieren auf diese Weise »discursive sites to negotiate the present«, wodurch sich eine komplexe Beziehung zwischen der offiziellen Erinnerungskultur einerseits und den individuellen und heterogenen Erinnerungspraktiken andererseits ergibt. ²⁵⁵ Auch NS-Erinnerungsorte wie die EuG Wewelsburg, die GuMS und die Dokumentation Obersalzberg thematisieren Vergangenheit, sind aber gleichzeitig Teil gegenwärtiger gesellschaftspolitischer Diskurse, »[t]hey resonate with their specific environmental and social surroundings«. ²⁵⁶ Im Gegensatz zur Rolle von Denkmälern geht die Rolle der hier untersuchten Institutionen – und insbesondere die ihrer Mitarbeiter:innen – weit über ein Resonieren hinaus. Als mit Handlungsmacht ausgestattete Subjekte sind die Menschen, die an NS-Erinnerungsorten arbeiten, aktiv an der Konstitution der konfliktbasierten Kontaktzonen und diskursiven Sphären beteiligt, in denen sie sich bewegen. An dieser Stelle wird auch deutlich, dass sich beide, die konfliktbasierten Kontaktzonen und die diskursiven Sphären, gar nicht voneinander trennen lassen. Es handelt sich vielmehr um zwei Dimensionen eines Raumes, die einander überlappen und wechselseitig beeinflussen. Das, was in ihnen verhandelt wird, lässt sich mit Nora Sternfeld als »errungene Erinnerungen« bezeichnen – errungen auf verschiedene Art und Weise:

»erstens als Anerkennung, dass Erinnerung ein Ergebnis von Kämpfen ist, dass sie brüchig und umstritten ist und ständig neu und immer wieder in der Gegenwart im Hinblick auf die Zukunft formuliert wird. Zweitens als Anerkennung, dass es möglich ist, unterschiedliche Geschichtsbezüge zu formulieren und miteinander auszuhandeln, während es nicht im selben Maße möglich ist, Fakten auszuhandeln – denn der Zugang dazu, was geschehen ist, ist eben doch kategorial davon zu unterscheiden, was es für die Gegenwart bedeutet«. ²⁵⁷

254 Ben-Aroia, Barak/Ebbrecht-Hartmann, Tobias: Memorials as Discursive Spheres: Holocaust and Second World War Iconography in Public Commemoration of Extremist-Right Violence. In: *Memory Studies* 14 (2021), H. 4, S. 797–818. S. 797.

255 Ebd. S. 799.

256 Ebd. S. 802.

257 Sternfeld 2016. S. 93.

Die auf diese Weise errungenen Erinnerungen sind Sternfeld zufolge vor allem eines: veränderbar – und damit sowohl für »Verhärtungen« als auch für »unerwartete Solidaritäten« offen.²⁵⁸ Die Perspektive der Veränderbarkeit im Kontext historisch-politischer Bildungsarbeit an NS-Erinnerungsorten verweist also zunächst auf mehrere mögliche Zukunftsszenarien, unter denen sowohl wünschenswerte sind als auch solche, die es zu vermeiden gilt. Des Weiteren führt diese Perspektive aber auch zu einer höchst gegenwartsbezogenen Erkenntnis: Der Status quo, von dem aus NS-Erinnerungsorte wie die GuMS agieren, ist alles andere als stabil. Ganz im Gegenteil: Als Stätten des Gedenkens, die in der Vergangenheit von Holocaust-überlebenden hart erkämpft wurden und sich in der Gegenwart zunehmenden Angriffen von rechts ausgesetzt sehen, sind NS-Erinnerungsorte (insbesondere in ihrer diskursiven Dimension) ganz bestimmt nicht selbstverständlich (vgl. Kapitel 1). Weder ihre gegenwärtige noch ihre zukünftige Existenz ist »zwangsläufig oder alternativlos [...], sondern stets das Resultat von Entscheidungen vieler Menschen«.²⁵⁹ Und die diskursiven Praktiken, die jenen Entscheidungen zugrunde liegen, haben nicht immer die Reproduktion »bestehende[r] hegemoniale[r] Identifikationsangebote« im Sinn, sondern immer öfter auch deren Hinterfragung oder gar Negierung.²⁶⁰ An den drei im Rahmen dieser Arbeit analysierten NS-Erinnerungsorten ist genau das der Fall. Die Menschen, die dort arbeiten, sind als handelnde Subjekte unmittelbar in solche gegenhegemonialen Deutungskämpfe involviert – Deutungskämpfe, die den gebauten Raum der jeweiligen Institutionen weit übersteigen, weil sie auch in jener diskursiven Sphäre stattfinden, die Johanna Rolshoven als Repräsentationsraum bezeichnet.²⁶¹ Ein Ziel der nun folgenden Stu-

258 Ebd. S. 93f.

259 Schetter 2022. S. 6. Trotz ihres vergangenen wie auch gegenwärtigen »Ringens um Erinnerung« werden die Geschichten deutscher NS-Erinnerungsorte meist als Erfolgsgeschichten erzählt. Doch die Idee einer solchen teleologisch gedachten Bewegung vereinfacht nicht nur die Komplexität historischer Entwicklungen, sie suggeriert auch, man sei am Ziel angekommen, wie Cornelia Siebeck schreibt: »[Und] wenn man angekommen ist, wo man (tatsächlich? oder rückblickend?) immer schon hinwollte, dann hat man unterm Strich nicht nur alles »richtig« gemacht, sondern ist jetzt auch am »richtigen« Ort. Von dort aus muss man sich nicht mehr bewegen, sondern sich nur noch darum kümmern, die Stellung zu halten und sich solide einzurichten«, Siebeck 2022. S. 126.

260 Sternfeld 2016. S. 94.

261 Mit den Begrifflichkeiten, die Martina Löw zur Verfügung stellt, ist der Raum der diskursiven Sphäre deutlich schwieriger zu fassen. Löw definiert Raum als »relationale (An)Ordnung von Lebewesen und sozialen Gütern«, die durch zwei Prozesse – Spacing und Syntheseleistung – konstituiert werden, vgl. Löw 2001. S. 160. Letztere könnte ein möglicher Zugang für die Beschreibung von NS-Erinnerungsorten als diskursive Räume bzw. Sphären sein. Als Syntheseleistungen bezeichnet Löw nämlich die »Wahrnehmungs-, Vorstellungs- oder Erinnerungsprozesse, in denen soziale Güter und Menschen zu Räumen zusammengefaßt werden«, ebd. S. 179. Fügt man nun der materiellen Komponente der Syntheseleistung eine symbolische

die über die Dokumentation Obersalzberg wird es daher sein, abschließend auch nach der Rolle des erlebten Raumes zu fragen, oder besser gesagt: nach der Rolle der vielen unterschiedlichen erlebten Räume all der Akteur:innen, die sich an den entsprechenden Aushandlungsprozessen beteiligen.

hinzu, vgl. ebd. S. 193f., wird deutlich, dass auch hier »im Rückgriff auf Regeln und Ressourcen im Vollzug des Handelns Machtverhältnisse über die Konstitution von Räumen ausgehandelt und [...] Ausschlüsse und Einbezug in die Räume organisiert [werden]«, ebd. S. 194. Auf diese Weise ließe sich meines Erachtens auch Raum als diskursive Sphäre beschreiben.